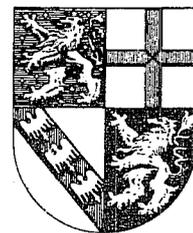


SAARLAND



STATISTISCHE  
NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT  
DES  
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Ausgabe 3/1983

Statistisches Amt des SAARLANDES

## **Statistische Nachrichten**

**Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.**

**Hrsg.:** Statistisches Amt des Saarlandes  
Postfach 409, Hardenbergstr. 3  
6600 Saarbrücken  
Telefon: 0681-505 930

**Bezugspreis:** Einzelheft **3,00 DM**  
Jahresabonnement **10,00 DM**

**Bestellungen:** Statistisches Amt des Saarlandes,  
Telefon: 0681-505 927

*NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.*

**ISSN: 0721-2410**

# INHALT

<b>Kurzinformationen</b>	Kommunale Steuereinnahmen deutlich gestiegen	5
	Halbjahresbilanz: die Finanzen des Landes	5
	1 670 Wohnungen öffentlich gefördert	5
	Aufwärtstrend im Wohnungsbau	6
	Auftragseingang leicht gestiegen	6
	Starke Ertragseinbußen bei Sommergetreide	6
	Über 27 000 Kinder in saarländischen Kindergärten	6
	Studienneigung rückläufig – weniger Lehramtsinteressenten	7
	14 878 Angeklagte rechtskräftig abgeurteilt	7
	Strafvollzug 1982: Knapp 1 000 Gefangene im Saarland	7
	Jeder sechste Saarländer lebt von Rente oder Pension	7
<b>Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung</b>		8
<b>Zur Wirtschaftslage</b>	Wirtschaftslage (Stand September 1983)	9
<b>Beiträge</b>	Möglichkeiten des Einsatzes von Bildschirmtext in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im Statistischen Amt des Saarlandes	10
	Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1970 bis 1982 – Methoden und Ergebnisse –	16
	Das Produzierende Gewerbe des Saarlandes im 1. Halbjahr 1983	25
	Der kommunale Finanzausgleich im Saarland – Rückblick und Ausblick –	33
	Entwicklung des saarländischen Außenhandels 1960 bis 1982	44
<b>Tabellenteil</b>	Zahlenspiegel für das Saarland	58
<b>Anhang</b>	Mitteilung des Amtes	65
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	66
	Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 3. Quartal 1983	67

### **Zeichenerklärung**

- = Nichts vorhanden.
- 0** = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
- .** = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- X** = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ...** = Angabe fällt später an.
- /** = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D** = Durchschnitt.
- p** = vorläufige Zahl.
- r** = berichtigte Zahl.
- s** = geschätzte Zahl.
- dav.** = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
- dar.** = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen. Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen. Bei Repräsentativ-Statistiken sind solche Zahlen, die wegen des relativ hohen Zufallsfehlers unsicher sind, in Klammern gesetzt.

# Kurzinformationen

## **Kommunale Steuereinnahmen deutlich gestiegen**

Im ersten Halbjahr 1983 flossen über 323 Mio DM an Steuern in die Kassen der saarländischen Kommunen. Mit fast 8 % wurde wieder eine deutliche Zunahme verzeichnet, nachdem die gleiche Vorjahreshälfte noch mit einem Minus von über 2 % abgeschlossen hatte. Alle relevanten Steuerarten erbrachten höhere Einnahmen: Grundsteuern um 5,4 % auf 55 Mio DM, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 5,7 % auf knapp 96 Mio DM. Besonders ergiebig war die Gewerbesteuer, deren Bruttoaufkommen um 9,5 % auf 159 Mio DM anstieg und somit fast die Hälfte des kommunalen Steuersäckels füllte.

## **Halbjahresbilanz: die Finanzen des Landes**

Die laufenden Ausgaben des Saarlandes beliefen sich im ersten Halbjahr 1983 auf 1 681 Mio DM, gut 10 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Den größten Posten bildeten die Personalausgaben mit 819 Mio DM (+ 3,5 %). Für Zinsen mußten 194 Mio DM (+ 9,4 %) aufgewendet werden. Die Position "Zuschüsse an Unternehmen" erhöhte sich von 10 Mio DM auf 107 Mio DM.

Die Ausgaben der Kapitalrechnung lagen mit 289 Mio DM um 14 % unter dem Ergebnis der gleichen Vorjahreshälfte. Rückläufig waren insbesondere die vom Land gewährten Investitionszuschüsse (- 38 % auf 155 Mio DM), während die Sachinvestitionen um 79 % auf 69 Mio DM gesteigert wurden. Maßgeblich daran beteiligt waren die Bauinvestitionen mit 57 Mio DM bei einem Plus von 87 %.

Deutlich schwächer stiegen die Einnahmen an. Sie erbrachten insgesamt 1 397 Mio DM, das sind 1,5 % mehr als im ersten Halbjahr 1982. Der leichte Zuwachs resultierte aus den laufenden Einnahmen (+ 3,2 % auf 1 317 Mio DM), so vor allem aus den Steuereinnahmen (+ 3,0 % auf 928 Mio DM). Dagegen sanken die Einnahmen

der Kapitalrechnung um rund 20 % auf 80 Mio DM. Hierzu zählen hauptsächlich die Investitionszuschüsse des Bundes an das Land, die um fast 24 % gekürzt wurden und statt 59 Mio DM nur noch 45 Mio DM erbrachten.

Zur Deckung der Finanzierungslücke wurden 396 Mio DM neue Schulden aufgenommen, knapp 12 % weniger als vor Jahresfrist. Die Tilgung alter Schulden (Vorjahresvolumen : 238 Mio DM) betrug 142 Mio DM.

## **1 670 Wohnungen öffentlich gefördert**

Im Jahre 1982 wurden im Saarland nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes 1 668 Wohnungen in die Förderung mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten einbezogen. Das sind 70 Einheiten oder 4 % weniger als im Vorjahr.

Im traditionellen, öffentlich geförderten Wohnungsbau (Erster Förderungsweg) verringerte sich die Zahl der geförderten Wohnungen um 27,4 % auf 377. Dagegen verzeichnete der Zweite Förderungsweg einen Anstieg um 5,9 % auf 1 291 Wohnungen.

Der Finanzierungsbedarf für die geförderten Wohnungen lag mit 395 Millionen DM um 8,1 % unter dem Vorjahresergebnis. Aus öffentlichen Haushalten stammten 6,4 % der Mittel, 50,1 % vom Kapitalmarkt und 43,4 % waren "sonstige Mittel", die zu 85,2 % durch Eigenleistungen der Bauherren abgedeckt wurden. Die Kapitalmarktmittel rührten zu 17,6 % von Sparkassen und zu 27,7 % von Bausparkassen; 38,8 % wurden dem Kapitalmarkt von sonstigen Geldinstituten zugeführt.

Der Anstieg der Bau- und Finanzierungskosten hat auch im sozialen Wohnungsbau zu höheren Mieten und Belastungen geführt. So nahm die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen gegenüber dem Vorjahr von 5,26 DM

auf 5,91 DM und die durchschnittliche Belastung je Quadratmeter Wohnfläche für Eigentumswohnungen und eigengenutzte Wohnungen von 11,47 DM auf 13,08 DM zu.

### **Aufwärtstrend im Wohnungsbau**

Im Saarland wurden im ersten Halbjahr 1983 deutlich mehr Baugenehmigungen im Wohnungsbau erteilt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Von Januar bis Juni 1983 wurden über 1 400 neue Wohngebäude zum Bau freigegeben. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 25,0 %.

Maßgebend beeinflußt wurde dieses hohe Genehmigungsergebnis von den Baufreigaben für 1 300 Ein- und Zweifamilienhäuser, die das entsprechende Vorjahresniveau um 27,3 % übertrafen.

Insgesamt werden hierbei 2 665 neue Wohnungen entstehen. Das sind 11,4 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

### **Auftragseingang leicht gestiegen**

Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes des Saarlandes lag in den Sommermonaten Juni und Juli um 2,8 % über dem des gleichen Vorjahreszeitraumes.

Die Ordertätigkeit zog vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe leicht an.

Im Durchschnitt der Monate Juni-Juli wurden die niedrigen Vorjahreswerte im Grundstoff und Produktionsgütergewerbe um 6,0 % und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe um 2,7 % überschritten. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte demgegenüber den Durchschnittswert der Monate Juni-Juli nur knapp erreichen.

Wegen der insgesamt nur leichten Belebung der Ordertätigkeit in den Sommermonaten blieben die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes über die ersten 7 Monate noch

um 1,7 % hinter dem entsprechenden 82er Niveau zurück. Für den Zeitraum Januar bis Juli 1983 ergibt sich im Vorjahresvergleich für das Inlandsgeschäft ein Rückgang um 4,0 % und für das Auslandsgeschäft ein Anstieg um 1,6 %.

### **Starke Ertragseinbußen bei Sommergetreide**

Wie aufgrund des Witterungsverlaufes zu erwarten war, fielen bei der diesjährigen Ernte die Hektarerträge für Sommergetreide beträchtlich niedriger aus als im Vorjahr. Die stärkste Einbuße war bei Sommergerste zu verzeichnen. Sie brachte mit 26,3 dt/ha um 34 % weniger als im Vorjahr. Für die übrigen Sommergetreidearten ergaben sich die folgenden Hektarerträge: Sommerweizen 32,4 dt (- 19 %), Hafer 27,7 dt (- 23 %) und Sommermenggetreide 27,0 dt (- 24 %).

Die Wintergetreideernte kann dagegen noch als zufriedenstellend bezeichnet werden. So wurden bei Winterweizen 40,6 dt/ha (- 8 %) und bei Wintergerste 41,1 dt/ha (- 9 %) geerntet. Höhere Hektarerträge als im Vorjahr lieferten Roggen mit 35,6 dt (+ 3 %) und Wintermenggetreide mit 38,3 dt (+ 2 %).

Die endgültigen Gesamterntemengen können erst errechnet werden, wenn die jeweiligen Anbauflächen vorliegen.

### **Über 27 000 Kinder in saarländischen Kindergärten**

Im Saarland stehen 407 Kindergärten zur Verfügung (Stand 1. März 1983). Von den insgesamt 28 379 genehmigten Plätzen sind 27 055 tatsächlich belegt. Daneben werden in 25 Kinderhorten, Kinderkrippen und Krabbelstuben 660 Kinder betreut. In weiteren 13 Einrichtungen finden 247 behinderte Kinder Aufnahme. Erstmals seit 3 Jahren ist die Anzahl der betreuten Kinder gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar um 444 (1,7 %). Das Erziehungspersonal ist um 109 Personen (+ 5,1 %) auf 2 252 Kräfte angewachsen. Das Angebot an Kindertagesstätten wird ergänzt durch 23

Schulkindergärten mit 28 Gruppen und 189 Kindern sowie 5 Sonderschulkindergärten mit 6 Gruppen und 41 Kindern.

#### **Studienneigung rückläufig — weniger Lehr- amtsinteressenten**

Nur 67,1 % (Bundesdurchschnitt: 62,5 %) der 4 902 Abiturienten und Fachoberschulabsolventen haben die Absicht, zum Wintersemester 1983/84 ein Studium aufzunehmen. Damit nahm die Studienneigung um über 3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr ab. Im Hinblick auf die gegebenen Beschäftigungsmöglichkeiten wollen von den 1 987 studienwilligen Abiturienten nur noch 4,3 % Lehrer werden (darunter fast drei Viertel an Gymnasien) gegenüber 9,7 % im Vorjahr bzw. 42,7 % vor 10 Jahren. Bei den studienwilligen Abiturienten lag der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften mit 8,3 % an 1. Stelle der Wunschskala, gefolgt von Human-/Zahnmedizin mit 8,2 %, Rechtswissenschaften mit 6,0 %, Maschinenbau mit 5,2 % und Elektrotechnik mit 5,1 %. Von den 1 302 studienwilligen Fachoberschul-Absolventen bevorzugten 22,3 % Elektrotechnik, 21,4 % Maschinenbau, 14,8 % Wirtschaftswissenschaften/Wirtschaftsingenieurwesen und 10,1 % Sozialwesen.

#### **14 878 Angeklagte rechtskräftig abgeurteilt**

Im Jahre 1982 wurden von den ordentlichen Gerichten des Saarlandes 14 878 (1981: 14 724) wegen Straftaten angeklagte Personen rechtskräftig abgeurteilt. Für 12 869 Angeklagte (86,5 %) endete das Verfahren mit einer Verurteilung. In 613 Fällen (4,1 %) lautete die Entscheidung auf Freispruch, 1 396 Fälle (9,4 %) wurden durch Verfahrenseinstellung oder sonstige Entscheidung abgeschlossen. Von den Verurteilten waren 9 755 Erwachsene, 1 834 Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren und 1 280 Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Bei 77 % der Verurteilten entschieden die Gerichte nach dem allgemeinen Strafrecht, in 23 % der Verfahren kam das Jugendstrafrecht zur Anwendung. Während bei den Erwachsenen die Zahl der Verurteilten nur um 2 % gegenüber dem Vorjahr anstieg, erhöhte sie sich bei den Heranwachsenden um knapp 7 %.

Bei den Jugendlichen blieb die Zahl der Verurteilten in etwa konstant. Fast die Hälfte aller Verurteilungen (5 937) entfielen auf Straftaten im Straßenverkehr. Wegen Diebstahl und Unterschlagung wurden 2 681 Straffällige verurteilt, darunter 1 269 Jugendliche und Heranwachsende nach dem Jugendstrafrecht.

#### **Strafvollzug 1982: Knapp 1 000 Gefangene im Saarland**

Insgesamt befanden sich am Ende des Jahres 1982 in den 4 Justizvollzugsanstalten des Saarlandes 993 Gefangene, 681 verbüßten eine Freiheitsstrafe und 312 saßen in Untersuchungshaft. Ende März 1983 waren 600 Strafgefangene zu Freiheitsstrafen und 276 zu Jugendstrafen verurteilt. Von den Inhaftierten waren 26 noch keine 18 Jahre alt, 140 gehörten der Gruppe der Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) an, weitere 230 der Einsitzenden standen im Alter zwischen 21 bis unter 25 Jahren, so daß fast jeder zweite Strafgefangene unter 25 Jahre alt war. Von den Inhaftierten waren 486 vorbestraft, darunter 23 mit 11 und mehr Vorstrafen. Zwei Drittel der Vorbestraften hatten schon eine Freiheitsstrafe verbüßt. In 78 Fällen erfolgte die erneute Einweisung in eine JVA im Laufe des ersten Jahres nach der Entlassung.

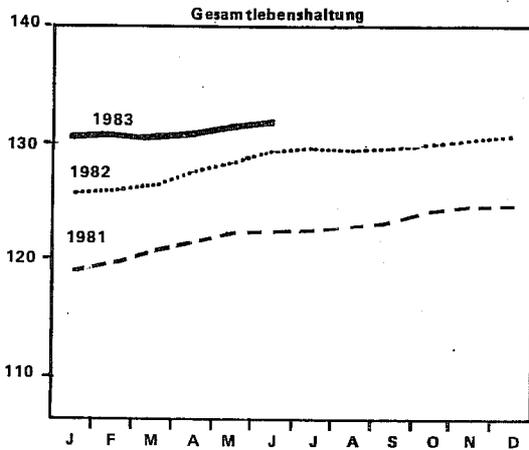
#### **Jeder sechste Saarländer lebt von Rente oder Pension**

Im April 1982 bestritten 380 800 Saarländer ihren Lebensunterhalt mit Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Das sind rund 36 % der Einwohner unseres Landes. Auf finanzielle Unterstützung durch die Eltern oder den Ehegatten waren fast 44 % angewiesen. Etwa jeder sechste Einwohner des Saarlandes lebte von Rente, Pension oder eigenem Vermögen.

Im Jahre 1982 lag der Anteil der Personen, deren überwiegende Einkommensquelle die eigene Erwerbstätigkeit war, um 2 Prozentpunkte (35,9 gegenüber 33,9 Prozent) höher als 1977. Der Anteil der Rentner und Pensionäre hat in den vergangenen fünf Jahren kaum zugenommen. Die Zahl der von Familienangehörigen unterstützten Personen, die 1977 noch 46,8 Prozent ausgemacht hatte, ging aufgrund geringerer Geburtenzahlen und vermehrter Frauenerwerbstätigkeit zurück (minus 3,2 Prozentpunkte).

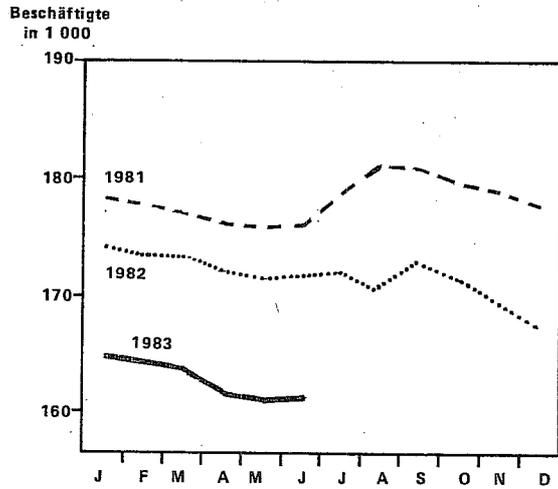
# Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung

Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup>  
1976 = 100

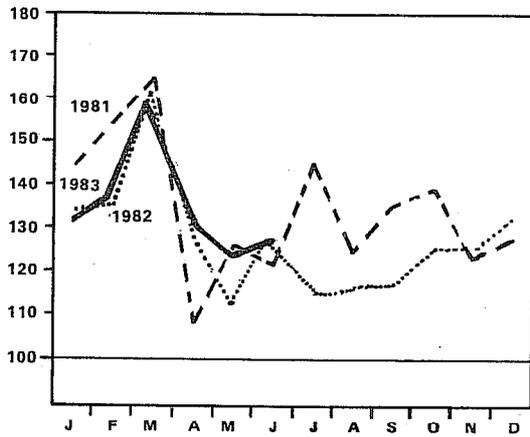


1) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

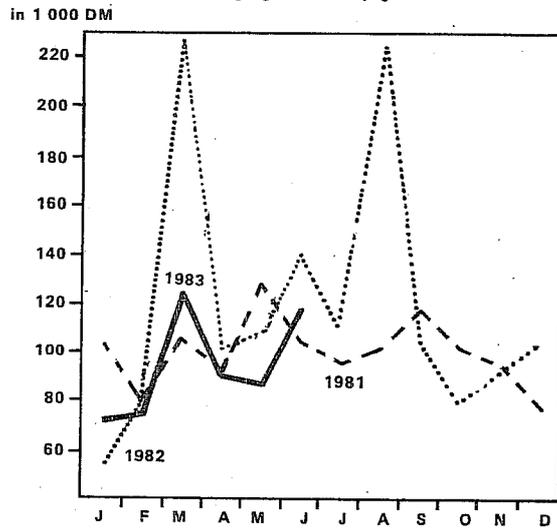


Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe <sup>1)</sup>  
1976 = 100

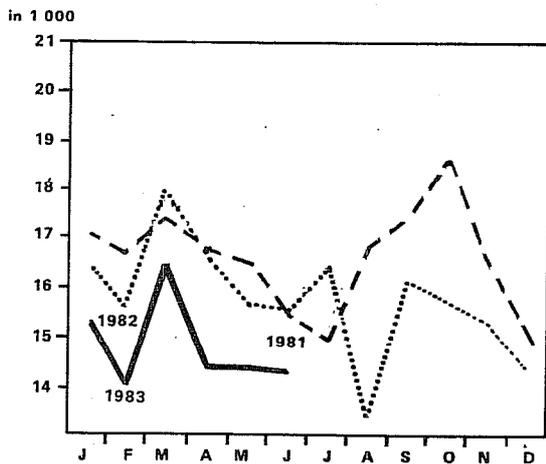


1) Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

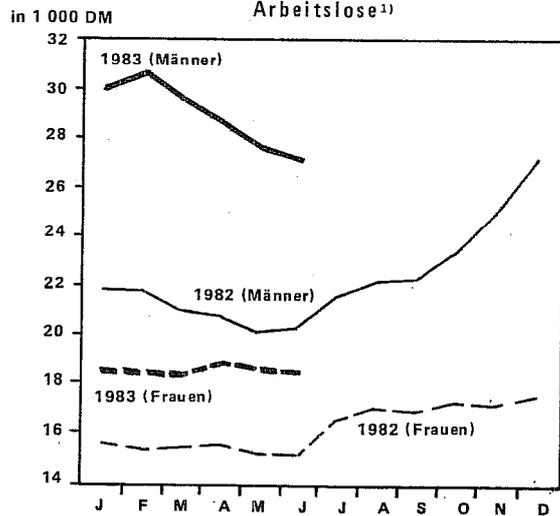
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden  
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose <sup>1)</sup>



1) nach Angaben des Landesarbeitsamtes Rheinland - Pfalz - Saarland

## Zur Wirtschaftslage ( Stand September 1983 )

Die vorliegenden statistischen Zahlen - aus 6 bis 8 Monaten - zeichnen die Wirtschaftsentwicklung im Saarland und im Bundesgebiet nach wie vor verhalten. Zwar sind eine gewisse Stabilisierung und ein verbessertes Konjunkturklima als positive Aspekte durchaus zu erkennen, doch gilt dies durchaus für nicht alle Wirtschaftsbereiche.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten werden überwiegend getragen von den seit Mitte letzten Jahres bundesweit steigenden Auftragseingängen im Wohnungsbau, aber auch von den in den letzten Monaten erhöhten Inlandsbestellungen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, während bei den Investitionsgütern u.a. infolge des schwachen Auslandsgeschäftes ein Anstieg der Nachfrage noch nicht festzustellen ist. Das Produktionsniveau des ersten Halbjahres 1983 lag - gemessen am Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes - um 6,0 % unter dem Vorjahreswert, jedoch 4,0 % über dem der letzten sechs Monate 1982. Ob die sich hier abzeichnende leichte Belebung - die Ferienmonate Juli und August außer Betracht lassend - im Saarland insgesamt anhalten wird, hängt von der schwer zu beurteilenden weiteren Entwicklung in der Eisenschaffenden Industrie und im Kohlenbergbau ab, wobei generelle Entscheidungen u.a. auf Bundesebene ausschlaggebend sein dürften.

Trotz dieser „leichten“ Belebungstendenzen ist auf dem Arbeitsmarkt keine grundlegende Änderung eingetreten. Bei der gegebenen begrenzten Auslastung der Produktionskapazitäten kann auch im Falle einer stärkeren Konjunkturbelebung realistischere nur auf mittlere Sicht mit langsam steigenden Beschäftigtenziffern gerechnet werden. Die Arbeitslosenzahlen lagen Ende September im Bundesgebiet wie im Saarland bei 2,13 Mill. bzw. 47 000. Die Arbeitslosenquote betrug 8,6 % bzw. 11,7 %.

Relativ günstig ist die Preisentwicklung zu beurteilen. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im Inland lagen im August nur um 1,3 % höher als vor Jahresfrist. Der Preisindex für die Lebenshaltung wies im Bundesgebiet und auch im Saarland lediglich eine Zuwachsrate von 2,8 bzw. 3,1 % auf, wobei die vorläufigen Septemberzahlen allerdings eine leicht steigende Tendenz erkennen lassen.

Angesichts der Arbeitsmarktlage und ihre ungewissen Perspektiven wird trotz der stark gebremsten Preisentwicklung im privaten Verbrauch weiterhin Zurückhaltung geübt. Nach eigenen Angaben erzielte der saarländische Einzelhandel im 1. Halbjahr 1983 ein Umsatzplus von 3,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei eine verstärkte Nachfrage vor allem bei Kraftfahrzeugen und langlebigen Verbrauchsgütern festzustellen war. Die folgenden Monate werden zeigen, ob die Erlössteigerung hauptsächlich eine Folge vorgezogener Käufe im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte war. Der Außenhandel signalisierte im Berichtszeitraum noch keine Konjunkturimpulse. Zwar erhöhten sich die Einfuhrwerte um 3 %, doch gingen die Exporterlöse um 6,2 % zurück.

In der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist für 1983 trotz der genannten Risiken und Einschränkungen nach den Wachstumsverlusten des letzten Jahres im Bundesgebiet erstmals wieder mit einer realen Zunahme des Bruttosozialprodukts zu rechnen. Im Saarland wird auf Grund der bisher zögernden Belebung und den speziellen Strukturproblemen erst im Laufe der Herbstmonate zu ersehen sein, inwieweit die saarländische Entwicklung dem Bundestrend folgen wird.

# Möglichkeiten des Einsatzes von Bildschirmtext in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im Statistischen Amt des Saarlandes

## 1. Vorbemerkungen

Zehn Jahre sind vergangen, seit in Großbritannien die Grundidee für die Technologie geboren wurde, auf der auch der deutsche Bildschirmtext (Btx) basiert.

Seit dieser Zeit wird das Thema Bildschirmtext sehr kontrovers diskutiert. Die Gegner von Btx sehen die Entwicklung in einem "Volk von Vidioten" (Der Spiegel), wohingegen die Befürworter geradezu auf die Notwendigkeit der neuen Informations- und Kommunikationstechniken für den modernen Menschen hinweisen. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen.

Bildschirmtext hat nichts mit dem herkömmlichen Fernsehen oder dem künftigen Kabelfernsehen zu tun. Btx ist ein kostengünstiges und universelles Informations- und Kommunikationssystem für jedermann zu jeder Zeit.

Btx fordert vom Benutzer Aktivität. Es gähnt den Menschen nicht, sondern wird nur aktiv, wenn es der Konsument will; ohne sein Zutun passiert nichts, d.h. Btx ist im Gegensatz zum Fernsehen ein aktives Medium.

Die Feldversuche, die obige Behauptungen bestätigen, haben darüber hinaus gezeigt, daß das Btx-System eine Vielfalt von Anwendungsmöglichkeiten bietet.

Aus diesen Gründen war es der Wille aller Ministerpräsidenten der Länder sowie der Bundesregierung und der Deutschen Bundespost, Bildschirmtext als neuen Service der Post bundesweit einzuführen. Den rechtlichen Rahmen bildet der Staatsvertrag über Bildschirmtext, der am 18. März 1983 unterzeichnet wurde. Er beschreibt die Funktionsweise und die Nutzungsmöglichkeiten im Artikel 1 folgendermaßen:

"Im Sinne dieses Staatsvertrages ist Bildschirmtext ein für jeden als Teilnehmer und als Anbieter zur inhaltlichen Nutzung bestimmtes Informations- und Kommunikationssystem, bei dem Informationen und andere Dienste für alle Teilnehmer oder Teilnehmergruppen (Angebote) und Einzelmitteilungen elektronisch zum Abruf gespeichert, unter Benutzung des öffentlichen Fernmeldenetzes und von Bildschirmtextvermittlungsstellen oder vergleichbaren technischen Vermittlungseinrichtungen individuell abgerufen und typischerweise auf dem Bildschirm sichtbar gemacht werden. Hierzu gehört nicht die Beweg-

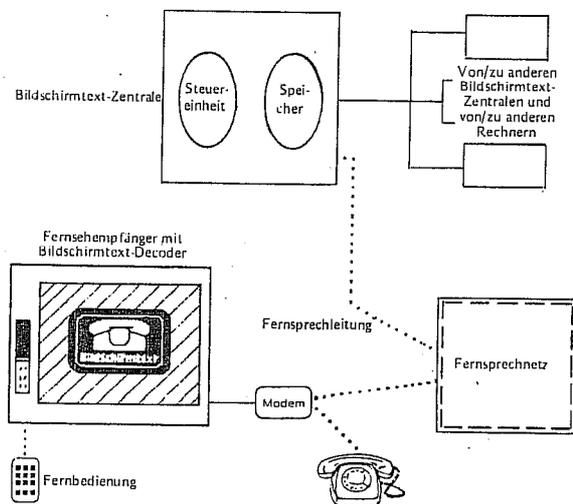
bildübertragung." (Staatsvertrag in der Fassung vom 18. März 1983, Artikel 1)

## 2. Bildschirmtext, ein neues Informationsmedium

Zur internationalen Funkausstellung in Berlin (West) 1983 startete die Deutsche Bundespost ihren neuen Dienst Bildschirmtext. Diese interaktive Kommunikation nutzt das Fernsehgerät in Verbindung mit dem Fernsprechapparat zur Darstellung geschriebener und/oder graphischer Informationen, die über das Fernsprechnetzt vermittelt werden. Das Fernsehgerät wird dann neben seiner jetzigen, weitestgehend auf Massenkommunikation ausgerichteten Funktion, auch als multifunktionales Terminal für Geschäftskommunikation eingesetzt.

In Bildschirmtext finden sowohl Komponenten der Fernsprech- und Fernsehtechnik als auch der Datenverarbeitung Anwendung. Zu diesem Zweck benötigt der Btx-Teilnehmer einen Fernsehempfänger mit eingebautem Btx-Decoder, der über ein Btx-Modem (Modulator/Demodulator) an eine Fernsprechleitung angeschlossen wird. Der Decoder speichert die empfangenen Textinformationen und wandelt sie in Fernsehbilder um. Für den Dialog mit der Bildschirmtextzentrale, in der alle Informationen gespeichert sind, verwendet der Teilnehmer eine für diesen Zweck erweiterte Fernbedienung seines Fernsehempfängers. Jeder Btx-Teilnehmer erreicht zu Nahbereichsgebühren die nächste Btx-Zentrale der Deutschen Bundespost.

Abbildung 1: Gesamtsystem Bildschirmtext



Auf diese Weise kann der Teilnehmer Informationen abrufen, die entweder in der Bildschirmtext-Zentrale (Ulm), dem Herz des Btx-Systems, oder in den angeschlossenen "externen" Rechnern anderer Anbieter gespeichert sind. Der Dialog mit diesen Rechnern läuft für den Benutzer nach den gleichen Konventionen ab, so daß für ihn nicht ersichtlich ist, mit wem er kommuniziert. Das deutsche Btx-System ist damit das erste, das von Anfang an auf den Computerverbund hin konzipiert wurde. Jeder Btx-Teilnehmer kann über die Zentrale folgende Dienste in Anspruch nehmen:

1. Abruf von gespeicherten, ständig aktualisierten Informationen, die ein beliebiger Informationsanbieter über jede der Btx-Zentralen eingeben kann.
2. Mitteilungen für andere Teilnehmer mit Zwischenspeicherung in der Btx-Zentrale des Empfängers mittels Antwortseiten.
3. Dialoge mit angeschlossenen EDV-Systemen einzelner Informationsanbieter für interaktive Dienste ("externe Rechner").

Das Fernsehgerät ist für alle diese Dienste als einheitliches und einziges Endgerät erforderlich.

Bezüglich der Zugänglichkeit von Bildschirmtext unterscheidet man:

#### 1. allgemein zugänglicher Bildschirmtextdienst

Hier kann jeder Btx-Teilnehmer auf alle allgemein freigegebenen Informationen zugreifen.

#### 2. Bildschirmtext für geschlossene Benutzergruppen

Btx bietet die Möglichkeit, bestimmte Informationen nur einem begrenzten Personenkreis anzubieten.

#### 3. Bildschirmtext-Inhouse-Systeme

Inhouse-Systeme sind hauseigene "Btx-Datenbanken". Voraussetzung hierfür ist, daß die eigene EDV-Anlage mit einer entsprechenden Btx-Software ausgestattet ist.

Eine Reihe von öffentlichen Stellen aus Bund, Ländern und kommunalen Bereichen waren an der Erprobung von Btx beteiligt. Die Erprobungsphase begann im Juni 1980 in den beiden Versuchsgebieten Berlin und Düsseldorf/Neuss und wurde in drei wissenschaftlichen Begleituntersuchungen beobachtet. Der offizielle Einföhrungstermin, Herbst 1983, mußte auf Mai 1984 verschoben werden.

Für den bundesweiten Btx-Dienst, der mit dem neuen europäischen CEPT-Standard<sup>1)</sup> eröffnet wird, sind neben der Großrechenanlage in Ulm (Leitzentrale) regional ausgelagerte Btx-Vermittlungsstellen vorgesehen.

<sup>1)</sup> CEPT-Norm = conférence européenne des administrations des postes et des télécommunications (Gremium der europäischen Post- und Fernmeldeverwaltung)

### 3. Einsatz von Informations- und Kommunikationsmedien in der öffentlichen Verwaltung

In den letzten Jahren sind in zunehmendem Maße neue Aufgaben, bei gleichzeitig enger werdendem Finanzierungsspielraum, geringerem Personalbestand und steigender Effektivitätserwartung, auf die öffentliche Verwaltung zugekommen. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit können derartige Belastungen nur durch die Hilfsmittel neuer Informations- und Kommunikationsmedien bewältigt werden.

Zur Zeit weitet sich deshalb der Einsatz von Textverarbeitungs-, Informations- und Dokumentationssystemen aus, ist aber insgesamt relativ wenig ausgeprägt. In der EDV-Anwendung dominiert immer noch der Einsatz zentraler stapelverarbeitender Systeme, ohne daß der einzelne Sachbearbeiter über eine direkte EDV-Zugriffsmöglichkeit am Arbeitsplatz verfügt.

Wo neue Techniken in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt wurden, erfolgte die Anwendung aus obigen Gründen in der Hauptsache zum Zweck der Rationalisierung des Verwaltungshandelns. Andere Ziele, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Verwaltungsbediensteten und Bürger sowie an einer Verbesserung der Qualität der Verwaltungsleistung insgesamt orientieren, werden zu wenig berücksichtigt. Der Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken (Datenbank, Schreibautomaten, Fotosatz, Textverarbeitung, Bildschirmtext usw.) eröffnet neue Möglichkeiten für die Verwirklichung dieser Ziele bei gleichzeitiger Steigerung der Verwaltungsqualität und -effizienz. Neben diesen neuen Techniken bleiben natürlich die herkömmlichen Kommunikationsmittel wie Telefon, Schreibmaschine und Fotokopierer weit verbreitet.

#### 4. Btx, eine Ausweitung der Informationssysteme

Behörden oder Institutionen der öffentlichen Verwaltung haben von der Aufgabenstellung her vielfältige Beziehungen zum Bürger. Sie verfügen über Informationen, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind. Derartige Mitteilungen werden bisher durch Pressemitteilungen, Rundbriefe, Sonderhefte, Telefon oder ähnliche Medien verbreitet. Neben diesen konventionellen Darbietungen sind in letzter Zeit insbesondere im Bereich der amtlichen Statistik Informationssysteme entwickelt worden, die Daten aus den verschiedenen Bereichen kombiniert den Konsumenten zur Verfügung stellen.

So sind im Saarländischen Planungs- und Informationssystem (SAPLIS) circa 26 600 Merkmale auf Gemeindeebene und je

40000 auf Kreis- und Landesebene abgespeichert und im Systematischen Katalog dokumentiert. SAPLIS steht somit gleichberechtigt als Auskunftssystem neben den anderen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes und damit allen Konsumenten als Auswertungs- und Analyseinstrument zur Verfügung. Das neue Informations- und Kommunikationsmedium Btx, das von manchen EDV-Anwendern als zu primitiv, d.h. als zu einfach und begrenzt in seinen Anwendungsmöglichkeiten angesehen wird, will weder die Veröffentlichungen noch die Informationssysteme ersetzen. Btx hat zum Ziel, die Informationen transparenter zu machen, Auswertungsmöglichkeiten und den Zugang zu den Informationssystemen und Veröffentlichungen zu erschließen. Mit anderen Worten: Über Bildschirmtext sollen den Benutzern Schlagzeilen bzw. Eckdaten vermittelt werden, mit deren Hilfe er tiefgegliederte Informationen zu den gesuchten Daten aus anderen Quellen auffinden kann. Die Möglichkeiten der Bildschirmtext-Techniken können dazu führen, Informationssysteme für einen breiten Konsumentenkreis zu öffnen, d.h. den Zugang zu den Systemen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.

Desweiteren ist auch zu erwarten, daß für Zwecke der Informationsgewinnung und Kommunikation mittels Btx immer mehr EDV-Anlagen eingesetzt werden (Rechnerkopplung), da Btx gegenüber herkömmlichen Anwendungen im wesentlichen folgende Vorteile aufweist:

1. Nutzung vorhandener Techniken
2. einheitliche Kommunikationsschnittstelle
3. einfache Dialogformen
4. Btx-Universalterminal
5. zeitlich und örtlich unbegrenzt verfügbar

Btx bietet somit die Möglichkeit, Informationen für einen breiten, in offenen Systemen nicht begrenzten Personenkreis, zur Verfügung zu stellen und zu tiefgegliederten Informationen hinzuführen. Der Anbieter mit Btx kann kurzfristig Änderungen, ob inhaltlicher oder administrativer Art, an große, anonyme Teilnehmergruppen ohne Zeitverlust und mit geringem Aufwand übermitteln. Dem Konsumenten steht ein fast unerschöpfliches Datenangebot aus den verschiedensten Bereichen zur Verfügung.

## **5. Einsatzgebiete für Btx in der öffentlichen Verwaltung**

Die folgenden Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es soll anhand einiger Beispiele aufgezeigt werden, wo Btx sinnvoll eingesetzt und zu einer Ergänzung und Arbeitserleichterung führen kann. Auch ist nicht vorgesehen, mit diesem

Artikel in die Hoheitsgebiete einzelner Ressorts einzugreifen.

Nach den Erfahrungen der an den Feldversuchen beteiligten Stellen aus der öffentlichen Verwaltung bieten sich grundsätzlich folgende Einsatzmöglichkeiten:

1. Informationsabfrage
2. Mitteilungsdienst
3. "Dialog-Datenverarbeitung" (externer Rechnerverbund)

Btx schafft ideale Voraussetzungen für einen engen Kontakt zwischen Konsumenten (Öffentlichkeit) und Verwaltung.

Die öffentlichen Verwaltungen verfügen über zahlreiche Informationen, die für einen breiten Benutzerkreis (Bürger, Betriebe, Behörden, Institutionen) von Interesse sind. Das Angebot der öffentlichen Anbieter muß sich dabei an den Bedürfnissen der Konsumenten orientieren. Intuition des Btx-Programms muß es sein, dem Benutzer ein langes Suchen, endloses Telefonieren und Wege zu ersparen. Prinzip ist, daß der Bildschirmtext-Teilnehmer ohne Umwege die Informationen finden soll, die er gerade sucht.

Gegenstand eines öffentlichen Btx-Angebots könnten z.B. die Darstellung von bestimmten Gesetzesinitiativen sein. Hier bietet es sich an, neben der Darstellung von Gesetzgebungsvorhaben ganz gezielt auch auf die Auswirkungen für die Betroffenen einzugehen.

Außerdem bietet Btx der Verwaltung eine hervorragende Möglichkeit über den Aufbau, die Aufgabenbereiche, die Ansprechpartner, Öffnungs- sowie Besuchszeiten der Ressorts zu informieren.

Mit einem derartigen Service könnte die Distanz zum "Amt" abgebaut bzw. korrigiert, d.h. Btx dazu benutzt werden, dem Bürger einen stets aktuellen elektronischen Wegweiser für seine Anliegen zu bieten. Viele Menschen sehen sich durch den Formalismus bei bestimmten Antragstellungen überfordert (z.B. Wohngeld, Baugenehmigungen, Kfz-Zulassungen, Fördermaßnahmen usw.). Hier könnten dem Benutzer über Btx Hinweise vermittelt werden, derartige Ersuchen problemlos zu erledigen. Denkbar wäre auch, daß die öffentliche Verwaltung Maßnahmen und Förderungskataloge (z.B. Energieeinsparung, regionale Wirtschaftsförderung, Bildungsprogramme, Umweltschutz, Studien- und Agrarinformationen) über dieses neue Medium an die Konsumenten weitergibt. Auch die Öffentlichkeitsarbeit im parlamentarischen Bereich kann durch Btx verbessert werden, bietet es doch den Parlamentariern die Chance, die Arbeit des Landtags darzustellen und die Bürger tagesaktuell über Gesetzesvorhaben, Gesetze und sonstige parlamentarische Belange, aber auch über die Tätigkeiten der Ausschüsse zu unterrichten. So könnte ein engerer

Kontakt zwischen Bürgern und Legislative entstehen, der aber nicht einseitig bleiben muß, denn auch Mitteilungen von außen wie Anfragen an Abgeordnete oder den Petitionsausschuß können über Btx eingegeben werden.

In der Verwaltung existieren neben den Informationen von allgemeinem Interesse auch solche, die nur für einen eingeschränkten Personenkreis, eine bestimmte Behörde wichtig sind. Die Daten können durch Btx dieser "geschlossenen Benutzergruppe" angeboten werden.

Vorstellbar wäre, z.B. bestimmte Konjunkturindikatoren, sobald sie vorliegen, an einzelne Ministerien, Konsumenten oder Medien zu übermitteln.

Die Verbreitung von innerbehördlichen Informationen über die Btx-Zentrale erscheint für solche Informationen zweckmäßig, die einer ständigen Aktualisierung unterworfen sind.

Hierzu gehören Telefonverzeichnisse, Geschäftsverteilungs- und Organisationspläne, Mitteilungen, Terminvereinbarungen, Sitzungstermine u.a.. Die Informationen können von einer zentralen Stelle in die Btx-Zentrale eingegeben und bei Bedarf aktualisiert werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß von einer Zentralstelle beliebig viele Ansprechpartner erreichbar sind und der Adressat nicht anwesend sein muß, sondern sich die Information zu einem beliebigen Zeitpunkt abrufen kann.

Ein weiteres Anwendungsfeld für Btx könnte das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen darstellen.

Die Untersuchungen über mögliche Anwendungsbereiche von Btx in der Verwaltung stecken erst in den Kinderschuhen. Die oben erwähnten Punkte beleuchten nur einen kleinen Teil des Anwendungsspektrums von Btx und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Folgende Richtlinien kristallisieren sich aus den bisherigen Erfahrungen für die Programmangebote heraus:

- Verzicht auf umfangreiche Selbstdarstellung
- das Vermeiden von "Amtsdeutsch"
- klare Gliederung des Angebots
- Aktualität der Informationen
- die schnelle Erledigung von Anfragen und Bestellungen über Bildschirmtext.

Zum Schluß dieses Kapitels sei noch ein anderer Punkt angeschnitten. Es ist noch nicht ausreichend untersucht, inwieweit sich z.B. unter Kostengesichtspunkten die Einrichtung eines Inhouse-

Systems, das den Einsatz eines geeigneten Kleinrechners voraussetzt, lohnt.

## **6. Einsatz von Bildschirmtext in der amtlichen Statistik**

Schon frühzeitig, d.h. zu Beginn des Feldversuchs, beteiligte sich die amtliche Statistik an der Erprobung von Bildschirmtext. Das Statistische Bundesamt ist seit 1979 mit einem Btx-Angebot vertreten. Seit dieser Zeit werden auch vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen im öffentlichen Feldversuch in der Btx-Zentrale Düsseldorf Informationen über Btx angeboten. Das Statistische Landesamt Berlin hat sein Btx-Angebot im Informationsangebot des Presse- und Informationsamtes Berlin untergebracht.

Aus den Erfahrungen dieser Statistischen Ämter sollen einige Folgerungen für die Anwendung von Btx im Statistischen Amt des Saarlandes gezogen werden.

Wie oben kurz angedeutet, bietet Bildschirmtext der amtlichen Statistik ganz neue Möglichkeiten, die vielfältigen kommunikativen Beziehungen zwischen dem Auskunftspflichtigen und den Benutzern effektiver und servicefreundlicher zu gestalten.

Dabei wird die Nutzung dieses Mediums entscheidend von der Anzahl der Bildschirmtext-Teilnehmer, einer benutzerfreundlichen Gebührenregelung der Deutschen Bundespost und der Darbietung der Information durch die Anbieter abhängen.

Bildschirmtext bietet der amtlichen Statistik wahrscheinlich letztmalig die Möglichkeit, daß alle Statistischen Ämter eine Teilmenge des riesigen Datenmaterials nach einheitlichen Kriterien und in vergleichbarer Form, d.h. über einheitliche Zugangsformen, über Suchhilfen und Programminhalte (Btx-Seiten) zur Verfügung stellen. Dieser Service der Statistischen Ämter darf aber nicht isoliert in der öffentlichen Verwaltung stehen. Es muß zum einen möglich sein, Tabellen der amtlichen Statistik einheitlich und mit logischen Bezügen aufzubauen, zum anderen aber sollten Querverweise innerhalb des Btx-Angebots der Behörden eines Landes vollziehbar sein, um die Konsumenten optimal mit Informationen zur Problemlösung zu versorgen. Nur über derartige Verknüpfungen wird ein Angebot, sofern es sich nicht ganz konkret auf einen fest umrissenen Personenkreis bezieht, attraktiv und überlebensfähig. Für dieses Vorhaben wäre es wünschenswert, die Koordination von einer Zentralstelle aus vorzunehmen, ohne die einzelnen Btx-Anbieter in ihren individuellen Freiheiten einzuschränken.

Wir stehen zur Zeit, wie schon gesagt, am Anfang der Einführung einer ganz neuen Generation von Informationstechnologien. Diese bedingen nicht nur neue Verfahren der Statistikproduktion und der Darbietung statistischer Ergebnisse, sondern auch veränderte Anforderungen der Benutzer bezüglich der Bereitstellung.

Die amtliche Statistik ist aufgefordert, sich rechtzeitig auf diese Entwicklung einzustellen. Erste Schritte in eine derartige Richtung sind z.B. Informationssysteme, one-line-Verarbeitung von Zeitreihen durch das Statistische Bundesamt und leicht handhabbare Speichermedien wie z.B. Disketten. Als nächster Schritt muß nun der Übergang zu Bildschirmtext vollzogen werden, damit die Benutzer in einigen Jahren auf ein abgestimmtes Datenangebot auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zugreifen können. Die Amtliche Statistik kann sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

Bevor aber ein Datenangebot verbreitet wird, gilt es den Konsumentenkreis abzustecken. Hier kann es für die Mehrzahl der Daten keine Einschränkung auf eine bestimmte Benutzergruppe geben, sondern die Konzeption muß auf alle Konsumenten, von privaten Haushalten bis Großunternehmen, vom Mittelstand bis zu Forschungsinstituten, Banken und Versicherungen ausgelegt sein. Im zweiten Schritt können dann bestimmten Benutzergruppen ausgewählte aktuelle Zahlen zur Verfügung gestellt werden. Denkbar wäre die monatliche Verbreitung der neuesten Konjunkturdaten. So hat das Statistische Bundesamt den Statistischen Sofortdienst für die Wirtschaft eingerichtet.

## 7. Angebot der amtlichen Statistik

Anhand des Datenangebots des Statistischen Bundesamtes wird im folgenden die Möglichkeit von Bildschirmtext für die amtliche Statistik aufgezeigt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den meisten Laien die Statistik als eine sehr trockene Angelegenheit mit abstrakten Zahlen empfunden wird. Das Bestreben jedes Angebotes sollte aber sein, in der Mehrheit nur solche Zahlen auszuwählen und anzubieten, die im täglichen Leben der Konsumenten eine wichtige Rolle spielen oder auf Grund des politischen Tagesgeschehens im Mittelpunkt des Interesses stehen. Um die Daten möglichst anschaulich darzustellen, sollen in einem nicht unerheblichen Umfang Grafiken in Verbindung mit Tabellen verwendet werden, die in leicht verständlicher Form grundlegende Entwicklungen und Zusammenhänge aufzeigen. Das Angebot muß einem aktuellen, trendgerechten Bedürfnis entsprechen. Allein die Tatsache vom häuslichen Fernseher Informationen abzufra-gen, genügt nicht zur Motivation des Konsumenten. Wer also den kommerziellen und nichtkommerziellen Anwender erfolgreich ansprechen will, muß sein Angebot präzise auf das Interessen-

spektrum des "potentiellen Rückmelders" abstimmen und das in kurzer Frist.

Das Statistische Bundesamt bietet deshalb seine Zahlen in einem Zahlenlexikon benutzerfreundlich an, wobei besonders darauf geachtet wird, die Informationen nicht nur als Extrakt aus dem Statistischen Jahrbuch zusammenzustellen. Der Bildschirmtextteilnehmer kann von seinem Wohnzimmer oder Büro aus im Zahlenlexikon blättern und sich über die neuesten Daten und die entsprechenden Zeitreihen informieren.

Um dem Btx-Teilnehmer einen Anreiz zu bieten, das Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes aufzuschlagen und im Zahlenlexikon nachzublättern, fand neben dem Zahlenlexikon auch die "Aktuelle Schlagzeile" Aufnahme in das Btx-Angebot.

Abbildung 2:

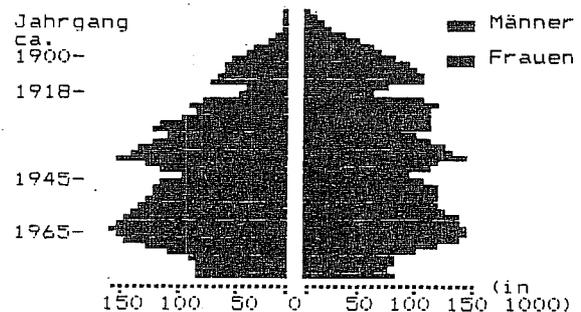
Statistisches Bundesamt 43800000b OP  
Wohnbevölkerung und Bevölkerungsdichte  
- Gebiet der heutigen Bundesrepublik -

Jahr	Bevölkerung in 1 000	je qkm	Jahr	Bevölkerung in 1 000	je qkm
1816	13 720	55	1970	61 001	244
1840	17 010	68	1971	61 502	247
1871	20 410	82	1972	61 809	249
1900	29 838	120	1973	62 101	250
1910	35 590	143	1974	61 992	249
1925	39 017	157	1975	61 645	249
1935	41 457	167	1976	61 442	247
1939	43 008	173	1977	61 353	247
1946	46 190	186	1978	61 322	247
1950	50 336	201	1979	61 439	247
1955	52 698	211	1980	61 658	248
1960	55 785	223	1981	61 713	248
1965	59 297	236			

Inhalt 7 Stichw 8 zurück 9 weiter #

Abbildung 3:

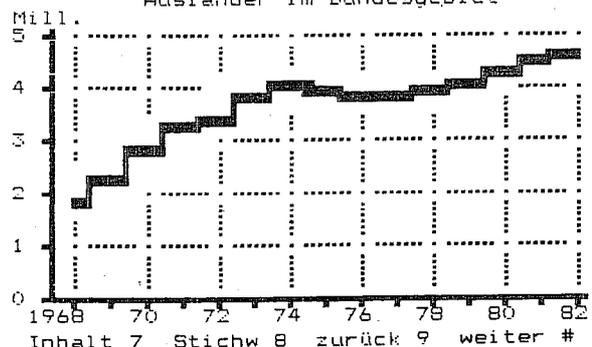
LDS NW 62210120a OP  
Altersaufbau der Bevölkerung in Nord-  
rhein-Westfalen am 31.12.1982



Stichw. 8 Inhalt 9 weiter #

Abbildung 4:

Statistisches Bundesamt 43800030a OP  
Ausländer im Bundesgebiet



Inhalt 7 Stichw 8 zurück 9 weiter #

In diesem Angebotsteil werden zum Tagesgeschehen die neuesten Daten als sog. "Schnelldienst" verbreitet. Von hier aus besteht dann die Möglichkeit, gezielt auf weitere Informationen im Zahlenlexikon zurückzugreifen. Einen weiteren Service ermöglicht der "elektronische Briefkasten", mit Hilfe dessen Mitteilungen und Anfragen verschickt bzw. Veröffentlichungen bestellt werden können.

Neben diesen zur Zeit in Erprobung befindlichen Informationsangeboten bietet Btx für die amtliche Statistik noch weitere Perspektiven. Btx könnte Anwendung finden, um aktuelle Informationen (z.B. bei Programmkorrekturen) zwischen den Statistischen Ämtern auszutauschen und Statistikverfahren (z.B. Volkszählung) einem breiten Publikum vorzustellen.

Ein anderes, aber sehr interessantes Einsatzgebiet eröffnet Btx für die Durchführung von kleineren Erhebungen. Insbesondere bei kurzfristigen Statistiken wäre der Auskunftspflichtige in der Lage, seine Angaben in ein vorbereitetes Btx-Formular einzutragen, das dann mittels Rechnerkoppelung in den Rechner der ZDV-Saar übernommen wird. Verbunden mit der Aufnahme von Daten über Btx wäre auch die Durchführung von Plausibilitätskontrollen und des Mahndienstes denkbar.

Die kurzen Ausführungen sollen einige Probleme und Möglichkeiten des Mediums Bildschirmtext aufzeigen. Rechtsprobleme (z.B. Datenschutz) technische Ausstattung und Kosten wurden bewußt nicht andiskutiert. Details sind in zahlreichen Publikationen veröffentlicht.

## 8. Schlußbemerkungen

Bildschirmtext bedeutet aus den Erfahrungen der Anbieter einen vielversprechenden Schritt nach vorn im Bereich der Information und Kommunikation. Aber es ist erst ein kleiner im Rahmen der Möglichkeiten, die sich heute bereits abzeichnen. Wenn am Ende dieser Entwicklung nicht der "verdatete" und sprachlose Mensch stehen soll, gilt es, die Herausforderung der neuen Medien anzunehmen und ein breites Problembewußtsein zu schaffen, damit die in Gang gekommene Entwicklung in gesellschaftlich, politisch und technisch zu verantwortenden Bahnen ablaufen kann.

---

## Literatur

- 1 Handbuch für die Anwendung von Bildschirmtext in der Bundesverwaltung  
Hrsg.: Bundesminister des Innern; Bonn, Januar 1983
- 2 Bericht der Expertengruppe "Förderung neuer Kommunikationstechniken (EKOM)"  
Hrsg.: Landesregierung von Baden-Württemberg; November 1982

**Johannes Barth**  
*Diplom Mathematiker*

# Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1970 bis 1982

## – Methoden und Ergebnisse –

### Teil A.

Im Saarland wird seit dem Jahr 1963 eine Statistik über die nach der Gewerbeordnung anzeigepflichtigen Gewerbemeldungen durchgeführt (Anzeigen nach den §§ 14 und 55c Gew. O.). Die statistische Auswertung erfolgt auf Anordnung der Landesregierung vom 08.03.1962 (Amtsbl. Saar S. 208), zuletzt geregelt in den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften vom 04.08.1980 (GMBI. Saar, S. 422) mit dem Ziel, die Bestandsentwicklung der Betriebe in den gewerblichen Bereichen zu beobachten und darzustellen. Die Fortsetzung dieser Statistik nach der letzten Arbeitsstättenzählung 1970 ermöglicht einen Überblick bis zum gegenwärtigen Stand im Jahr der geplanten Volks- und Arbeitsstättenzählung 1983.

Eine entsprechende Statistik gemäß landesrechtlichen Regelungen liegt nur in wenigen Bundesländern vor – u.a. in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen –, ist jedoch in weiteren Ländern geplant. Für eine Bundesstatistik besteht zur Zeit keine Rechtsgrundlage. Es ist jedoch ein allgemeines einheitliches Auswertungsprogramm vorhanden, das den Ländern als Leitlinie dient und als sog. koordinierte Länderstatistik entwickelt werden soll. Diesem Auswertungs- und Tabellenprogramm werden auf längere Sicht die interessierten Länder folgen. Im Saarland wurde bisher ein landeseigenes vereinfachtes Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramm aus Arbeits- und Kostengründen unverändert beibehalten. Es ermöglicht, Informationen über die wichtigsten Änderungen im gewerblichen Sektor darzustellen und ergänzt somit die einzelnen Fachstatistiken. Eine exakte Fortschreibung der Bestände der Arbeitsstättenzählung mittels der Gewerbestatistik ist jedoch dabei aus methodischen und arbeitsmäßigen Gründen nicht möglich; auch das Führen eines zentralen Registers (Betriebskartei) war bisher nicht Aufgabe und Auswertungsziel der vorliegenden Statistik.

### I. Gewerbliche Tätigkeiten

Anzeigenpflicht besteht nur für den Betrieb eines "Gewerbes" bzw. für "selbständige Gewerbe-

treibende". Für diese Begriffe gelten die allgemeinen gewerberechtlichen Grundsätze.

Es werden somit Betriebe aller Gewerbebezüge, d.h. nach der allgemeinen Wirtschaftszweigsystematik grundsätzlich Betriebe der Wirtschaftsabteilungen

- Nr. 2 Verarbeitendes Gewerbe
- Nr. 3 Baugewerbe
- Nr. 4 Handel
- Nr. 5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Nr. 6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

erfaßt, sowie Teile aus den Abt. 0 (Gewerbliche Gärtnereien, Tierhaltung u.a.), Abt. 1 (Energie- und Wasserversorgung) und Abt. 7 (Dienstleistungen von Unternehmen).

Nicht zu erfassen sind daher insbesondere folgende Tätigkeiten bzw. Betriebe:

- 1) die Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Fischerei\*) sowie der Bergbau;
- 2) freie Berufe im Sinne des Gewerberechts (= freie wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten sowie Dienstleistungen höherer Art, die eine höhere Ausbildung erfordern, insbesondere Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater);
- 3) bloße Verwaltung des eigenen Vermögens sowie
- 4) generell verbotene bzw. sozial unwertige Tätigkeiten.

Sofern jedoch hier eine Verbindung mit anderen gewerblichen Tätigkeiten – ausgenommen Nebentätigkeiten geringen Umfangs – gegeben ist, besteht ebenfalls Anzeigepflicht (z.B. Winzer mit Straußwirtschaft).

\*) ausgenommen gewerbli. Gärtnereien, gewerbli. Tierhaltung u.ä. gewerbli. Unternehmen im steuerlichen Sinne

Ferner sind in die Meldungen nicht einbezogen:

- 5) Musikunterricht, Privatunterricht, Tanz-, Reitunterricht usf.
- 6) Neben Ärzten, selbständigen Apothekern und anderen Heilberufen sind auch Hebammen, Masseure, Krankenpfleger, Logopäden usw. nicht meldepflichtig, dagegen jedoch das sogenannte Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege einschließlich Schönheits- und Fußpfleger laut Handwerksordnung.  
(Ferner sind zu melden, der Handel mit Arzneien, Losen, Lotterien, Toto- und Lottoannahmestellen, selbständige Vertreter, das Vermittlergewerbe, Makler, Kredit- und Finanzierungsinstitute, Grundstücks- und Wohnungswesen, gewerbliche Vermögensverwaltung, Architektur- und Ingenieurbüros und ähnliche Institute).
- 7) Betriebe und Nebenbetriebe der Bahn und Post sind nicht meldpflichtig, außer Pächter von Bahnhofsgaststätten, Verkaufsstellen (Kioske) usf.

## II. Anzeigepflichtige Vorgänge

Der Betrieb eines stehenden Gewerbes ist für selbständige Gewerbebetriebe und Zweigniederlassungen einschließlich sogenannter unselbständiger Zweigstellen (ohne Baustellen) zu melden. Ferner ist das selbständige Reisegewerbe sowie Automatenaufstellergewerbe (Waren-, Leistungs- und Unterhaltungsautomaten) zu erfassen:

### Anmeldung (Vordruck 1)

Der Beginn eines Gewerbes durch Neueinrichtung oder Übernahme eines bestehenden Betriebes durch Kauf, Pacht, Erbfolge oder Änderung der Rechtsform (z.B. Umwandlung in AG) ist anzuzeigen für natürliche und juristische Personen einschließlich geschäftsführende Gesellschafter in Personengesellschaften. Auch die Verlegung eines Betriebes in eine andere Gemeinde ist als An-/Abmeldung zu registrieren.

### Ummeldung (Vordruck 2)

Hiermit wird die Änderung bzw. Erweiterung der betrieblichen Tätigkeit (Wechsel des Gegenstandes des Gewerbes) oder die Betriebsitzverlegung innerhalb einer Gemeinde angezeigt.

### Abmeldung (Vordruck 3)

Hierdurch wird die vollständige Aufgabe (Schließung) eines Betriebes, einer Zweigniederlassung oder Zweigstelle — also einer Betriebsstätte — mitgeteilt. Auch die Abgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes z.B. infolge Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform und Austritt als Gesellschafter wird als Abmeldung gekennzeichnet. Die Beendigung eines Teils der bisherigen Tätigkeit ist nicht anzeigepflichtig, also nicht als Ab- oder Ummeldung anzusehen. Abmeldungen/Löschungen können ggf. auch von Amts wegen vorgenommen werden.

## III Anzeigepflichtige Personen

Es werden natürliche und juristische Personen nachgewiesen. Bei BGB-Gesellschaften, OHG und KG sind zwar nur die geschäftsführungsberechtigten Gesellschafter die Gewerbetreibenden, es muß aber jeder Gesellschafter eine Gewerbeanzeige erstatten, weil diese Gesellschaften selbst keine eigene Rechtspersönlichkeit haben. Entsprechendes gilt für den nichtrechtsfähigen Verein (§ 54 BGB) und seine geschäftsführenden Mitglieder.

Selbständig tätig ist, wer ein Gewerbe in eigenem Namen, d.h. unter eigener Verantwortlichkeit für den Betrieb nach außen hin betreibt und diesbezüglich persönliche und sachliche Selbständigkeit besitzt, was z.T. nur unter Würdigung des Einzelfalles feststellbar ist. Auch z.B. bei nebenberuflichen Versicherungsvertretern, die nur den Abschluß von Versicherungsverträgen vermitteln, wird das Merkmal der Selbständigkeit häufig bejaht.

## Statistische Auswertung im Saarland

Das vereinfachte Auswertungsprogramm im Saarland verzichtet zur Zeit noch auf den Nachweis verschiedener meldepflichtiger Vorgänge, die in den insbesondere seit Herbst 1980 zu verwendenden neuen Anzeigenvordrucken enthalten sind, und zwar bei:

### a) Ummeldungen

Die Fälle der Betriebssitzverlegung innerhalb der Gemeinde sowie Änderungen der gewerblichen Tätigkeit — falls der Betriebsschwerpunkt unverändert ist — bleiben in der Statistik außer Betracht; Fälle entsprechender Schwerpunktänderungen werden als Zu-/Abgänge bei den betreffenden Wirtschaftszweigen (An-/Abmeldungen) registriert.

### b) An- und Abmeldungen

Abmeldungen, denen spätestens 3 Monate nach Ablauf des Berichtshalbjahres Wiederanmeldungen folgen, werden als sogenannte Übernahmen vermerkt (Inhaber bzw. Firmenwechsel); sie werden nicht als echte An- bzw. Abmeldungen gezählt, wenn Betriebsort und Wirtschaftszweig gleich bleiben, unabhängig von der Rechtsform des Betriebes.<sup>1)</sup> Die Meldungen mehrerer Gesellschafter von Personengesellschaften werden als Betriebseinheit zusammengefaßt; es werden also Betriebe, nicht Meldeblätter gezählt.

### c) Handwerksbetriebe, Kleinverkaufsstellen

Die Handwerkseigenschaft ist größtenteils auf den Meldebogen vermerkt, ein Abgleich mit der Handwerksrolle kann bei der statistischen Bearbeitung jedoch nicht vorgenommen werden. Kleinverkaufsstellen, z.B. Flaschenbierhandlungen, sind in der Statistik nicht enthalten, diese Meldungen werden aussortiert ( ab 1973).

1) In der Tabelle der An- und Abmeldungen nach Rechtsformen der Unternehmen sind die obengenannten Übernahmen — auch solche mit Rechtsformänderungen — somit nicht aufgeführt.

Das Statistische Landesamt erhält von den Gewerbeämtern der Gemeinden jeweils eine Ausfertigung der Meldebogen (Anzeigen). Diese An-, Um- und Abmeldungen (Vordruck 1, 2 und 3) sind jedoch für die maschinelle Datenverarbeitung nicht unmittelbar geeignet, so daß die zu erfassenden Daten auf Signierblätter übertragen werden müssen, wie es für sog. sekundärstatistisches Material meist üblich ist. Bei der Signierung werden regionale und wirtschaftssystematische Ordnungsangaben berücksichtigt. Adressen werden nicht registriert bzw. statistisch ausgewertet.

Bei der Einführung einer einheitlichen koordinierten Länderstatistik der Gewerbeanzeigen muß das bisherige vereinfachte Auswertungsprogramm im Saarland aufgegeben werden. Es sind Meldevorgänge auszuwerten, die unmittelbar den Anzeigen zu entnehmen sind; ein Umsortieren von sog. Übernahmen und "echten" An- und Abmeldungen wird entfallen. Alle Meldungen (An-, Um- und Abmeldungen) würden zusätzlich aber auch nach den Änderungsgründen aufgegliedert, und zwar

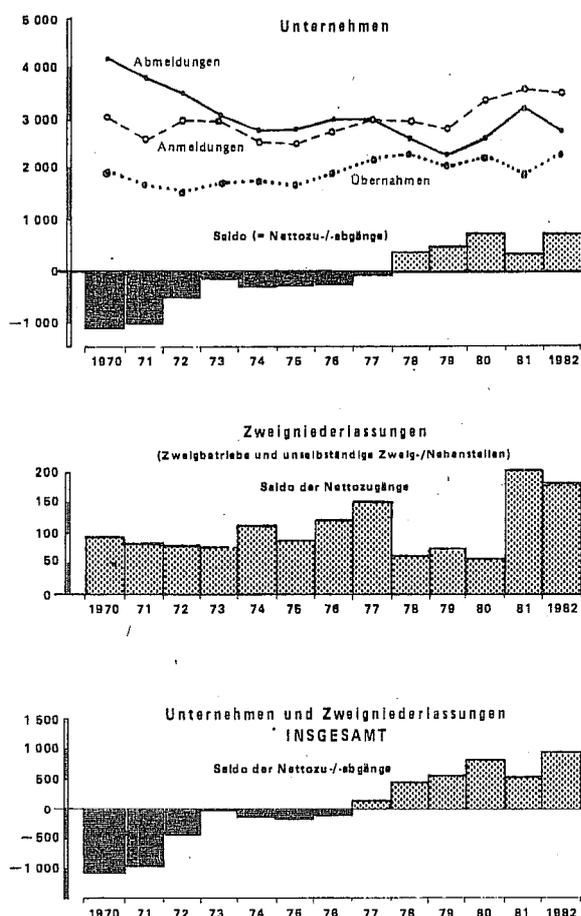
- bei 1. Neuerrichtung bzw. Übernahme eines vorhandenen Betriebes,
- bei 2. Änderung/Erweiterung der Tätigkeit oder Sitzverlegung (innerhalb der Gemeinde),
- bei 3. Vollständige Schließung bzw. Aufgabe wegen Verkauf usf. einschließlich Änderung der Rechtsform.

Auch die Ausländereigenschaft des Betriebsinhabers sowie die voraussichtliche bzw. zuletzt vorhandene Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer kann nachgewiesen werden, soweit die Angaben hierzu vertretbar sind. Diese wesentlich umfangreicheren Informationen aufzubereiten und in Ergebnistabellen zusammenzustellen ist allerdings mit einem höheren Arbeits- und Kostenaufwand verbunden, als nach dem bisherigen landeseigenen Programm erforderlich war. Die im Anschluß an die Arbeitsstättenzählung 1983 vorgesehene Umstellung der Gewerbestatistik wird daher im Saarland zunächst im Rahmen der verfügbaren Mittel vorgenommen werden.

## Teil B. Ergebnisse

Die Gewerbeanzeigen bei den Gewerbeämtern im Saarland erstreckten sich nach der vorliegenden Statistik 1970 wie in den letzten Jahren 1981/82 auf weit über 9 000 Fälle je Jahr, wobei in neuerer Berichtszeit im Durchschnitt annähernd 4 000 An-, über 3 000 Abmeldungen und gut 2 000 Übernahmen (Inhaberwechsel) von Gewerbebetrieben verzeichnet werden. Im Zeitverlauf zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede. Während Anfang der 70er Jahre die Abmeldungen anzahlmäßig die Anmeldungen weit überstiegen, also per Saldo ein Bestandsabbau der Betriebe erfolgte, war zwischen den Jahren 1973 und 1977 eine gewisse Stabilisierung festzustellen. Die Folgejahre wiesen einen Bestandszuwachs aus, nachdem die Anmeldungen ein stärkeres Gewicht erlangten. Bei den Betriebsübernahmen ergaben sich ebenfalls anfangs rückläufige und anschließend stabilisierende Tendenzen; die seit 1977 durchweg hohen Fallzahlen zeigen z.T. in den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine sehr unterschiedliche Entwicklung.

### Gewerbe- und -abmeldungen 1970 – 1982



### An- und Abmeldungen sowie Übernahmen von Gewerbebetrieben 1970 bis 1982 (Unternehmen und Zweigniederlassungen)

Jahr	Anmeldungen	Abmeldungen	Saldo	Übernahmen	Gesamtzahl der Fälle
1970	3 417	4 451	- 1 034	2 067	9 935
1971	3 122	4 066	- 944	1 807	8 995
1972	3 289	3 698	- 409	1 630	8 617
1973	3 302	3 327	- 25	1 797	8 425
1974	2 861	2 999	- 138	1 796	7 656
1975	2 838	3 011	- 173	1 796	7 645
1976	3 075	3 173	- 98	2 028	8 276
1977	3 472	3 353	+ 119	2 332	9 167
1978	3 232	2 825	+ 407	2 389	8 446
1979	2 919	2 386	+ 533	2 085	7 390
1980	3 526	2 739	+ 787	2 280	8 545
1981	4 056	3 545	+ 511	1 942	9 543
1982	3 947	3 034	+ 913	2 384	9 365

Ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung waren die Meldungen für Unternehmen, die die Hauptmasse darstellten, während Zweigniederlassungen von untergeordneter Bedeutung blieben.

Das Verhältnis der Meldungen für Unternehmen und Zweigstellen entsprach im Durchschnitt der letzten 5 Jahre etwa 15:1, während zu Beginn des vorangegangenen Jahrzehnts die

Relation 11:1 bestand. Die Zweigniederlassungen wiesen im Unterschied zu den Unternehmen in allen Jahren 1970 bis 1982 Nettozugänge auf, für die Unternehmen gilt dies erst ab 1978. Das Plus belief sich in den letzten 5 Jahren bei Unternehmen auf rd. 350 bis 730 Einheiten jährlich, bei Zweigniederlassungen auf 20 bis 90 Betriebe, zusammen also etwa 400 bis 900 Einheiten je Jahr. Bei kritischer Prüfung der Meldepraxis und der statistischen Auswertung ist hierbei jedoch anzumerken, daß aus verfahrenstechnischen Gründen die Abmeldungen innerhalb des jeweiligen Berichtsjahres aber auch längerfristig leicht untererfaßt werden. Dies ist daraus zu erklären, daß insbesondere Abmeldungen von Amts wegen — z.B. aufgrund stillschweigender Betriebs-schließungen bzw. Fortzüge von selbständigen Gewerbebetreibenden — in einzelnen Gemeinden nur in größeren Zeitabständen bzw. bei besonderen Anlässen (z.B. Überprüfung der Gewerbe-kartei) erfolgen und damit die Statistik beeinträchtigen. Die Größenordnung dieser Unterfassung mag eng begrenzt sein, darf jedoch nicht ganz außer Betracht gelassen werden. Der positive Saldo (Nettozugang) erscheint auch deshalb etwas überhöht, wenn man berücksichtigt, daß in Einzelfällen bei den Übernahmen (z.B. Zusammenschluß von Unternehmen bzw. Betrieben) der gleichzeitige Wegfall einer Betriebsstätte nicht zum Ausdruck kommt, also die Zahl der Abgänge etwas zu niedrig, der Gesamt-saldo damit leicht überhöht dargestellt wird. Genauere Angaben hierzu, die nur über Sonderuntersuchungen feststellbar wären, liegen nicht vor. Vorsichtige Schätzungen dürften aber eine gewisse Kürzung des Saldos der Nettozugänge einkalkulieren.

Die Bestandsentwicklung kann im einzelnen wie folgt nach Wirtschaftsbereichen analysiert werden:

### 1. Produzierende Bereiche

Das Verarbeitende Gewerbe, Baugewerbe, die Energiewirtschaft sowie gewerbliche Teile der Landwirtschaft etc. stellen einen vergleichsweise geringen Anteil der Gewerbeanzeigen. Die Fluktuation in diesen Wirtschaftsabteilungen ist nicht so stark wie in anderen Bereichen, obwohl auch hier deutliche konjunktur- und strukturelevante Änderungen verzeichnet werden.

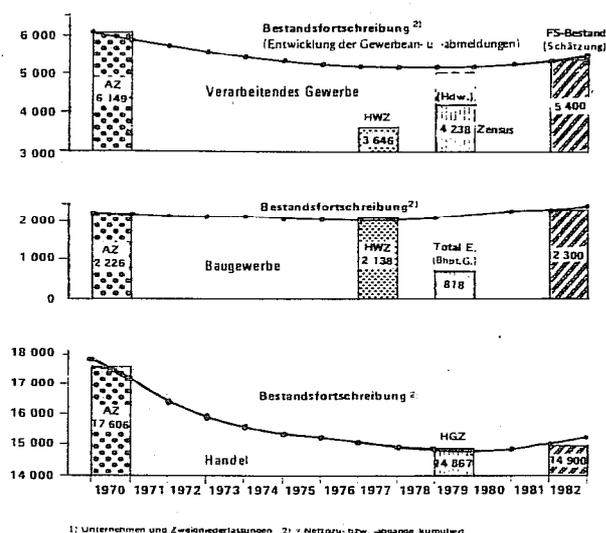
Das **Verarbeitende Gewerbe** hat im langjährigen Durchschnitt rd. 330 An- und 400 Abmeldungen bei 130 Betriebsübernahmen je Jahr angezeigt. Zweigniederlassungen waren hierbei nur in relativ begrenzter Zahl vertreten, da offensichtlich überwiegend Einbetriebsunternehmen tangiert sind. Insgesamt ist 1970 bis 1978 ein Bestandsrückstand der Unternehmen, anschließend ein Nettozugang nachzuweisen, während die Zweigniederlassungen fast durchweg positive Bestandsänderungen erfuhren. Die Fallzahlen lassen Großbetriebe und mittelständische Existenzgründungen bzw. -verluste nicht erkennen, doch entfällt gut ein Drittel der Meldungen auf Handwerksbetriebe. Unter den am meisten beteiligten Wirtschaftszweigen befinden sich vor allem das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, die zusammengefaßten Gruppen der Elektrotechnik, EBM-Warenhersteller, Feinmechanik, Optik, ferner das Holz-, Papier- und Druckgewerbe sowie Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe. Der bei der Arbeitsstättenzählung 1970 festgestellte Gesamtbestand von 6 150 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes wurde innerhalb eines Jahrzehnts per Saldo um 860 Einheiten reduziert, was sich auch aus den Bereichszählungen (Zensus 1979 bzw. Handwerkszählung 1977) bestätigen läßt. Der fortgeschriebene Stand Ende 1982 kann auf rd. 5 400 Betriebe veranschlagt werden.

Im **Baugewerbe** wurden im langjährigen Mittel 230 Zu- und ca. 210 Abgänge sowie rd. 60 Betriebsübernahmen je Jahr gezählt. Während bis 1978 die Betriebsschließungen dominierten, ist seither ein positiver Saldo sowie eine verstärkte Zahl der Übernahmen festzustellen. Die Mehrzahl der Meldungen bezieht sich dabei wiederum auf Handwerksbetriebe, die etwa je zur Hälfte das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe betreffen. Der Gesamtbestand von 2 226 Arbeitsstätten des Baugewerbes lt. AZ 1970 hat unter Berücksichtigung der Gewerbeanzeigen nach 10 Jahren annähernd wieder dasselbe Niveau erreicht und ist für Ende 1982 noch etwas höher anzusetzen.

Aus den **übrigen produzierenden Bereichen** liegen nur Teilinformationen vor, die im Rahmen der Gewerbestatistik keine größere Aussagekraft besitzen. Auch eine zusammenfassende Darstellung des Handwerks, auf das weiter unten im Bereich der Dienstleistungen noch ein-

gegangen wird, ist nicht besonders aufschlußreich, da die Handwerkseigenschaft in den Gewerbeanzeigen nicht mit entsprechender Genauigkeit eingetragen wird wie in der Handwerksrolle.

Arbeitsstätten<sup>1)</sup> im Verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe und im Handel 1970 bis 1982  
 - Ergebnisse der AZ, ausgewählter Bereichserhebungen und der Gewerbestatistik mit Bestandsfortschreibung -



## 2. Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Handel ist im langjährigen Durchschnitt mit rd. 1 200 An- und ca. 1 500 Abmeldungen bei etwa 430 Geschäftsübernahmen je Jahr der am stärksten vertretene Wirtschaftsbereich. Insgesamt ergaben sich innerhalb von 13 Jahren 18 411 An-, 21 075 Abmeldungen sowie 6 143 Übernahmen, wobei sicherlich eine große Zahl mehrfach wiederkehrender Fälle enthalten sein dürfte. Denn bei regem Wettbewerb und beachtlichen Konzentrationsbewegungen wird durch Geschäftsschließungen, Neueröffnungen und Inhaberwechsel bei gleichzeitiger Einführung geänderter Handelsformen auf vielfältige Weise versucht, die Möglichkeiten des Marktes auszuschöpfen und im Strukturwandel zu bestehen. Von den Gewerbemeldungen entfallen etwa zwei Drittel auf Einzelhandelsunternehmen, ca. 20 % auf die Handelsvermittlung und der Rest auf Großhandelsunternehmen. Bei den Zweigniederlassungen handelt es sich überwiegend um Einzelhandelsbetriebe und nur bei rd. 15 % der Fälle um Filialen der übrigen Handelsbereiche.

In dem Jahrzehnt nach 1970 wird ein Bestandsrückgang von rd. 3 140 Handelsbetrieben verzeichnet, so daß die bei der AZ 1970 festgestellte Zahl der Arbeitsstätten (17 600) bis Ende 1979, wie auch die Handels- und Gaststättenzählungen erwies, auf das Niveau von 14 400 zurückging. Seither sind insgesamt wieder Nettozüge bei den Unternehmen - wie seit längerer Zeit bei den Zweigbetrieben - festzustellen. Der Einzelhandel (ohne die Kleinverkaufsstellen) ist nach der Zahl der Meldungen für den gesamten Bereich dominierend. Der Bestandsabbau der Handelsbetriebe der 70er Jahre ist in 3 050 Fällen (97 %) auf Einzelhandelsgeschäfte zurückzuführen, wobei das stärkste Minus Anfang der 70er Jahre gegeben war. Unter den genannten Betrieben befanden sich 1 630 (52 %) Nahrungs- und Genussmittelgeschäfte bzw. in erheblichem Maße Lebensmittelläden, wie aus den Berichtsjahren 1974 bis 1980 ersichtlich ist. Für die übrigen Jahre kann eine nähere Aufgliederung nicht vorgenommen werden, da die Neufassung der Gewerbeanzeigen dies nicht mehr zuläßt.

Aus dem Bereich des **Verkehrsgewerbes und der Nachrichtenübermittlung** wird von 1970 bis 1980 ein Nettozugang von insgesamt 154 Betrieben ermittelt, so daß der Bestand der Arbeitsstättenzählung 1970 (1 920 Einheiten) entsprechend aufgestockt wurde. Im gleichen Zeitraum sind 487 Betriebsübernahmen erfolgt, ist also etwa jeder vierte Betrieb in andere Hände übergegangen.

## 3. Dienstleistungsbereiche

Neben dem **Kredit- und Versicherungsgewerbe**, das 1970 bis 1980 kontinuierlich erweitert und insgesamt um rd. 500 Betriebsstätten vermehrt wurde (Stand 1970: 1 300 Arbeitsstätten), sind vor allem die **sonstigen Dienstleistungsunternehmen** von besonderem Interesse. Hierzu zählen vorwiegend das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wäscherei- und Reinigungsgewerbe, Wirtschaftswerbung, Grundstücks-, Wohnungswesen und die Vermögensverwaltung. Hervorzuheben ist hier die besonders hohe Zahl der Betriebsübernahmen, die hauptsächlich im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vorkommen. Von den

# Gewerbean- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen 1970 — 1982

## 1. Unternehmen

Art des Vorganges — Jahr	insgesamt	Verarbeiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe	Handel <sup>1)</sup>			Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe	Dienst- lei- stungen	Rest- liche Wirt- schafts- bereiche <small>2)</small>	
				ins- gesamt	davon						
					Groß- handel	Handels- vermitt- lung					Einzel- handel <sup>1)</sup>
Anmeldungen											
1970	3 032	317	176	1 520	157	247	1 116	118	179	702	20
1971	2 757	314	190	1 216	218	251	747	148	157	709	23
1972	2 951	321	195	1 332	261	333	738	141	140	803	19
1973	2 924	363	249	1 142	278	313	551	138	181	829	22
1974	2 512	324	212	1 032	236	275	521	126	170	620	28
1975	2 522	304	213	1 016	219	284	513	138	130	685	36
1976	2 743	369	227	1 106	222	304	580	142	165	706	28
1977	2 980	323	258	1 283	173	334	776	144	198	735	39
1978	2 962	343	247	1 232	162	340	730	150	212	736	42
1979	2 760	316	262	963	159	278	526	173	220	794	32
1980	3 356	324	223	1 318	205	266	847	170	227	1 044	50
1981	3 577	325	240	1 454	200	294	960	166	224	1 123	45
1982	3 528	286	189	1 462	108	323	1 031	146	276	1 105	64
Abmeldungen											
1970	4 157	525	218	2 280	232	333	1 715	141	184	776	33
1971	3 782	469	208	2 152	251	290	1 611	147	141	628	37
1972	3 438	580	228	1 876	236	350	1 290	144	126	449	35
1973	3 025	485	265	1 406	305	379	722	138	146	559	26
1974	2 761	393	249	1 287	207	398	682	132	127	548	25
1975	2 782	387	225	1 152	213	293	646	153	123	718	24
1976	2 961	397	229	1 360	234	382	744	172	135	632	36
1977	3 010	366	237	1 392	164	392	836	181	145	647	42
1978	2 617	347	177	1 324	156	336	832	131	142	461	35
1979	2 299	315	173	1 175	153	257	765	129	110	377	20
1980	2 624	278	191	1 215	135	227	853	114	136	653	37
1981	3 269	485		1 367	.	.	.		1 417		
1982	2 794	220	147	1 286	.	.	.		1 141		
Übernahmen											
1970	1 963	143	38	453	29	112	312	24	7	1 290	8
1971	1 702	105	33	387	27	99	261	31	5	1 125	16
1972	1 580	106	22	334	31	82	221	34	4	1 070	10
1973	1 716	99	29	373	38	81	254	31	5	1 166	13
1974	1 746	100	19	351	27	51	273	35	1	1 226	14
1975	1 703	91	30	354	32	53	269	38	5	1 173	12
1976	1 927	119	47	393	55	51	287	31	6	1 320	11
1977	2 211	164	82	492	65	63	364	51	19	1 400	3
1978	2 310	203	71	558	73	58	427	55	16	1 397	10
1979	2 057	159	74	463	78	35	350	47	12	1 293	9
1980	2 261	172	73	539	74	50	415	42	15	1 407	13
1981	1 906	89	32	345	26	27	292	23	14	1 392	11
1982	2 293	109	42	492	37	39	416	39	18	1 587	6

1) ab 1973 ohne Kleinverkaufsstellen (z. B. Flaschenbierhandlungen). 2) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung, jedoch ohne Bergbau sowie Land- und Forstwirtschaft (ausgenommen gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung sowie landwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Unternehmen).

# Gewerbean- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen 1970 — 1982

## 2. Zweigniederlassungen

Art des Vorganges — Jahr	insgesamt	Verarbeiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe	Handel <sup>1)</sup>			Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe	Dienst- lei- stungen	Rest- liche Wirt- schafts- bereiche 2)	
				insgesamt	davon						
					Groß- handel	Handels- vermitt- lung					Einzel- handel <sup>1)</sup>
Anmeldungen											
1970	385	38	12	150	42	3	105	27	14	144	—
1971	365	39	12	161	26	6	129	36	9	105	3
1972	338	30	7	157	26	7	124	19	5	119	1
1973	378	37	10	187	26	7	154	20	10	114	—
1974	349	22	11	185	20	5	160	20	11	99	1
1975	316	33	5	149	18	6	125	13	8	108	—
1976	332	37	12	161	13	5	143	22	9	90	1
1977	492	44	13	295	29	9	257	31	13	95	1
1978	270	17	7	153	9	3	141	10	11	71	1
1979	159	7	3	90	1	1	88	4	6	49	—
1980	170	12	4	101	5	—	96	5	3	45	—
1981	479	26	4	287	18	7	262	16	9	137	—
1982	419	18	4	259	10	1	248	19	5	114	—
Abmeldungen											
1970	294	29	5	152	39	4	109	11	2	94	1
1971	284	25	11	155	29	4	122	25	4	64	—
1972	260	25	6	160	24	2	134	13	5	50	1
1973	302	30	9	160	22	3	135	29	8	66	—
1974	238	26	6	140	15	2	123	16	5	45	—
1975	229	29	6	116	16	2	98	17	7	54	—
1976	212	24	4	108	13	6	89	12	5	59	—
1977	343	43	10	208	31	14	163	24	7	49	2
1978	208	13	6	140	9	4	127	5	13	31	—
1979	87	6	1	46	1	1	44	5	3	26	—
1980	115	1	7	77	20	—	57	1	1	28	—
1981	276		18	194	.	.	.			64	
1982	240	16	8	147	.	.	.			69	
Übernahmen											
1970	104	12	1	63	9	1	53	—	—	28	—
1971	105	9	—	75	3	1	71	—	1	20	—
1972	50	7	—	34	2	2	30	1	—	8	—
1973	80	2	1	60	6	—	54	—	—	17	—
1974	50	6	—	30	—	—	30	1	5	8	—
1975	93	4	1	59	5	—	54	2	2	25	—
1976	101	3	—	64	6	1	57	3	5	26	—
1977	121	6	3	65	4	3	58	3	—	42	2
1978	79	1	—	42	—	1	41	1	—	35	—
1979	28	—	—	18	2	—	16	—	—	10	—
1980	19	—	—	14	2	1	11	—	—	5	—
1981	36	—	—	28	2	1	25	1	1	6	—
1982	91	4	—	57	2	1	54	2	2	26	—

1) ab 1973 ohne Kleinverkaufsstellen (z. B. Flaschenbierhandlungen). 2) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung, jedoch ohne Bergbau sowie Land- und Forstwirtschaft (ausgenommen gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung sowie landwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Unternehmen).

jährlich 1 400 bis 1 600 Geschäftsübernahmen im Dienstleistungsgewerbe entfällt nur etwa ein Siebtel auf die übrigen Dienstleistungen außerhalb des Gastgewerbes, darunter vorwiegend das Friseur- und Körperpflegegewerbe sowie Wäscherei- und Reinigungsgewerbe. Die Gesamtzahl der Dienstleistungsunternehmen der erfaßten Bereiche stieg im Zeitraum 1970 bis 1980 um rd. 1 900, hinzu kam ein Zugang von 470 Zweigniederlassungen. Die fortgeschriebene Bestandszahl 1980 bzw. 1982 läßt sich allerdings kaum zutreffend ermitteln, da die Gewerbestatistik einen Teil der freien Berufe nicht enthält, also den Bestand der Arbeitsstättenzählung (insg. 10 329 Einheiten im Dienstleistungssektor AZ 1970) nicht voll wiedergeben kann.

#### **Weitere Aspekte der statistischen Auswertung**

Auf die Darstellung der Gewerbeanmeldungen nach der Rechtsform der Unternehmen kann hier nur kurz eingegangen werden. Im Zeitraum 1970 bis 1982 sind 82 % aller An- und 91 % der Abmeldungen von Einzelunternehmen vorgenommen worden sowie 15 bzw. 7 % bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Der Bestand der Einzelunternehmen weist damit ein Minus von rd. 4 300, der GmbH-Bestand ein Plus von 2 950 Einheiten auf. Die sonstigen Rechtsformen haben anzahlmäßig nur eine geringe Bedeutung.

Über regionale Aspekte sei nur vermerkt, daß im letzten Berichtsjahr 1982 3 741 Fälle, d.h. zwei Fünftel aller An-, Abmeldungen und Übernahmen im Saarland auf dem Gebiet des Stadtverbands Saarbrücken festgestellt wurden. Die übrigen Meldungen verteilten sich auf die Landkreise Merzig-Wadern (8%), Neunkirchen (13 %), Saarlouis (19 %), den Saar-Pfalz-Kreis (14 %) und den Landkreis St. Wendel (6 %).

Verflechtungen zwischen den Regionen, z.B. Fort- und Zuzüge von Betrieben zwischen Städten und Umlandgemeinden bzw. Kreisen lassen sich aufgrund der vorliegenden Statistik ebensowenig aufzeigen wie die Beziehungen zwischen den Wirtschaftsbereichen (Bereichswechsler). Auch Konzentrationsbewegungen, Unternehmenszusammenschlüsse, Fortführung ehemals selbständiger Unternehmen als Teile anderer Unterneh-

men, die den Bestand und die Größenverhältnisse der Unternehmen beeinflussen, können aufgrund der begrenzten statistischen Auswertungsmöglichkeiten nicht dargelegt werden. Hierfür wären Sonderuntersuchungen z.T. in Form von Verlaufsanalysen erforderlich, die sicherlich für einzelne Städte und Landesteile von größerem Interesse sein dürften, u.a. um die Attraktivität der betreffenden Wirtschaftsräume und die Wirkungen von Standortvor- oder -nachteilen sehen, ja gegebenenfalls über Erfolge und Mißerfolge bei der Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in bestimmten Perioden Informationen vermitteln zu können. Die Gewerbestatistik in regionaler und fachlicher Gliederung verstärkt auszuwerten und gegebenenfalls eine Bestandsfortschreibung für Betriebsstätten (Betriebsregister) durchzuführen, wäre allerdings erst von größerem Nutzen, wenn auch über bestimmte Leistungsgrößen, z.B. Beschäftigtenzahl, Umsatzgrößenklasse, Angaben zur Verfügung stünden. Dies ist mit Hilfe laufender Fachstatistiken und den in gewissen Zeitabständen stattfindenden Bereichs- und Strukturhebungen einigermaßen möglich, sofern die Erhebungskonzepte — insbesondere Abgrenzung der Erhebungseinheiten und Begriffsinhalte der Erhebungsmerkmale — aufeinander abgestimmt sind, wie es auch für andere Vergleichs- und Analyse Zwecke nicht zuletzt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wünschenswert ist.

**Ernst Dürschmid**  
*Diplom-Volkswirt*

# Das Produzierende Gewerbe des Saarlandes im 1. Halbjahr 1983

1. Allgemeine wirtschaftliche Lage
2. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
  - 2.1 Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung
  - 2.2 Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Bergbau
  - 2.3 Investitionsgüter produzierendes Gewerbe
  - 2.4 Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
3. Baugewerbe
  - 3.1 Baunachfrage
  - 3.2 Bautätigkeit und Beschäftigung

## 1. Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die Situation der bundesdeutschen und saarländischen Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 1983 noch durch eine insgesamt labile Konjunkturlage geprägt. Während in den ersten sechs Monaten 1982 noch kaum Anzeichen für eine Belebung der Wirtschaft zu erkennen waren, zeigte die erste Jahreshälfte 1983 ein deutlich verbessertes Konjunkturklima.

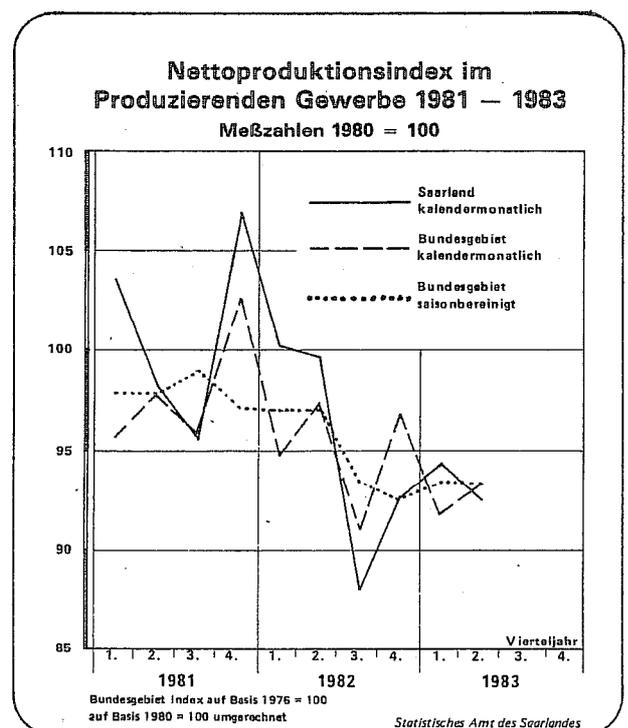
Mit dem zweiten Halbjahr 1982 scheint die Talsohle der letzten Rezession durchschritten zu sein. Die sich seit der Jahreswende 1982/83 abzeichnenden leichten Besserungstendenzen haben aber im bisherigen Jahresverlauf noch nicht zu einer durchgreifenden Belebung geführt. Trotz dieser Einschränkung zeigen die ersten sechs Monate des laufenden Jahres ein gegenüber dem Jahresende 1982 deutlich erhöhtes Niveau. Das Produktionsvolumen des ersten Halbjahres 1982 wird jedoch noch nicht erreicht.

Getragen wird der wirtschaftliche Optimismus nicht zuletzt durch die seit Mitte letzten Jahres im Bundesgebiet steigenden Auftragseingänge des Wohnungsbaus. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe erhöhten sich in den letzten Monaten vor allem die Inlandsbestellungen. Der Auftragseingang im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe beruhigte sich nach dem Auslaufen des Investitionszulagengesetzes zunächst und leidet im Auslandsgeschäft. Trotz dieser Risiken und Ein-

schränkungen, dürfte nach den Wachstumsverlusten des letzten Jahres das Bruttosozialprodukt im Bundesgebiet erstmals wieder ansteigen.

Im Saarland wird auf Grund der zögernden Belebung erst das zweite Halbjahr entscheiden, wieweit an das Vorjahresniveau wieder angeknüpft werden kann. Im Produzierenden Gewerbe müßte sich die Expansion beschleunigt fortsetzen, wenn über das gesamte Jahr gerechnet das 82er Ergebnis übertroffen werden sollte. Angesichts der, auch bei einer durchgreifenden Konjunkturbelebung, nur langsam anziehenden Neueinstellungen waren positive Impulse für den Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr realistischerweise noch nicht zu erwarten. Die Zahl der Arbeitslosen lag Mitte des Jahres im Bundesgebiet bei 2 126 655, im Saarland bei 45 693; die Arbeitslosenquote bei 8,7 % bzw. 11,7 %.

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende hohe Anstieg der Insolvenzfälle hat sich im Saarland abgeschwächt. Erfreulich war vor allem die Preisentwicklung, die einen weiteren Rückgang der Inflationsrate anzeigt. Im Juni lagen die Erzeu-



gerpreise gewerblicher Produkte im Inland nur noch 1,1 % über dem Juni-Wert 1982. Der Preisindex für die Lebenshaltung wies im Bundesgebiet und im Saarland lediglich noch eine Zuwachsrate von 2,4 % bzw. 2,2 % auf.

In Betrieben des Produzierenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten waren im Saarland im ersten Halbjahr 1983 noch 163 849 Personen tätig. Dies bedeutet gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 einen Rückgang um 5,2 %, oder den zumindestens vorläufigen Verlust von über 8 900 Arbeitsplätzen. Der Nettoproduktionsindex auf Basis 1980 = 100 erreichte kalendermonatlich gerechnet einen Indexwert von 93,9. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 ergibt dies einen Rückgang um 6,0 %, gegenüber dem zweiten Halbjahr jedoch einen Zuwachs um 4,0 %. Die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe zeigen im Saarland ein ähnliches Bild. Die Bestellungen liegen teilweise erheblich über dem Wert ausgangs letzten Jahres, erreichen aber das Niveau des ersten Halbjahres 1982 noch nicht ganz.

## 2. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

### 2.1 Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung

Der Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe zählte im Durchschnitt des Berichtszeitraumes 587 Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 verminderte sich die Zahl der hier tätigen Personen um 8 000 oder 5,3 % auf 143 207. Damit liegt der Rückgang im Saarland erstmals wieder leicht über dem Bundesdurchschnitt. In den letzten Jahren verlief die Beschäftigungsentwicklung des saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes deutlich günstiger als im übrigen Bundesgebiet.

Bestimmt wurde dieser positive Trend Anfang der 80er Jahre wesentlich durch die Neueinstellungen im Bergbau. Hierdurch konnte zumindestens ein Teil der Arbeitsplatzverluste in anderen Wirtschaftszweigen kompensiert werden. Bei dem derzeitigen Beschäftigungsrückgang fällt vor allem der Belegschaftsabbau in der Eisenschaffenden Industrie ins Gewicht. Für den

Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt bedeutet dies, daß die zukünftige Gesamttendenz wesentlich durch die hier ablaufenden Entwicklungen geprägt sein wird. Angesichts weiterhin unausgelasteter Kapazitäten sind größere Neueinstellungen in anderen Wirtschaftsbereichen erst bei weiterer wirtschaftlicher Belebung zu erwarten.

Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, ein Indiz für die Kapazitätsauslastung, hat sich im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Vorjahresvergleich um 7,3 % verringert. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme ist im Vorjahresvergleich um 5,8 % gefallen. Der Umsatz aus eigener Erzeugung sank in den ersten sechs Monaten um 4,0 % auf 10,6 Mrd DM. Der Inlandsumsatz fiel mit 5,6 % deutlich stärker zurück als der Auslandsumsatz, der lediglich eine Einbuße von 0,9 % aufweist. Hieraus folgt, daß das Umsatzvolumen des Jahres 1982 von 21,4 Mrd. DM nur noch schwer zu erreichen sein wird.

### 2.2 Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Bergbau

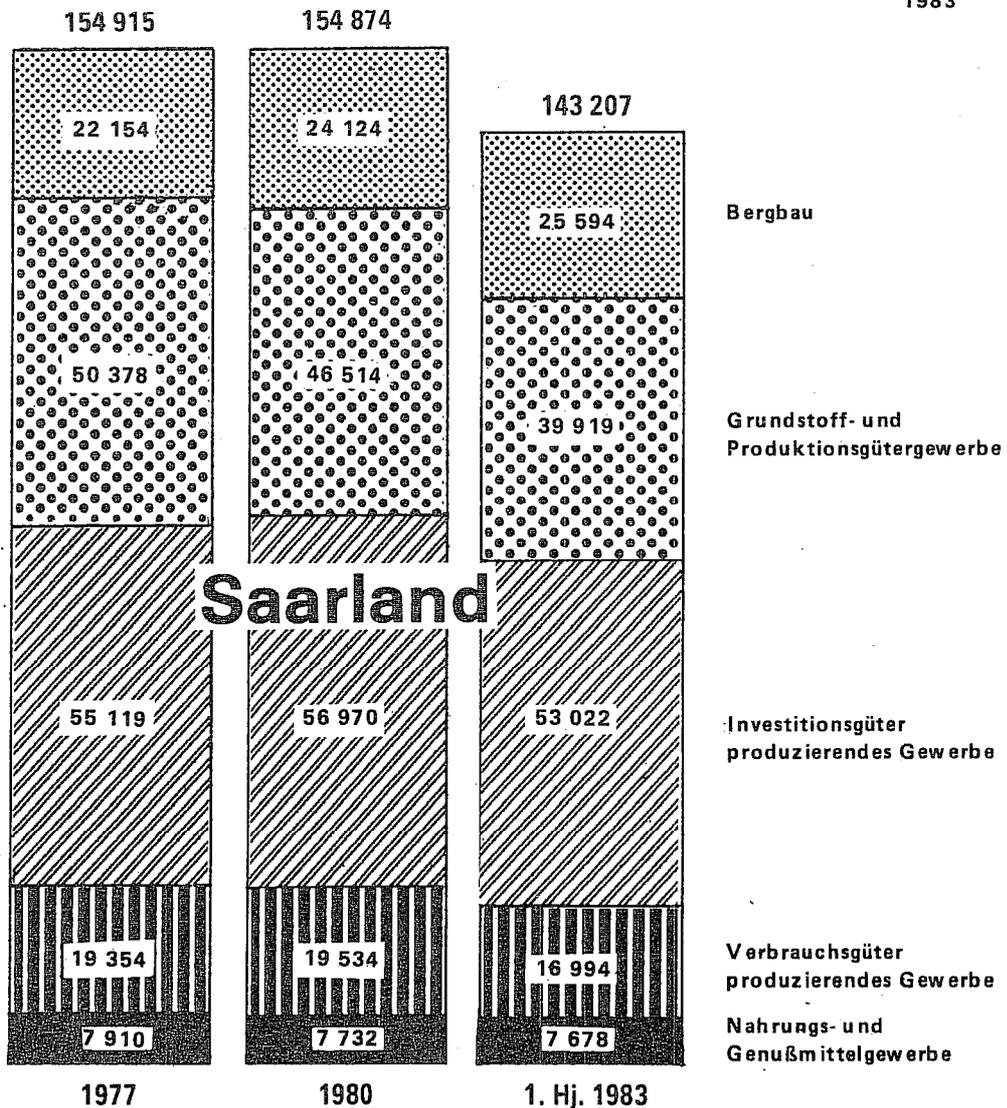
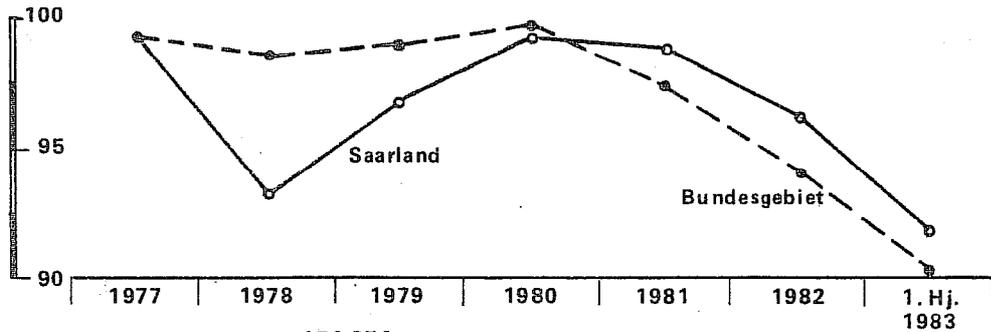
Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe lag auch in den zurückliegenden Monaten eine wesentliche Ursache für die derzeitige Wachstumsschwäche der Saarländischen Wirtschaft. Die Probleme der europäischen Stahlindustrie und der saarländischen Stahlrestrukturierung bestimmen das Bild des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes des Saarlandes. Hier waren im ersten Halbjahr 1983 noch 39 919 Personen tätig, 9,6 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber 1977 fällt der Rückgang noch gravierender aus. Im Vergleich zu den damals 50 378 Beschäftigten ergibt sich ein Arbeitsplatzverlust von über 10 000. Die für das erste Halbjahr 1983 verfügbaren Daten zeigen auf die weiterhin unzureichende Kapazitätsauslastung hin. Im Vorjahresvergleich fiel der Umsatz um 13,8 %, die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um 15,2 %.

Die Eisenschaffende Industrie allein zählte im ersten Halbjahr noch 24 550 tätige Personen und fällt damit allmählich wieder hinter die beschäftigungspolitische Bedeutung des Bergbaus zu-

# Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes und des Bundesgebietes 1977 – 1983

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Meßzahlen 1976 = 100



1977 - 1982 Jahresdurchschnitt  
1983 Halbjahresdurchschnitt

Statistisches Amt des Saarlandes

rück. Die Rohstahlerzeugung lag bei 319,0 Mill. Monatstonnen. Im Vergleich hierzu das Ergebnis der ersten sechs Monate 1982 mit 405,6 Mill. und das Ergebnis der letzten sechs Monate 1982 mit 250,2 Mill. Monatstonnen. Der Kapazitätsabbau der letzten 10 Jahre wird besonders bei einem Vergleich mit dem bisherigen Spitzenjahr 1974 deutlich als 461,1 Mill. Monatstonnen produziert wurden.

Diesem Gesamtbild stehen jedoch in Teilbereichen auch leichte Erholungstendenzen gegenüber. Der Bereich der Gießereien mit 3 933 Beschäftigten meldet steigende Produktions- und Umsatzzahlen. Die Gummiverarbeitung mit 4 245 Beschäftigten, nach der Eisenschaffenden Industrie zweitgrößter Teilbereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, konnte sich bisher noch relativ gut behaupten.

Die Situation des Bergbaus ist erneut durch die Unsicherheiten über die zukünftige Energiepreis- und Energiebedarfsentwicklung geprägt. Zum Teil zeigen sich hier auch die Folgen der Produktionseinbußen und des hierdurch bedingten Energiebedarfsrückgangs in wichtigen Abnehmerbereichen wie der Eisenschaffenden Industrie. Einen weiteren wichtigen Themenkomplex berührt die Frage nach dem zukünftigen Anteil der heimischen Kohle an der Stromerzeugung. Angesichts von steigenden Haldenbeständen wurde die Kohlenförderung der letzten Monate gedrosselt, sie liegt um 1,1 % unter der des ersten Halbjahres 1982. Die Zahl der im Saarbergbau tätigen Personen liegt mit 25 594 um 1,0 % unter dem Vorjahreswert. Der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen bewegt sich mit 1.4 Mrd. etwa auf Vorjahresniveau. Die mittlerweile auf 2,5 Mill. Tonnen angewachsenen Haldenbestände deuten auf die zur Zeit bestehenden erheblichen Absatzprobleme hin.

### 2.3 Investitionsgüter produzierendes Gewerbe

Die Investitionstätigkeit und damit auch die Nachfrage nach Investitionsgütern ist im bisherigen Konjunkturverlauf noch hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nachdem die Investitionsgüternachfrage, bedingt auch durch das

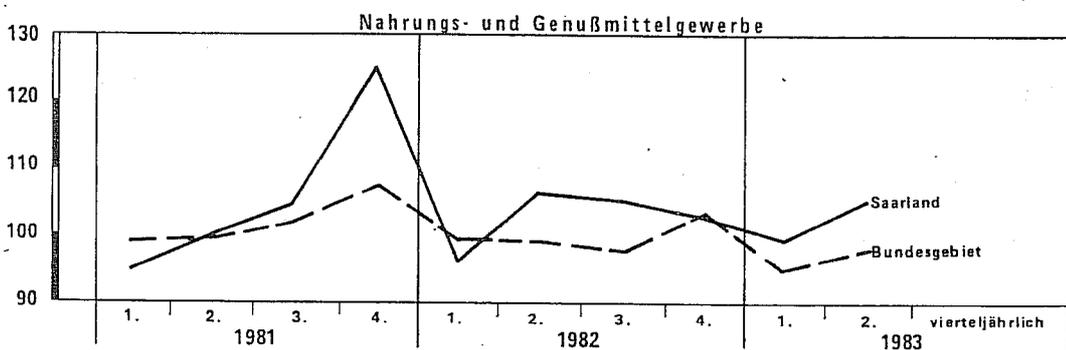
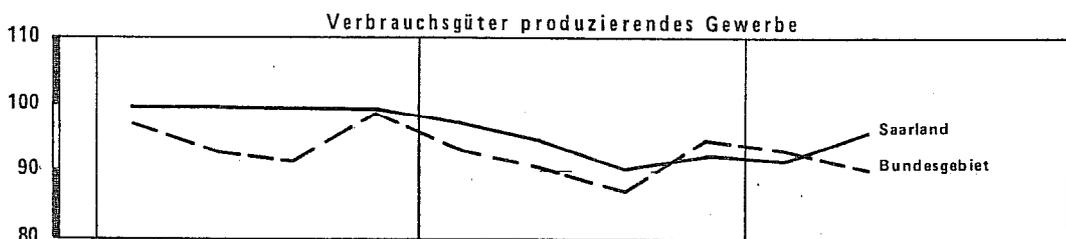
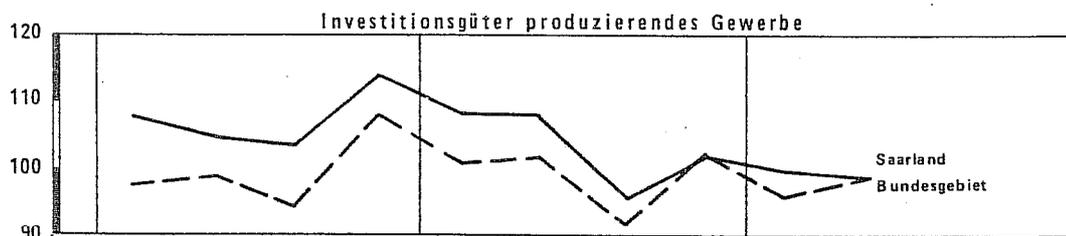
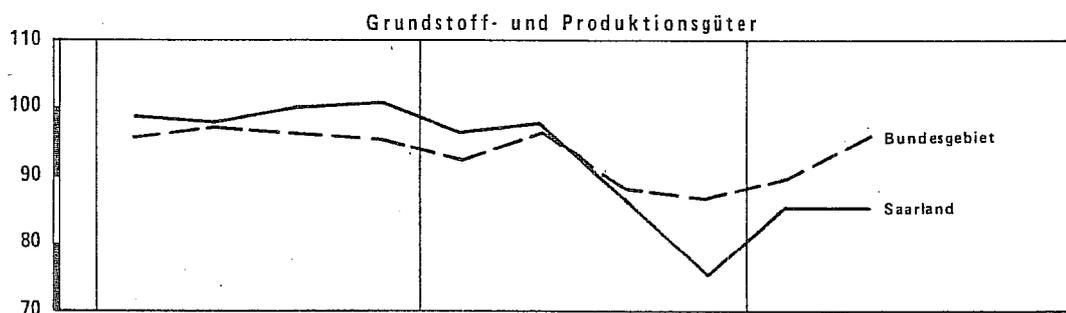
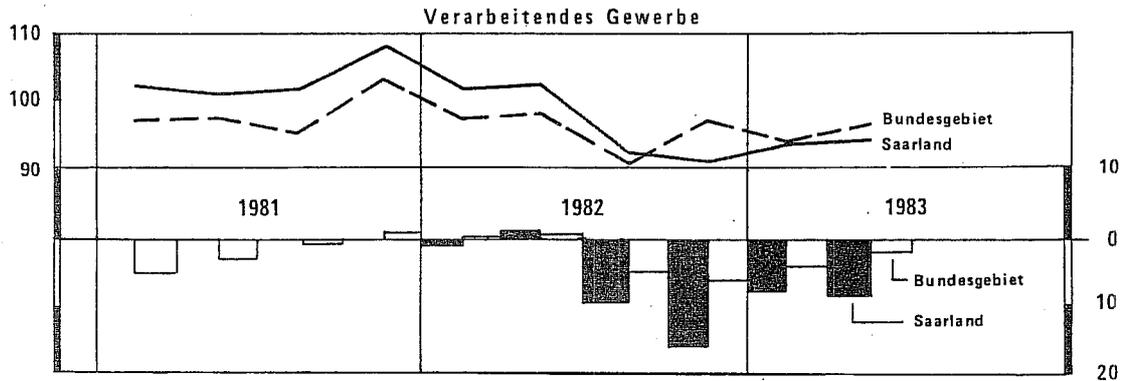
Auslaufen des Investitionszulagengesetzes, ausgangs letzten Jahres merklich angezogen hatte, folgte in den nächsten Monaten eine spürbare Beruhigung. Vor allem die Investitionsgüternachfrage des Auslandes bewegt sich im Bundesgebiet noch auf niedrigem Niveau. Entscheidende Stütze der Auftragseingänge im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe sind die Bestellungen im Straßenfahrzeugbau. Hier handelt es sich weniger um unternehmerische Investitionen, als vielmehr um private Pkw-Käufe. Demgegenüber ist der Trend im Stahlbau und Maschinenbau deutlich zurückhaltender.

Im Saarland zeigt sich ein ähnliches Bild. Der Straßenfahrzeugbau ist neben den Gießereien der einzige gewichtige Wirtschaftszweig mit einem spürbaren Produktionsanstieg. Der Index der Nettoproduktion erhöhte sich im saarländischen Straßenfahrzeugbau um 6,0 %. Damit wird der Expansionskurs der Vorjahre, wenn auch verlangsamt, fortgesetzt. Heute zählt der saarländische Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen 17 550 tätige Personen und stellt im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe den mit Abstand größten Wirtschaftszweig dar. Innerhalb dieser Hauptgruppe befindet sich jeder dritte und innerhalb des Gesamtbereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe jeder achte Arbeitsplatz unmittelbar im Straßenfahrzeugbau. Vor allem auf Grund der von hier ausgehenden Wachstumsdynamik hat die Bedeutung des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre im Saarland stark zugenommen. Heute sind hier in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 53 022 Personen tätig. Waren Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 1976 etwa gleichgewichtig, so haben sich die Relationen zu Gunsten letzterem grundlegend gewandelt.

Bei den Betrieben des Stahlbaus und des Maschinenbaus setzte sich auch im ersten Halbjahr 1983 der bereits im Vorjahr zu beobachtende Trend zum Kapazitätsabbau weiter fort. Mangelnde Nachfrage bei weiterhin unausgelasteten Anlagen zwingt auch hier zu kurzfristigen Anpassungsprozessen. Von der Produktionstätigkeit her ist bisher noch keine Belebung zu erkennen. Ledig-

# Nettoproduktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet und im Saarland Vierteljahreserwerb 1981 – 1983

kalendermonatlich 1980 = 100<sup>1)</sup>



1) Im Bundesgebiet Index 1976 = 100 auf 1980 = 100 umgerechnet.  
2) Veränderungsrate zum Vorjahresquartal

lich der Maschinenbau verzeichnete zur Jahresmitte eine leichte Steigerung des Auftragseinganges. Im ersten Halbjahr waren im Stahlbau 8 950 und im Maschinenbau 11 730 Personen tätig. In Folge der regen Exporttätigkeit im Straßenfahrzeugbau lag der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen im gesamten Investitionsgüter produzierenden Gewerbe um 1,5 % über dem Vorjahresniveau.

#### **2.4 Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe**

Gemessen an der Situation der anderen Wirtschaftsbereiche und dem sich in den letzten Jahren zeigenden langfristigen Schrumpfungsprozeß konnte sich das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe nach bisherigem Jahresverlauf im Bundesgebiet gut behaupten. Im Saarland mußte das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe zwar deutliche Einbußen hinnehmen, die jedoch nur wenig ungünstiger waren als der Durchschnitt im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Die Zahl der Beschäftigten sank um 6,4 % auf 16 994. Der Umsatz fiel mit 5,0 % auf 766,8 Mill. DM merklich zurück. Während das Inlandsgeschäft auf Vorjahresniveau stagnierte, sackte das Auslandsgeschäft um 13,5 % ab.

In bisher guter Verfassung präsentiert sich der Bereich Druckerei, Vervielfältigung, der einen Produktionszuwachs von 4,2 % verbuchte, bei einem nominalen Umsatzanstieg von 6,0 %. Diese relativ günstige Wirtschaftslage ermöglichte es auch, daß das Beschäftigungsvolumen von 2 205 Personen gehalten werden konnte. Die Probleme des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes kamen unter anderem aus dem Bereich Herstellung von Kunststoffwaren und vor allem aus dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe. Die hier zu beobachtenden Einbußen sind durch einen seit Jahren ablaufenden langfristigen Schrumpfungsprozeß bedingt. Der Auftragseingang des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes des Saarlandes blieb im ersten Halbjahr zwar hinter dem des gleichen Vorjahreszeitraumes zurück, die Ergebnisse der letzten Monate deuten hingegen auf eine leichte Belebung hin.

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe des Saarlandes, das sich schon im letzten Jahr als relativ stabil erwies, übertraf im ersten Halbjahr 1983 auch das Produktionsniveau des Vorjahres. Der Umsatz, der überwiegend im Inland erzielt wird, lag nominal um 6,3 % über dem des Vorjahres. Die Zahl der Beschäftigten blieb stabil bei 7 678. Insgesamt gesehen präsentieren sich damit die dem privaten Konsum näheren Wirtschaftsbereiche in einer deutlich besseren Verfassung als die von Investitionsaufträgen abhängigen Bereiche. Soweit sich derzeit eine Belebung der Nachfrage abzeichnet, gehen die Impulse für den industriellen Sektor zum großen Teil von der privaten Konsumgüternachfrage aus.

### **3. Baugewerbe**

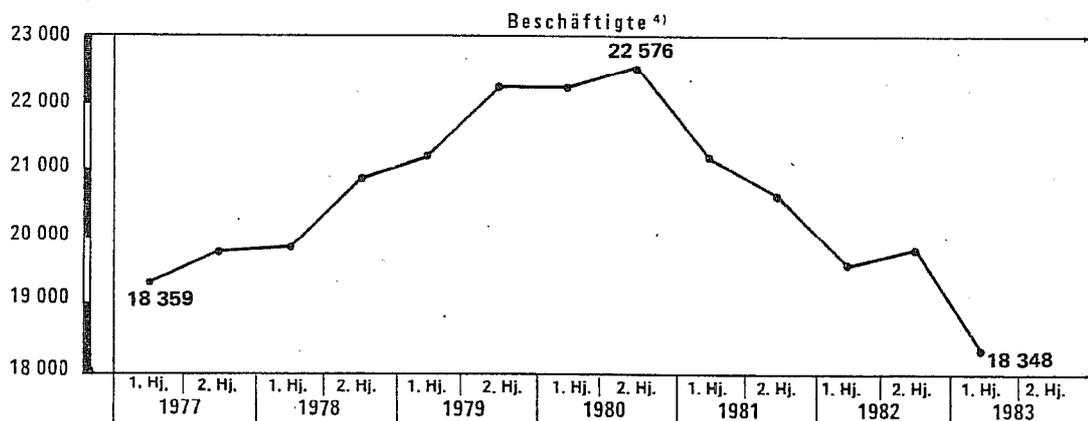
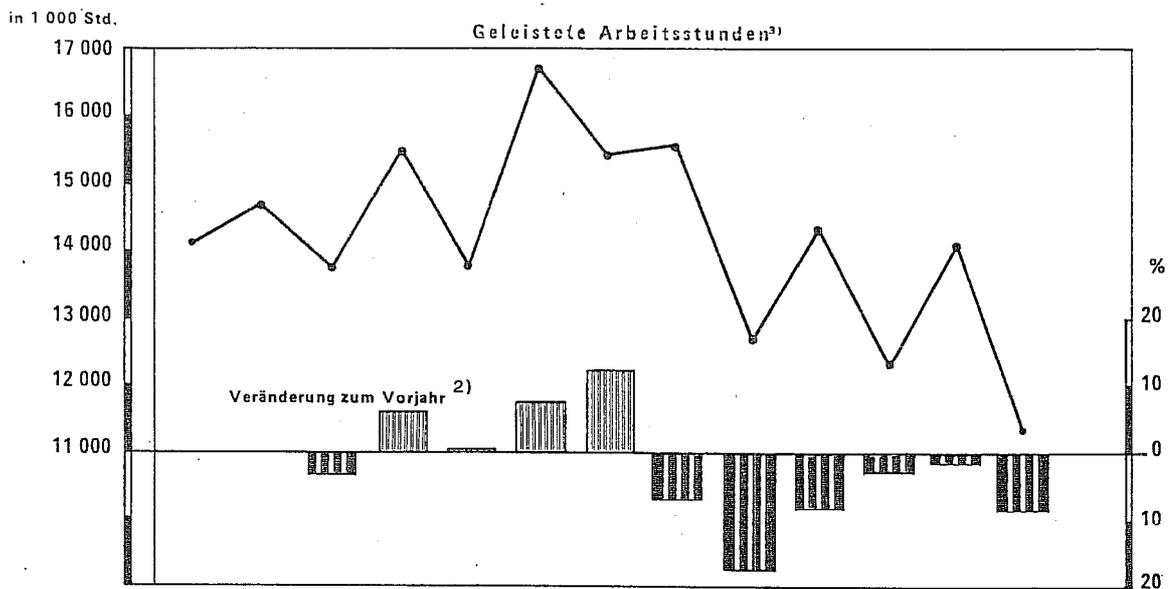
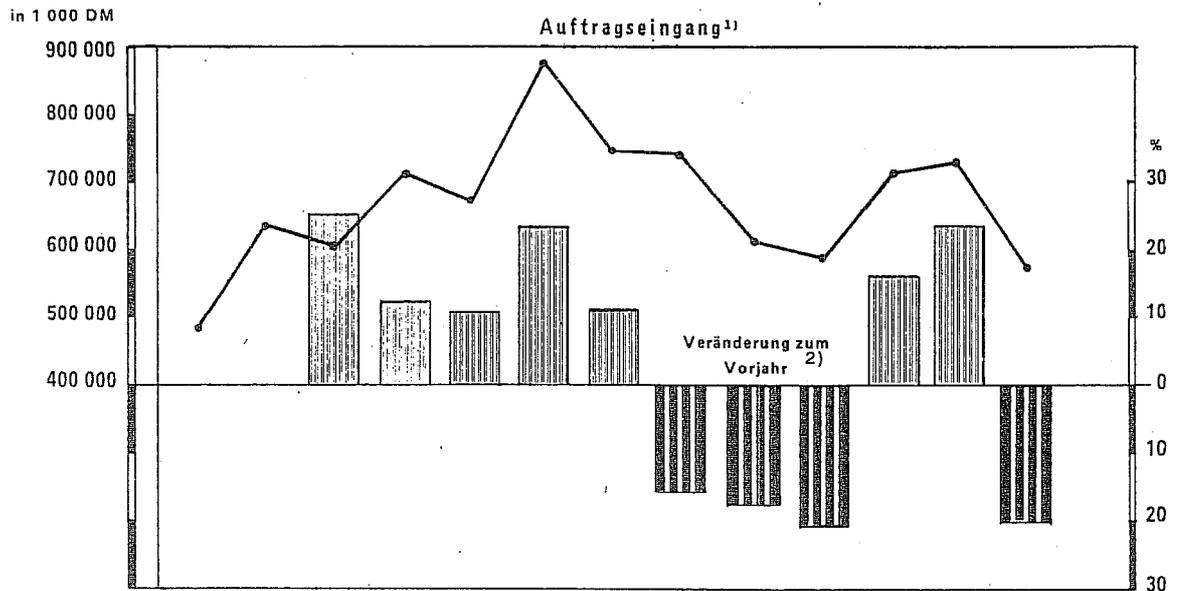
#### **3.1 Baunachfrage**

In den letzten drei Jahren erlebte die bundesdeutsche und saarländische Bauwirtschaft einen starken Konjunkturerinbruch. Nachdem der Auftragseingang für den Wohnungsbau im Bundesgebiet über zwei Jahre kontinuierlich gefallen war, gab es Mitte 1982 erste Anzeichen, die auf eine Stabilisierung oder Belebung der Baunachfrage hindeuteten.

Ende 82/Anfang 83 zogen dann auch die Baugenehmigungen stark an. Die Baugenehmigungen zeigen im Saarland ein ähnliches Verlaufsbild, während der Auftragseingang im Wohnungsbau infolge von Großaufträgen im ersten Halbjahr 1982 anstieg, dann aber im zweiten Halbjahr wieder deutlich zurückfiel. In der Folge liegen die Werte des Auftragseinganges im ersten Halbjahr 1983 merklich über denen des zweiten Halbjahres 1982, erreichten das Niveau des ersten Halbjahres 1982 aber noch nicht. Die Baugenehmigungen liegen hingegen in den beiden ersten Quartalen erheblich über den Vorjahreswerten. Die zu beobachtenden Differenzen können zum Teil über 82er Bauaufträge für saarländische Unternehmen im übrigen Bundesgebiet, die in den saarländischen Genehmigungszahlen nicht erscheinen, erklärt werden. Ein weiterer Grund dürfte im hohen Eigenleistungsanteil vor allem beim privaten Einfamilienhausbau liegen.

# Auftragseingang und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe des Saarlandes

Halbjahreswerte 1977 – 1983



1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigte und mehr, 2) 1. Halbjahr zu 1. Halbjahr, 2. Halbjahr zu 2. Halbjahr.  
3) Vorläufige Werte. 4) Monatsdurchschnitt.

Im Saarland gilt generell, daß die Interpretation der Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes in den letzten Jahren stark durch Großaufträge erschwert war. Vor allem im Öffentlichen- und Verkehrsbau führten Großaufträge im Rahmen des Saarausbaus zum schubweisen Anstieg des Auftragseinganges. Das zeitweise Ausbleiben von neuen Großaufträgen verursachte bei monatlicher Betrachtung dann vorübergehende Einbrüche. Trotz dieser Vorbehalte zeigen sich im Öffentlichen- und Verkehrsbau immer mehr die Bemühungen der Öffentlichen Hand um Einsparung und Konsolidierung der Haushalte. Der gewerbliche und industrielle Bau war in den letzten Jahren eine wesentliche Stütze der saarländischen Baukonjunktur, insbesondere bei fehlender Wohnungsbau- und öffentlicher Nachfrage. Das hier auch durch Großprojekte ermöglichte Produktionsvolumen verhinderte eine noch tiefere Talfahrt der Bauwirtschaft und ermöglichte die Weiterbeschäftigung von Arbeitskräften. Im bisherigen Jahresverlauf blieben die Impulse dieses Sektors für das saarländische Bauhauptgewerbe weitgehend aus.

Wieweit die in den Wohnungsbau gesetzten Hoffnungen zu einer durchgreifenden und langfristigen Belebung der Bautätigkeit führen, hängt nicht von der Dynamik des Wohnungsbaus allein ab. Zentrale Frage ist auch das Anziehen der gewerblichen Bauinvestitionen und das Nachfrageverhalten der Öffentlichen Hand.

1982 wies der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau folgende Struktur auf: 30 % Wohnungsbau, 44 % Öffentlicher- und Verkehrsbau sowie 26 % gewerblicher und industrieller Bau. Eine interessante Verschiebung ist bei der Lage der Baustellen festzustellen. Beim Auftragseingang der saarländischen Unternehmen ergab sich für Baustellen im Saarland ein Anstieg um 1,4 %, für Baustellen im übrigen Bundesgebiet ein Rückgang um 53,9 %.

### 3.2 Bautätigkeit und Beschäftigung

Während die Auftragseingangsentwicklung im Wohnungsbau des Bundesgebietes schon fast

12 Monate nach oben zeigt, zieht die Bauproduktion nur sehr zögernd an. Im Juni lag der Nettoproduktionsindex für das Bauhauptgewerbe im Bundesgebiet erstmals über dem gleichen Vorjahreswert. Im Saarland konnten die bisher verfügbaren vorläufigen Zahlen das jeweilige Vorjahresniveau noch nicht überschreiten. Von Mai auf Juni 1983 zog die Bautätigkeit gemessen an den auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden mit 16,1 % im gesamten saarländischen Bauhauptgewerbe und mit 19,9 % im Wohnungsbau stärker als saisonüblich an. Angesichts der zum 1. Juli erfolgten Mehrwertsteuererhöhung sind gewisse Vorzieheffekte nicht auszuschließen. Die sowohl gegen Juni 1982 als auch Mai 1983 um über 50 % gestiegenen Umsätze im saarländischen Wohnungsbau deuten in diese Richtung. Trotz dieser Einschränkungen dürfte der im Juni im Bundesgebiet um 5,7 % gestiegene Bauproduktionsindex auf ein allmähliches Anziehen auch der Bautätigkeit hinzeigen.

Die den Auftragseingangs- und Produktionszahlen nachhinkende Beschäftigungsentwicklung ließ für das erste Halbjahr 1983 noch keine Entspannung des Arbeitsmarktes erwarten. Im saarländischen Bauhauptgewerbe waren nach vorläufigen Berechnungen im Durchschnitt der ersten sechs Monate 18 347 Personen tätig. Damit fiel die Beschäftigung unter das Niveau zu Beginn des letzten Baukonjunkturzyklusses im ersten Halbjahr 1977, als das saarländische Bauhauptgewerbe 19 359 Beschäftigte zählte. Die starken saisonalen und konjunkturellen Schwankungen der Beschäftigungszahlen des Bauhauptgewerbes unterstreicht auch die Vergleichszahl des zweiten Halbjahres 1980 mit 22 576 tätigen Personen. Der baugewerbliche Umsatz lag im ersten Halbjahr 1983 mit 832,7 Mill. DM etwa auf Vorjahresniveau. Lediglich im Wohnungsbau stieg der Umsatz im Vorjahresvergleich um 14,6 % auf 281,8 Mill. DM.

Im Ausbaugewerbe waren von der anziehenden Wohnungsbautätigkeit noch kaum Impulse zu bemerken. Die in die monatliche Berichterstattung einbezogenen Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten zählten im ersten Halbjahr 3 323 Personen. Die Beschäftigung lag mit einem Rückgang um 5,3 % spürbar unter Vorjahresniveau. Die Zahl der Arbeitsstunden

blieb um 7,7 %, der Umsatz um 10,9 % hinter dem Wert der ersten sechs Monate 1982 zurück. Positive Impulse für diesen Bereich sind erst bei einem Fortschreiten der Belegung der Bautätigkeit zu erwarten. Innerhalb des Ausbaugewer-

bes konnte sich im bisherigen Jahresverlauf der Bereich der Elektroinstallation am besten behaupten.

**Norbert Bettinger**  
*Dipl. Volkswirt*

## **Der kommunale Finanzausgleich im Saarland** **- Rückblick und Ausblick -**

### **1. Vorbemerkungen**

- 1.1. Grundzüge des kommunalen Finanzausgleichs**
- 1.2. Notwendigkeit einer Reform**

### **2. Die bisherige Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs im Saarland**

- 2.1. Die Finanzausgleichsmasse**
- 2.2. Das System der Schlüsselzuweisungen**
  - 2.2.1. Die Ausgangsmeßzahl als Ausdruck des Finanzbedarfs**
  - 2.2.2. Die Steuerkraftmeßzahl als Ausdruck der Finanzkraft**
  - 2.2.3. Der Ausgleich durch Schlüsselzuweisungen**
- 2.3. Sonstige Zuweisungen und Umlagen**

### **3. Vorschläge zu einer neuen Konzipierung: das Sievert-Gutachten**

- 3.1. Kritik am Bestehenden und Vorschläge zur Verbesserung**
- 3.2. Drei Alternativmodelle zur Neuordnung**

### **4. Die künftige Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs**

- 4.1. Die Finanzausgleichsmasse**
- 4.2. Die Aufteilung der Finanzausgleichsmasse**
- 4.3. Die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden**
- 4.4. Die Schlüsselzuweisungen an die Gemeindeverbände**

### **4.5. Sonstige Ausgleichsregelungen**

### **5. Abschließende Betrachtung**

#### **1. Vorbemerkungen**

##### **1.1. Grundzüge des kommunalen Finanzausgleichs**

Ein föderatives Staatsgebilde wie die Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, daß sich das öffentliche Aufgaben- und Finanzsystem auf alle Ebenen von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) erstreckt. Als selbständiger politischer Willensträger fordert jede dieser Körperschaften ihren eigenen Gestaltungsspielraum. Aus der Verteilung der öffentlichen Aufgaben, die historisch gewachsen ist, resultiert die Belastung durch die Ausgaben. Besondere Beachtung verdient hierbei die kommunale Ebene, bei der wegen des hohen Dezentralisierungsgrades eine bürgernahe öffentliche Aktivität am ehesten zu vermuten ist. Freilich reichen ihre originären Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Beiträgen u. dgl. im Regelfall nicht aus, den anfallenden Verpflichtungen in dem jeweils für erforderlich gehaltenen Ausmaß nachzukommen. Aus dieser Problematik erwächst die Notwendigkeit des kommunalen Finanzausgleichs. Er regelt die finanziellen Beziehungen der Bundesländer zu ihren Gemeinden und Gemeindeverbänden und dient dazu, die finanzielle Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften derart zu

verbessern, daß es ihnen ermöglicht wird, sowohl die eigenen Aufgaben gemäß dem Postulat der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung (Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz) zu erfüllen als auch die Angelegenheiten, die der kommunalen Ebene von höheren staatlichen Instanzen übertragen werden, in angemessener Weise durchzuführen. Verfassungsrechtlich verankert ist der Finanzausgleich in Art. 106 Abs. 7 GG, im Saarland zudem in Art. 119 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes. Nach herrschender Auffassung soll der kommunale Finanzausgleich folgendem Zielkatalog genügen:

a) fiskalisch:

Globale Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, um ein Mindestmaß an öffentlichen Leistungen zu gewährleisten, wie es der verfassungsmäßige Grundsatz der "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" (Art. 106 Abs. 3 Nr. 2 GG) erfordert;

b) redistributiv:

Verminderung der aus den Mängeln des kommunalen Steuersystems resultierenden hohen Finanzkraftunterschiede zwischen den Gemeinden;

c) raumordnungspolitisch:

Förderung lokaler Schwerpunkte zur Realisierung landesplanerischer Ziele, insbesondere Entschädigung zentraler Orte für (Mehr-) Leistungen im Bereich der Infrastruktur, deren Nutzen auch Bürgern der umliegenden Gemeinden zugute kommt (Spillover-Effekte).

## 1.2. Notwendigkeit einer Reform

Das derzeit noch gültige Kommunalfinanzausgleichsgesetz (K FAG)<sup>1)</sup> stammt aus dem Jahre 1974. Durch den Wandel der ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen kann es heute nicht mehr als angemessen betrachtet werden, wenn es auch zwischenzeitlich die eine oder andere Anpassung erfahren hat. Aufgrund dieser Erkenntnis gab der Innenminister des Saarlandes ein Gutachten in Auftrag mit dem Thema:

"Untersuchung über die einschlägigen Strukturdaten der kommunalen Körperschaften im

kommunalen Finanzausgleich des Saarlandes — auch im Vergleich zu den kommunalen Körperschaften anderer Länder — und über die Indikatoren, die den künftigen Erfordernissen entsprechen."

Die vorliegende Abhandlung erörtert zunächst die bisherige Ausgestaltung des Finanzausgleichs, stellt sodann die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Gutachten dar und erläutert schließlich die künftige Regelung des Finanzausgleichs.

## 2. Die bisherige Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs im Saarland

Das gesetzliche Regelwerk des Finanzausgleichs hat grundsätzlich vier Fragen zu lösen:

a) Wieviel steht als Finanzausgleichsmasse zur Verfügung?

b) Wie hoch ist der Finanzbedarf einer jeden Kommune?

c) Wie hoch ist die Finanzkraft einer jeden Kommune?

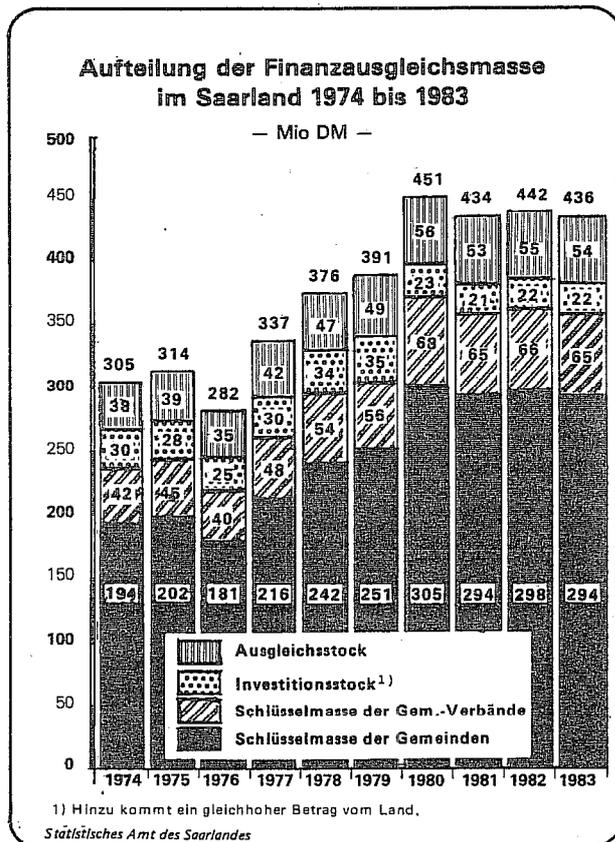
d) Nach welchem Modus ist die Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft auszugleichen?

### 2.1. Die Finanzausgleichsmasse

Die Finanzausgleichsmasse beträgt 23 % der Regelverbundmasse, die aus dem Landesanteil an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und aus 90 % des dem Land zustehenden Umsatzsteueraufkommens (einschließlich Ergänzungsanteile) gebildet wird. Die Mindestbeteiligung (Hilfsverbund) liegt bei 18,43 % sämtlicher dem Land zustehenden Steuereinnahmen außer der Feuerschutzsteuer, der Vermögensteuer und dem Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage. Diese Verbundmassen werden um die Beträge erhöht oder vermindert, die das Saarland im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erhält bzw. zu leisten hat. Die so ermittelte Finanzausgleichsmasse wird dann folgendermaßen aufgeteilt: 67,5 % als Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, 15 % als Schlüsselzuweisungen an die Landkreise (einschl. Stadtverband Saarbrücken), 5 % für den Investitionsstock und 12,5 % für den Ausgleichsstock. Damit ist auch eine zweckentsprechende Trennung der Finanzausgleichsmasse geregelt: Die Schlüsselzuweisungen

1) Vom 12. Juni 1974 (Amtsblatt des Saarlandes S. 578), zuletzt geändert am 16. Dezember 1982 (Amtsblatt 1983, S. 1).

gen und ein geringer Teil des Ausgleichsstocks werden als allgemeine Zuwendungen zur freien Verfügung vergeben, während der Investitionsstock und der größere Teil des Ausgleichsstocks besonderen, zweckgebundenen Aufgaben dienen.



## 2.2. Das System der Schlüsselzuweisungen

Kernstück eines jeden Finanzausgleichssystems sind die Schlüsselzuweisungen. Als allgemeine Deckungsmittel sind sie am besten geeignet, die kommunale Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zu erhalten und zu fördern. Der Zuweisungsanspruch errechnet sich für jede Gemeinde als Differenz zwischen ihrem Finanzbedarf und ihrer Finanzkraft, genauer: zwischen einer normierten durchschnittlichen Ausgabenbelastung und einer nivellierten Steuerkraft. Das geringere Problem ist die Ermittlung der Finanzkraft, die als Ausdruck der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Gemeinde über ihre Steuereinnahmen noch relativ einfach erfaßt werden kann. Die Schwierigkeit — und das ist der strittigste Punkt in jeder Auseinandersetzung

mit dem kommunalen Finanzausgleich — besteht in der Berechnung des Ausgabenbedarfs, weil die heterogenen Strukturen und individuellen Charaktere der einzelnen Gemeinden eine Objektivierung und Quantifizierung des effektiven Bedarfs nahezu unmöglich machen.

### 2.2.1. Die Ausgangsmeßzahl als Ausdruck des Finanzbedarfs

Zur Ermittlung des Finanzbedarfs einer Gemeinde gehen die gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich von ihrer Einwohnerzahl als Hauptkriterium aus. Die Ausgangsmeßzahl ergibt sich als Produkt der Faktoren "Gesamtansatz" und "Grundbetrag". In den Gesamtansatz, der die Summe aus Hauptansatz und Ergänzungsansätzen darstellt, sollen möglichst alle bedarfsrelevanten Tatbestände einer Gemeinde eingehen.

Für die Berechnung des Hauptansatzes wird die Einwohnerzahl je nach der Größe der Gemeinde unterschiedlich gewichtet. Die Modifizierungsansätze ("Hauptansatzstaffel") steigen dabei von 100 % (bei Gemeinden mit bis zu 15 000 Einwohnern) bis auf 120 % (bei mehr als 75 000 Einwohnern). Diese sogenannte Veredelung, die auch in fast allen übrigen Bundesländern anzutreffen ist, basiert auf der Annahme, daß mit wachsender Gemeindegröße die Ausgaben für die kommunale Leistungserstellung, insbesondere die Infrastruktureinrichtungen, nicht proportional, sondern progressiv ansteigen; eine These, die bereits 1932 als BRECHTSches "Gesetz der progressiven Parallelität zwischen Ausgaben und Bevölkerungsmassierung" bekannt wurde.

Mit den Ergänzungsansätzen versucht man, spezifische Merkmale einer Gemeinde, die zu Mehrbelastungen führen, in die Berechnung des Finanzbedarfs einzubeziehen, um so die Bevölkerungszahl finanzausgleichstechnisch zu erhöhen. Im Saarland werden berücksichtigt:

- ein Stationierungsansatz für Gemeinden mit Stationierungstreitkräften,
- ein Kinderansatz für Gemeinden mit einem besonders hohen Kinderanteil,
- ein Straßenansatz für Gemeinden mit einem überdurchschnittlich großen Straßennetz,

- ein Zentralitätsansatz für die zentralen Orte des Saarlandes,
- ein Grubenansatz für Gemeinden, soweit diese für wirtschaftliche Nachteile aus dem Kohlenabbau nicht entschädigt werden.

Hauptansatz und Ergänzungsansätze bilden zusammen den Gesamtansatz, eine mehrfach veredelte Einwohnerzahl. Diese wird multipliziert mit dem Grundbetrag, einem einwohnerbezogenen DM-Betrag, der vom Innenminister so festzusetzen ist, daß die für das Ausgleichsjahr verfügbare Schlüsselmasse aufgebraucht wird. Als Produkt erhält man die Ausgangsmeßzahl, die den — auf normierter Basis ermittelten — Finanzbedarf einer Gemeinde angibt.

### 2.2.2. Die Steuerkraftmeßzahl als Ausdruck der Finanzkraft

Die eigene finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde drückt sich in der Steuerkraftmeßzahl aus. Auch hierfür werden nicht die tatsächlichen, sondern modifizierte Ansätze verwendet. Ausgangspunkt der Berechnung sind zum einen die Grundbeträge der Realsteuern, die sich ergeben, wenn man das jeweilige Ist-Aufkommen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer durch den individuellen Hebesatz dividiert, zum anderen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Auf diese Beträge werden die normierten, landeseinheitlichen Hebesätze angewendet: 130 % bei der Grundsteuer A, 180 % bei der Grundsteuer B, 150 % bei der Gewerbesteuer und 70 % beim Einkommensteueranteil. Die Summe dieser Steuerkraftzahlen bildet die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde.

### 2.2.3. Der Ausgleich durch Schlüsselzuweisungen

Die Gegenüberstellung von Ausgangsmeßzahl und Steuerkraftmeßzahl, d. h. der Unterschied zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft, entscheidet darüber, ob und wieviel eine Gemeinde als Schlüsselzuweisung erhält. Ist die Ausgangsmeßzahl größer als die Steuerkraftmeßzahl, so wird die Differenz völlig ausgeglichen.

Das bisher dargestellte System der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden gilt in ähnlicher

Form auch für die Gemeindeverbände (Landkreise und Stadtverband). Grundlage für die Ermittlung des Finanzbedarfs ist jedoch die unveränderte Bevölkerungszahl eines Verbandes; eine Veredelung findet hier also nicht statt. Die Multiplikation mit dem Grundbetrag der Kreisschlüsselmasse ergibt die Ausgangsmeßzahl. Ihr wird die Umlagekraftmeßzahl als Ausdruck der Finanzkraft gegenübergestellt. Dazu werden die Steuerkraftzahlen der kreis- bzw. stadtverbandsangehörigen Gemeinden herangezogen, um 70 % ihrer Schlüsselzuweisungen erhöht und um die Finanzausgleichsumlage, die jede Gemeinde abzuführen hat, vermindert; auf diese Umlagegrundlagen wird sodann ein vom Innenminister festzusetzender landeseinheitlicher Prozentsatz angewendet.

Ist der Unterschied zwischen Ausgangsmeßzahl und Umlagekraftmeßzahl positiv, so wird er — ebenso wie bei den Gemeinden — vollständig durch Schlüsselzuweisungen aufgefüllt.

### 2.3. Sonstige Zuweisungen und Umlagen

Allein mit Schlüsselzuweisungen — in der derzeitigen Ausgestaltung — können die finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften nicht hinreichend geregelt werden. Wo sich der Automatismus und der Schematismus des Zuweisungsverfahrens als unzulänglich erweisen, müssen flankierende Maßnahmen ergriffen werden. Dazu sind im K FAG des Saarlandes weitere Zuweisungen, aber auch Umlagen vorgesehen.

Zusätzliche allgemeine Zuweisungen können Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Ausgleichsstock erhalten, sofern nachträgliche Berichtigungen bei den Schlüsselzuweisungen vorzunehmen oder Härtefälle auszugleichen sind. Die Vergabe der restlichen Mittel des Ausgleichsstocks ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Vorgesehen sind Abgeltungsbeträge

- an den Stadtverband und die Stadt Saarbrücken sowie die Mittelstädte für die Wahrnehmung von Aufgaben der landrätlichen Verwaltung,

# Schlüsselzuweisungen an die saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 1974 bis 1983

— in DM je Einwohner —

Gemeinde/Gv.	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
<b>SAARBRÜCKEN</b>	168	206	184	223	246	216	335	301	342	352
Friedrichsthal	204	227	215	241	285	303	337	327	295	327
Großrosseln	247	261	253	289	340	368	366	362	322	348
Heusweiler	216	235	227	269	316	332	365	389	371	307
Kleinblittersdorf	191	184	170	199	244	248	315	267	305	285
Püttlingen	193	207	194	222	246	270	302	285	260	261
Quierschied	191	213	200	222	269	265	310	281	231	235
Riegelsberg	181	179	174	195	193	248	268	257	256	256
Sulzbach	175	184	148	174	217	195	270	207	220	229
Völklingen	118	62	44	167	212	199	232	181	192	253
<b>Stadtverband Saarbrücken</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>32</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>47</b>	<b>40</b>	<b>39</b>	<b>38</b>
Beckingen	219	241	220	244	311	318	345	343	351	334
Losheim	194	169	155	204	225	244	307	348	399	378
Merzig	203	226	203	239	267	294	342	307	321	269
Mettlach	43	91	151	110	48	114	222	208	167	306
Perl	254	273	261	312	281	337	409	430	345	390
Wadern	251	260	229	267	301	337	384	351	318	326
Weiskirchen	265	266	252	283	360	371	408	407	374	367
<b>Landkreis Merzig-Wadern</b>	<b>41</b>	<b>46</b>	<b>43</b>	<b>48</b>	<b>54</b>	<b>59</b>	<b>69</b>	<b>69</b>	<b>70</b>	<b>70</b>
Eppelborn	237	256	230	260	310	321	370	374	368	328
Illingen	220	241	220	246	298	299	338	334	343	309
Merchweiler	232	246	221	260	299	323	372	384	359	343
Neunkirchen	166	159	155	168	184	195	312	316	303	280
Ottweiler	187	201	175	207	230	251	317	332	330	271
Schiffweiler	216	236	208	243	286	299	378	366	344	338
Spiesen-Elversberg	186	200	189	213	257	273	334	331	337	285
<b>Landkreis Neunkirchen</b>	<b>44</b>	<b>50</b>	<b>47</b>	<b>54</b>	<b>62</b>	<b>66</b>	<b>79</b>	<b>80</b>	<b>81</b>	<b>80</b>
Dillingen	—	—	—	58	36	74	78	7	—	—
Lebach	274	286	263	299	367	384	407	413	406	397
Nalbach	233	237	221	249	303	319	328	328	317	307
Rehlingen	211	214	194	235	292	309	327	284	301	273
Saarlouis	104	91	65	111	—	—	—	6	146	172
Saarwellingen	185	206	179	221	204	259	307	333	310	296
Schmelz	230	241	214	251	300	314	344	330	332	303
Schwalbach	146	114	86	46	154	221	196	259	341	283
Überherrn	219	227	212	220	268	289	293	299	312	266
Wadgassen	177	181	174	188	220	246	284	285	245	270
Wallerfangen	221	237	201	239	281	299	321	323	326	321
Bous	x	x	x	x	x	x	x	x	—	—
Ensdorf	x	x	x	x	x	x	x	x	32	18
<b>Landkreis Saarlouis</b>	<b>42</b>	<b>44</b>	<b>35</b>	<b>49</b>	<b>55</b>	<b>56</b>	<b>69</b>	<b>69</b>	<b>73</b>	<b>73</b>
Bexbach	187	187	165	190	217	222	259	245	228	231
Blieskastel	201	218	198	207	251	249	289	310	285	277
Gersheim	232	271	217	223	294	248	332	333	404	393
Homburg	62	61	33	34	—	74	19	39	49	56
Kirkel	130	100	88	124	142	131	103	159	123	159
Mandelbachtal	230	251	223	238	297	309	332	343	334	321
St. Ingbert	90	72	60	128	98	139	172	187	158	191
<b>Saar-Pfalz-Kreis</b>	<b>43</b>	<b>47</b>	<b>43</b>	<b>51</b>	<b>56</b>	<b>62</b>	<b>71</b>	<b>72</b>	<b>73</b>	<b>75</b>
Freisen	228	212	172	258	299	254	276	281	274	203
Marpingen	232	247	224	282	332	346	375	386	353	358
Namborn	270	293	261	298	357	370	407	410	413	412
Nohfelden	250	262	235	262	307	329	348	348	360	330
Nonnweiler	232	136	205	244	285	278	307	300	289	240
Oberthal	240	250	233	267	331	339	379	376	388	377
St. Wendel	230	233	226	247	289	317	364	362	346	324
Tholey	257	254	234	267	332	332	369	375	369	359
<b>Landkreis St. Wendel</b>	<b>44</b>	<b>48</b>	<b>46</b>	<b>51</b>	<b>59</b>	<b>63</b>	<b>72</b>	<b>73</b>	<b>73</b>	<b>71</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>213</b>	<b>224</b>	<b>202</b>	<b>244</b>	<b>274</b>	<b>287</b>	<b>349</b>	<b>338</b>	<b>344</b>	<b>341</b>

- an die kommunalen Träger von Schulen der Primärstufe für die Schülerbeförderung,
- an die kommunalen Träger von beruflichen Schulen und Sonderschulen für die Unterbringung auswärtiger Schüler,
- an den Zweckverband "Saarländisches Staatstheater Saarbrücken",
- an den Landeshaushalt zur Abgeltung des Gemeindeanteils an der Bibliotheksabgabe,
- an Gemeinden, die Schlachthöfe betreiben, für die gebührenfreie Untersuchung von Importfleisch aus EG-Staaten,
- an den Landeshaushalt zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche aus der Vervielfältigung von Unterrichtsmaterialien zugunsten kommunaler Schulen.

Die noch verbleibenden Mittel des Ausgleichsstocks können als Bedarfszuweisungen zu außerordentlichen, insbesondere überörtlichen Investitionsmaßnahmen gewährt werden.

Die meisten Investitionszuschüsse stammen jedoch aus dem Investitionsstock. Er wird gebildet aus dem oben genannten Anteil an der Finanzausgleichsmasse und einem gleichhohen Betrag, der vom Land zusätzlich bereitgestellt wird. Er dient hauptsächlich zur Realisierung kommunaler Maßnahmen im Sinne der Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Ein Betrag von 11 Mio DM wird verwendet für Investitionen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, die restlichen Mittel zur Strukturverbesserung.

Am Beispiel des Ausgleichsstocks wurde angedeutet, daß sich der Finanzausgleich nicht nur auf Zuweisungen des Landes an seine Gemeinden und Gemeindeverbände beschränkt, also nicht allein in der Ausprägung "von oben nach unten" vollzogen wird. Auch der umgekehrte Weg wird praktiziert. Finanzielle Beziehungen dieser Art, in der kommunale Gebietskörperschaften Zahlungen an übergeordnete Instanzen leisten, heißen Umlagen. Ihrer Bestimmung nach können sie allgemein und zweckgebunden gestaltet sein.

Eine Form der allgemeinen Umlage ist die Kreis- bzw. Stadtverbandsumlage. Sie ist von den ver-

bandsangehörigen Gemeinden zu erheben, soweit die sonstigen Einnahmen des Kreises seinen Bedarf nicht decken. Das Umlage-Soll bemißt sich für jede Gemeinde als Prozentsatz ("Umlagesatz") ihrer Steuerkraftzahlen zuzüglich 90 % der Schlüsselzuweisungen, vermindert um den Anteil an der Finanzausgleichsumlage.

Die Finanzausgleichsumlage ihrerseits ist die andere, die zweckgebundene Form. Sie wird von den Gemeinden erhoben als kommunaler Anteil an den Fördermitteln für Krankenhausinvestitionen. Gemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl die Ausgangsmeßzahl übersteigt ("abundante" Gemeinden), müssen vorweg die Hälfte dieses Überschusses zur Bedarfsdeckung abführen. Der restliche Umlagebedarf ist nach Maßgabe der Steuerkraftzahlen (= Umlagegrundlagen) zu decken. Für jede Gemeinde wird der Umlagebetrag von den ihr zustehenden Schlüsselzuweisungen einbehalten und dem Landeshaushalt zugeführt.

### 3. Vorschläge zu einer neuen Konzipierung: das Sievert-Gutachten

Die soeben vorgestellte Finanzausgleichssystematik war Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung<sup>1)</sup>. Die Gutachter kamen zu folgenden Ergebnissen, die an dieser Stelle nur in gekürzter Form wiedergegeben werden können:

#### 3.1. Kritik am Bestehenden und Vorschläge zur Verbesserung

Ausgangspunkt der Analyse ist die finanzielle Situation der saarländischen Kommunen ab 1974, nach Inkrafttreten der Gebiets- und Verwaltungsreform. Der hohe Anteil der Ausgaben, die aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen (z. B. Sozialhilfe oder Personalausgaben) getätigt werden müssen, schränkt den freien Handlungsspielraum immer mehr ein. Entsprechend starken Unregelmäßigkeiten unterliegen die freiwilligen Ausgaben, insbesondere die Investitionen.

1) Brenner G., Naust H., Schneider K., Sievert O.: Kommunalen Finanzausgleich für das Saarland. Forschungsberichte des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität des Saarlandes, Heft 45, Saarbrücken 1981.

Auf der Einnahmenseite sind eine instabile Entwicklung und eine große örtliche Streuung des Steueraufkommens zu beobachten. Beklagt wird auch der Steuerrückstand der saarländischen Gemeinden: trotz ausgesprochen hoher Realsteuerhebesätze erreicht lediglich das Aufkommen der Grundsteuer B den Bundesdurchschnitt. Ein größeres Gewicht als die Steuereinnahmen haben in den kommunalen Haushalten inzwischen die Zuweisungen (im weiteren Sinne) erlangt.

Aufgrund dieser Konstellation ist die jährliche Neuverschuldung der saarländischen Kommunen im betrachteten Zeitraum prozentual mehr als doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt. Es treten zunehmende Schwierigkeiten auf, die kommunalen Haushalte noch auszugleichen.

Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs ist es daher, folgenden Erfordernissen gerecht zu werden:

- Umverteilung der Steuereinnahmen zum Abbau von lokalen Steuerkraftunterschieden,
- Ausgleich von gemeindeübergreifenden Kosten und Nutzen,
- Erhaltung der kommunalen Autonomie und Selbstverantwortung,
- Gewährleistung einer finanziellen Mindestausstattung,
- eine behutsame Raumordnungspolitik,
- konjunktur- und stabilitätspolitisch: Ausgabenverstetigung durch Einnahmenverstetigung.

Auf diese Kriterien hin werden die Elemente des K FAG untersucht.

Die **Finanzausgleichsmasse** ist, verglichen mit der bundesdurchschnittlichen Ausstattung, zu gering. Eine Erhöhung des Verbundsatzes — derzeit 23 % — erscheint angebracht.

Die bisherige Ausgestaltung der **Schlüsselzuweisungen** kann ihrer herausragenden Bedeutung nicht gerecht werden. Ein einziger Verteilungsmaßstab reicht nicht aus, unterschiedliche Ziele verfolgen zu können. Das vorgeschlagene System enthält vier Arten von Schlüsselzuweisungen:

1) Vorabschlüsselzuweisungen zur Linderung der Defekte des Steuersystems (so vor allem bei der Gewerbesteuer, die wegen der hohen Frei-

eträge inzwischen zur Großbetriebssteuer degeneriert ist). Die Gemeinden sollen so gestellt werden, wie wenn sie eine umfassende Steuer nach der Wirtschaftskraft (Wertschöpfung) erhöhen. Die gemeindlichen Interessen zur Pflege der Steuerquellen würden damit wesentlich verbessert.

2) Schlüsselzuweisungen A zur Absicherung einer finanziellen Mindestausstattung, um finanzschwache Gemeinden an eine durchschnittliche Steuerkraft heranzuführen.

3) Schlüsselzuweisungen B nach dem bisherigen Prinzip "Bedarf minus Finanzkraft". Um zu einem möglichst realistischen Finanz- oder Ausgabenbedarf zu gelangen, wurde die kommunale Jahresrechnungsstatistik für mehrere Jahre regressionsanalytisch aufbereitet; so erhielt man ein durchschnittliches Ausgabeverhalten je Einwohner. Darauf stützen sich formelmäßige Vorschläge zu einer stärkeren Spreizung der Hauptansatzstaffel und zu neuen Ergänzungsansätzen für Erwerbstätige, für zentrale Orte, für eine zentralörtliche Umlage sowie für gezahlte Kreisumlage. Die Finanzkraft einer Gemeinde soll über Normhebesätze ermittelt werden, die, zum Zwecke der Realitätsnähe, sich jeweils am Landesdurchschnitt orientieren und — analog zur Bedarfsberechnung — nach der Gemeindegröße gestaffelt sind. Für die Gemeindeverbände wird vorgeschlagen, den Bedarf an der Siedlungsdichte auszurichten. Als Finanzkraft sollen die tatsächlichen Kreisumlageeinnahmen angesetzt werden.

Der prozentuale Ausgleich zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft, die sogenannte Ausschüttungsquote, ist herabzusetzen. Das Saarland ist das einzige Bundesland, das die Differenz zwischen Ausgangsmeßzahl und Steuerkraftmeßzahl zu 100 % ausgleicht. Eine so hohe Ausschüttungsquote führt zu verzerrenden Effekten, die z. B. darin bestehen, daß einer Gemeinde, die durch Attrahierung neuer Betriebe ihre Steuerkraft erhöht, nach Durchführung des Finanzausgleichs nur ein Bruchteil ihrer Mehreinnahmen belassen wird. Die Leistungsbereitschaft wird damit kaum gefördert.

4) Schlüsselzuweisungen C als Restschlüsselmasse, die zu erwarten ist, wenn die Ausschüttungsquote abgesenkt wird. Die Schlüsselmasse

C kann als allgemeiner Bedarfsdeckungsbeitrag an die Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt werden, z. B. nach Maßgabe der Ausgangsmaßzahlen oder der Einwohnerzahlen. Sinnvoll wäre eine Zuweisung als "Investitionspauschale", um so den Erfordernissen einer antizyklischen Haushaltspolitik entgegen zu kommen.

Der **Ausgleichsstock** soll seiner eigentlichen Aufgabe — der Hilfe in besonderen Notlagen — wieder gerecht werden. Daher sind Zuweisungen, die im wesentlichen Erstattungen bedeuten, nicht länger über den Ausgleichsstock, sondern vorab zu zahlen. Aufgaben, die primär im Interesse des Landes stehen (wie z. B. die landrätliche Verwaltung), sollen aus dem K FAG ganz eliminiert werden.

Die Kritik am **Investitionsstock** richtet sich gegen die Vergabep Praxis und die Verwendungsaufgaben. Anhand der Vergaberichtlinien wird deutlich, daß nicht gemeindliche, sondern Landesinteressen im Vordergrund stehen ("Lenkung am goldenen Zügel"). Der kommunale Bedarf wird kaum berücksichtigt. Die Voraussetzung, Investitionszuschüsse grundsätzlich nur dann zu geben, wenn der kommunale Eigenanteil gesichert ist, benachteiligt die ohnehin finanzschwachen Gemeinden. Auch die Folgekosten werden nur mangelhaft berücksichtigt.<sup>1)</sup> Da die Vergabe im Ermessen des Innenministers bzw. des zuständigen Fachministers liegt, besteht die Gefahr der Willkür. Angesichts dieser Mängel, die alle dem Postulat der gemeindlichen Autonomie zuwiderlaufen, wird dazu geraten, den Investitionsstock auf das unbedingt notwendige Maß zu kürzen und die frei werdenden Mittel den allgemeinen Zuweisungen, zum Teil zur freien investiven Verwendung, zuzuschlagen.

Als Ersatz für fehlende Steuereinnahmen eines Gemeindeverbandes ist die **Kreisumlage** zu befürworten. Gerechtfertigt ist daher die Bemessung nach der gemeindlichen Steuerkraft. Als Umlagegrundlage soll diese nach gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesätzen ermittelt werden, eventuell — analog zur Hebesatzautonomie der Gemeinden — mit nach Steuerarten differenzierten Umlagesätzen, weil damit einnahmepoliti-

1) So hat das Beispiel Schule gemacht, daß Mehrzweckhallen und Hallenbäder geschlossen oder gar verkauft werden mußten, weil die Folgekosten von der Gemeinde nicht mehr getragen werden konnten.

sche Schwerpunkte erhalten werden können. Verteilungspolitische Gründe sprechen jedoch dagegen, auch die gemeindlichen Schlüsselzuweisungen als Umlagegrundlagen heranzuziehen, wodurch gerade die finanzschwachen Gemeinden (mit hohem Zuweisungsbedarf) besonders belastet werden. Äquivalenztheoretisch vernünftiger wäre eine Bemessung nach der gemeindlichen Einwohnerzahl. Zusätzliche Vorteile ergeben sich, wenn die gezahlte Kreisumlage dann bei den Gemeinden als Ergänzungsansatz berücksichtigt wird.

Die **Finanzausgleichsumlage** entspricht nicht mehr der ursprünglichen Konzeption als Instrument zum interkommunalen Ausgleich. Einziger Zweck der Umlage ist seit 1973 die Finanzierung von Krankenhausinvestitionen. Die Gestaltung der Umlage sollte diesem Ziel gerecht werden: Nicht konsequent ist das Vorgehen, von abundanten Gemeinden eine "negative Schlüsselzuweisung", d. h. orientiert an Steuerkraft und Finanzbedarf, zu erheben und im übrigen nur die Steuerkraft als Umlagegrundlage heranzuziehen. Bedarfsträger eines Krankenhauses sind (potentiell) doch alle Bürger; folglich käme eine nach Einwohnerzahlen bemessene Umlage eher in Betracht. Erwägenswert ist ein höheres Umlage-Soll für Gemeinden, auf deren Gebiet eine förderungswürdige Krankenanstalt errichtet oder ausgebaut wird, um den Vorteil der räumlichen Nähe tendenziell auszugleichen und das Kostenbewußtsein zu stärken.

Ferner wird eine **zentralörtliche Umlage** zur Diskussion gestellt. Aus ökonomischer Sicht ist ein Ausgleich gemeindeübergreifender Nutzen und Kosten unbedingt erforderlich. Der zentralörtliche Mehrbedarf soll von den umliegenden Gemeinden nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahlen über eine Umlage gedeckt werden, die dann bei diesen Gemeinden wieder als Ergänzungsansatz erscheint.

Eine **Verstetigung** der kommunalen Einnahmen, die Voraussetzung ist für ein stetiges Ausgabeverhalten, ist im K FAG nicht (mehr) geregelt.<sup>1)</sup> Es bietet sich an, aus der vorgeschlagenen

1) Bis zu Beginn der siebziger Jahre mußten die saarländischen Gemeinden eine Finanzausgleichsrücklage bilden, um Einnahmen- und Ausgabenschwankungen ausgleichen zu können.

Schlüsselmasse C einen Teil zu konjunktur- und stabilitätspolitischen Zwecken zu verwenden.

### 3.2. Drei Alternativmodelle zur Neuordnung

Der kommunale Finanzausgleich hat grundsätzlich subsidiären Charakter. Er soll dann einspringen, wenn das kommunale Finanzsystem versagt. Er soll eine generelle Finanzschwäche lindern, unerwartete Mehrbedarfe ausgleichen und die Mängel des kommunalen Steuersystems beseitigen. Da eine Reform der Gemeindesteuern besser ist als ein Finanzausgleich zur Korrektur steuersystematischer Unvollkommenheiten, wird der Hauptvorschlag (Modell A) von der "Simulation eines besseren Gemeindesteuersystems" (Wertschöpfungsteuer) bestimmt. Die wesentlichen Elemente dieses Modells wurden im vorangegangenen Abschnitt dargestellt.

Als konventionellere Alternativen werden die Modelle B und C angeboten. Das Modell B geht davon aus, daß es an der Bereitschaft fehlt, Vorabschlüsselzuweisungen zur Korrektur des Gemeindesteuersystems und einen Ergänzungsansatz für Erwerbstätige einzuführen. Das Modell C ist schließlich eher als Variante des Bestehenden zu interpretieren. Neben den Vorabschlüsselzuweisungen und dem Erwerbstätigenansatz wird zusätzlich verzichtet auf die zentralörtliche Umlage und auf realitätsnahe, gestaffelte Normhebesätze bei der Berechnung der Finanzkraft. Wie im Modell B sollen allerdings die übrigen Reformvorschläge beibehalten werden.

## 4. Die künftige Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs

Hemmungen vor einer grundlegenden, durchgreifenden Neuordnung und das bislang unzureichende Datenmaterial zur Wertschöpfung haben verhindert, daß bei der Reform des K FAG der "große Schnitt" zustande kam. Der Gesetzgeber entschied sich für ein Konzept, das zwar wesentliche Elemente des Hauptvorschlags enthält, in großen Teilen aber an die alte Form anknüpft.<sup>1)</sup>

1) Kommunalfinanzausgleichsgesetz — K FAG — vom 12. Juli 1983 (Amtsblatt S. 462).

### 4.1. Die Finanzausgleichsmasse

Angesichts der angespannten Finanzlage des Landes sah sich der Gesetzgeber nicht in der Lage, der Forderung nach einer generellen Besserstellung der Kommunen nachzukommen und die Finanzausgleichsmasse zu vergrößern. So bleibt es dabei, daß der Landesanteil an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und 90 % der Umsatzsteuer zum Regelverbundsatz von 23 % für die Gemeinden und Gemeindeverbände bereitgestellt werden. Verbessert wurde lediglich die Absicherung über den Hilfsverbund — der in der bisherigen Ausgestaltung kaum greifen konnte — um die Einnahmen aus der Vermögensteuer und durch Erhöhung des Hilfsverbundsatzes auf 18,45 %.

### 4.2. Die Aufteilung der Finanzausgleichsmasse

Bei der Aufteilung der Finanzausgleichsmasse griff der Gesetzgeber ein wesentliches Anliegen der Gutachter auf. Mit der Verstärkung der Schlüsselmasse wird der Forderung nach einem Abbau der zweckgebundenen Zuwendungen zugunsten der allgemeinen Zuweisungen entsprochen. Dadurch erweitert sich der finanzielle Spielraum für eigenverantwortliche und unabhängige Entscheidungen der kommunalen Gebietskörperschaften.

Die Schlüsselmasse der Gemeinden steigt — stufenweise bis 1986 — auf 70,1 % an, die der Gemeindeverbände gleichermaßen auf 17,4 %. Die Trennung der Schlüsselmassen wurde beibehalten entgegen dem Vorschlag, Gemeinden und Verbände zum Zwecke der Gleichbehandlung aus einem gemeinsamen Topf zu bedienen. Dafür orientieren sich die Schlüsselquoten an den in der Untersuchung ermittelten Ausgabenbedarfsrelationen zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Entsprechend verkürzt werden die Anteile des Investitionsstocks (stufenweise von 5 % auf 3 %) und des Ausgleichsstocks (von 12,5 % auf 9,5 %). Aber: Mit der Verringerung des Investitionsstocks ergibt sich für das Land eine gleichhohe Ersparnis, die nicht an die Kommunen weitergegeben wird.

### 4.3. Die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden

Der differenzierten Aufgabenstellung der Schlüsselzuweisungen wird dadurch Rechnung getragen, daß an die Stelle des bisherigen einteiligen Systems ein dreigliedriges Verfahren tritt. In Anlehnung an das Gutachten werden künftig Schlüsselzuweisungen A (als Steuerkraftgarantie), Schlüsselzuweisungen B (wie bisher nach Maßgabe von Finanzbedarf und Finanzkraft) und Schlüsselzuweisungen C (als allgemeiner Kostendeckungsbeitrag) gewährt.

**Schlüsselzuweisungen A** erhält eine Gemeinde zum Ausgleich unterdurchschnittlicher Steuerkraft. Die Anspruchsgrenze liegt bei 70 % der landesdurchschnittlichen Steuerkraftmeßzahl je Einwohner. So verbleibt den Gemeinden ein Anreiz, durch Pflege ihrer Steuerquellen ihre Steuerkraft zu erhöhen. Die Steuerkraft wird künftig nicht mehr über starre Normhebesätze ermittelt; sie orientiert sich am jeweiligen Landesdurchschnitt der Steuerarten (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer), der — gleichfalls zur Wahrung einnahmepolitischer Anreize — nur zu 85 % ange setzt wird.

Unbestritten ist, daß das Schwergewicht eines jeden Finanzausgleichssystems im Vergleich zwischen Finanzkraft und Bedarf liegt. Deshalb werden 80 % der gesamten Gemeindegroßmasse für **Schlüsselzuweisungen B** bereitgehalten.

Die Finanzkraftmeßzahl ergibt sich als Summe der oben beschriebenen Steuerkraftmeßzahl und der Schlüsselzuweisung A.

Die Bedarfsmeßzahl entspricht weitgehend der bisherigen Ausgangsmeßzahl. Nach wie vor gilt:

Hauptansatz plus Ergänzungsansätze = Gesamtansatz

Gesamtansatz mal Kopfbetrag (vorher Grundbetrag) = Bedarfsmeßzahl.

Der Hauptansatz wurde — aufgrund der im Gutachten ermittelten Ausgabenbedarfswerte — nach Größenklassen neu gestaffelt und weiter aufgespreizt. Er verläuft nun u-förmig, beginnend bei 104 % der Einwohnerzahl in der Größenklasse bis 5 000 Einwohner, dann absinkend auf

100 % bei bis zu 10 000 Einwohnern und von da an aufsteigend bis zu 133 % bei 200 000 Einwohnern. Der Katalog der Ergänzungsansätze wurde teilweise unverändert übernommen (so für Stationierungstreitkräfte und Straßen), teilweise modifiziert und im Gewicht herabgesetzt (für Kinder, Grubengemeinden und zentrale Orte). Neu — und bisher einzig im Bundesgebiet — ist der vorgeschlagene Ergänzungsansatz für Erwerbstätige. Er trägt der Tatsache Rechnung, daß in erheblichem Umfang die kommunalen Ausgaben nicht nur von der Größe der Gemeinde, gemessen an der Anzahl der in ihr Wohnenden, sondern auch von der Größe der Gemeinde, gemessen an der Anzahl der in ihr Arbeitenden, abhängen. Gemeinden, in denen im Verhältnis zur Einwohnerzahl überdurchschnittlich viele Sozialversicherungspflichtige beschäftigt sind, sollen für diesen Mehrbedarf entschädigt werden; gleichzeitig erwächst daraus eine generelle Förderung der gemeindlichen Leistungsbereitschaft.

Als fortschrittlich ist auch zu werten, daß der Ausgleich zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft künftig nicht mehr zu 100 %, sondern zu 80 % vorgenommen wird. Damit verringern sich die erwähnten verzerrenden Effekte einer zu hohen Ausschüttungsquote.

Wegen der Begrenzung der Schlüsselmasse B auf 80 % der Gemeindegroßmasse ist neben der Schlüsselmasse A in der Regel ein Restbetrag zu erwarten. Dieser fließt den Gemeinden als **Schlüsselzuweisungen C** zur allgemeinen Bedarfsdeckung nach Maßgabe der Einwohnerzahlen zu.

### 4.4. Die Schlüsselzuweisungen an die Gemeindeverbände

Für die Kreise bleibt es beim eingliedrigen System der Schlüsselzuweisungen in Abhängigkeit von Finanzbedarf und Umlagekraft. Neben der Einwohnerzahl wird als weiteres Bedarfskriterium die Belastung durch Sozialhilfeleistungen respektiert, nachdem die überproportionale Zunahme der Soziallasten hauptsächlich die Belastungsräume vor ernsthafte Probleme gestellt hat. Gemeindeverbände erhalten künftig einen Ergänzungsansatz für überdurchschnittliche Ausgabebelastung je Einwohner durch Sozial- und Jugendhilfe. Die um diesen Ansatz erhöhte Bevölkerungszahl eines Kreises wird wie bei den Ge-

meinden mit dem endogen festzusetzenden Kopfbetrag multipliziert, woraus die Bedarfsmeßzahl eines Gemeindeverbandes resultiert. Die Umlagekraftmeßzahl ergibt sich aus der Vervielfachung der Umlagegrundlagen mit dem Umlagesatz. Umlagegrundlagen eines Verbandes sind die Finanzkraftmeßzahlen seiner Gemeinden, erhöht um 85 % der Schlüsselzuweisungen B und C und vermindert um den Anteil an der Finanzausgleichsumlage. Der Umlagesatz wird einheitlich so festgesetzt, daß er dem landesdurchschnittlichen Kreisumlagesatz des Vorjahres entspricht. Die Differenz zwischen Bedarfsmeßzahl und Umlagekraftmeßzahl wird wie bei den Gemeinden zu einer Ausschüttungsquote von 80 % mit Schlüsselzuweisungen ausgeglichen.

#### 4.5. Sonstige Ausgleichsregelungen

Der Investitionsstock bleibt, abgesehen von der stufenweise Abschmelzung auf 3 % der Finanzausgleichsmasse, unverändert bestehen. Er dient somit weiterhin der Förderung kommunaler Maßnahmen im Sinne der Gemeinschaftsaufgaben, der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen in Höhe von 11 Mio DM jährlich und der sonstigen Strukturverbesserung auf kommunaler Ebene.

Auch der Ausgleichsstock wird im wesentlichen unverändert übernommen. Nicht mehr berücksichtigt ist die Bedarfzuweisung an den Zweckverband "Saarländisches Staatstheater Saarbrücken" als Teil des vom Land zu erbringenden Anteiles an der Verbandsumlage. Verschärfte Vorschriften gelten künftig für Bedarfzuweisungen zu kommunalen Investitionen.

Die Anregungen zur Neugestaltung der Kreisumlage fanden nur geringes Interesse. Die Umlagegrundlagen sind nun identisch mit denjenigen zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen an die Gemeindeverbände, d. h. neben den Finanzkraftmeßzahlen und nach Abzug der Finanzausgleichsumlage werden die Schlüsselzuweisungen der angehörigen Gemeinden nicht mehr zu 90 %, sondern zu 85 % angesetzt. Etwas gelockert wurde die Pflicht, den Umlagesatz durch die Kommunalaufsichtsbehörde genehmigen zu lassen; dafür sollen die Gemeindeverbände mehr

Rücksicht auf die Finanzlage ihrer Gemeinden nehmen.

Die Finanzausgleichsumlage behält ihre Zweckbestimmung, den Gemeindeanteil an der Förderung von Krankenhausinvestitionen zu sichern. Umlagegrundlage ist nicht mehr die Steuerkraft, sondern, wie im Gutachten unter äquivalenztheoretischen Gesichtspunkten vorgeschlagen, allein die Einwohnerzahl einer Gemeinde.

#### 5. Abschließende Betrachtung

Die Reform des KFAG soll in einer dreijährigen Übergangsphase, rückwirkend ab 1983, vollzogen werden. Vorteilhaft wäre es in diesem Zusammenhang, die einzelnen Schlüsselzuweisungsbeträge nach altem und nach neuem Recht miteinander zu vergleichen, um die Auswirkungen der Reform zu erkennen. Zur Zeit liegen die neuen Daten jedoch noch nicht vor, da das Gesetzgebungsverfahren erst in Kürze vollständig abgeschlossen sein wird. Es zeichnet sich gleichwohl ab, daß ein geringer Teil der Gemeinden zunächst schlechter gestellt wird, so daß während der Übergangsfrist die Härteklauseel einsetzen muß, während vor allem die Ballungsräume mit ihren besonderen Strukturproblemen — wie in der Regierungserklärung von 1979 gefordert — eine Verbesserung erfahren.

Sehr groß sind also die Ansprüche, die an den kommunalen Finanzausgleich gestellt werden. Das gemeindliche Steuersystem mit all seinen Unzulänglichkeiten liefert hierzu nur eine der Ursachen. Wenn einst eine grundlegende Steuerreform vollzogen sein wird — angesichts der fortschreitenden Aushöhlung der Gewerbesteuer plädieren immer mehr Stimmen für eine umfassende Wertschöpfungssteuer —, wird auch der kommunale Finanzausgleich von einer großen Last befreit sein.

Karl Schneider  
Dipl.-Volkswirt

# Entwicklung des saarländischen Außenhandels 1960 - 1982

## Vorbemerkungen:

Die Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und nach Bundesländern aufbereitet. Länderergebnisse werden den Statistischen Landesämtern für eigene Auswertungen zur Verfügung gestellt. Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik sind das Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz) vom 1.5.1957 (einschl. Änderungen) BGBl. I S. 413 und die Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 14.7.1977 (einschl. Änderungen) BGBl. I S. 1 281.

Die Außenhandelsstatistik stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Berlin-West) mit dem Ausland (ohne Währungsgebiet der DM-Ost) dar. Die Ergebnisse werden dabei nach Warenarten und Verbrauchsländern gegliedert. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern wird für das Saarland sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr als Spezialhandelsstatistik ausgewiesen. Für die übrigen Bundesländer liegen für die Einfuhrseite nur Ergebnisse der Generalhandelsstatistik vor. Die Darstellung nach Spezialhandel bzw. Generalhandel unterscheiden sich durch den unterschiedlichen Nachweis der auf Lager eingeführten Waren.

Die in den Übersichten nachgewiesenen Werte beziehen sich grundsätzlich auf den Grenzübergangswert, d.h. auf den Wert an der Grenze des Erhebungsgebietes.

Als Verbrauchsland der Ausfuhr Güter wird das Land nachgewiesen, in dem die Ware ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet wird.

Als Herstellungsland der Einfuhr Güter gilt das Land, in dem die Waren vollständig gewonnen oder hergestellt werden oder ihre wesentliche oder wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung erfahren haben.

## Allgemeiner Überblick

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist in beträchtlichem Umfang am gesamten Welthandel beteiligt und gilt nach den Vereinigten Staaten von Amerika als zweitstärkste Welt handelsmacht. Durch die engen Verflechtungen mit den Auslandsmärkten ist der Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik damit aber auch in besonders hohem Maße von den wirtschaftlichen Gegebenheiten auf den Weltmärkten beeinflusst.

Besonders stark ist auch die Saarwirtschaft vom Warenaustausch mit dem Ausland abhängig. Störungen oder Veränderungen der Außenhandels-tätigkeit, wie sie häufig durch Wechselkursänderungen, Einfuhrbeschränkungen, Devisenbewirtschaftung u. dgl. in wichtigen Partnerländern auftreten, können auf das Wirtschafts-geschehen im Saarland in nachhaltiger Weise durchschlagen. Deshalb werden die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik von den an wirtschaftlichen Daten interessierten Stellen mit großer Sorgfalt registriert. Die noch immer enge wirtschaftliche Verbindung mit dem französischen Nachbarland läßt die Saarwirtschaft bei Störungen auf dem französischen Markt in besonderem Maße reagieren.

Schon in den Jahren, der Zugehörigkeit des Saarlandes zum französischen Wirtschafts- und Währungsgebiet verzeichnete die Saarwirtschaft rege Beziehungen zum Ausland. Die Ergebnisse dieser Periode lassen sich aber aus methodischen Gründen mit den Daten aus der DM-Zeit nicht verknüpfen. Daher wird im Rahmen dieser Ab-handlung nur der Warenverkehr mit dem Ausland ab dem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 6. Juli 1959 bzw. ab dem Jahr 1960 dargestellt. Von 1947 bis zu dem genannten Zeitpunkt war das Saarland an das französische Wirtschafts- und Währungsgebiet angegliedert, womit der Warenverkehr saarländischer Firmen mit französischen Handelspartnern als

Binnenhandel anzusehen war. Mit dem Tag der wirtschaftlichen Rückgliederung in den DM-Raum wurde dieser Handelsverkehr mit französischen Lieferanten oder Beziehern zum Außenhandel des Saarlandes und damit auch ein Teil des Außenhandels der Bundesrepublik mit Frankreich.

In der Zeit der Zugehörigkeit des Saarlandes zum französischen Wirtschaftsraum haben sich zwischen saarländischen und französischen Partnern rege Handelsbeziehungen entwickelt. Um diesen Warenverkehr weiterhin auf einem hohen Stand halten zu können, sah der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich am 27.10.1956 abgeschlossene Vertrag zur Regelung der Saarfrage (Saarvertrag) einen zollfreien Warenverkehr des Saarlandes mit dem Währungsgebiet des französischen Franken vor. Auf die Behandlung der methodischen Probleme der statistischen Abwicklung dieses Warenverkehrs (Listen A und B) wird hier verzichtet. Eine detaillierte Darstellung enthält das Sonderheft 49 der Reihe "Saarland in Zahlen" - "Der Außenhandel des Saarlandes 1960 bis 1966".

Mit dem Inkrafttreten der EG-Zollunion am 1.7.1968 sind dann die Zollpräferenzen aus dem Saarvertrag gegenstandslos geworden, wobei für einige Erzeugnisse des Ernährungssektors der Wegfall der Zollvergünstigungen ein Jahr später erfolgte.

Obwohl damit saarländische Firmen auf dem französischen Markt keine zolltechnischen Vorteile mehr genossen, haben die in den Jahren der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum gewachsenen Beziehungen dazu geführt, daß selbst im Jahre 1982 - also 27 Jahre nach dem Referendum von 1955 und 23 Jahre nach der wirtschaftlichen Eingliederung in die Bundesrepublik - der Handel des Saarlandes mit Frankreich sich auf einem sehr hohen Niveau gehalten hat.

Es läßt sich demnach nicht übersehen, daß der Außenhandel des Saarlandes in diesem Zeitraum in seiner gesamten Struktur beachtliche Veränderungen erfahren hat.

## Wertmäßige Entwicklung des saarländischen Außenhandels 1960 bis 1982

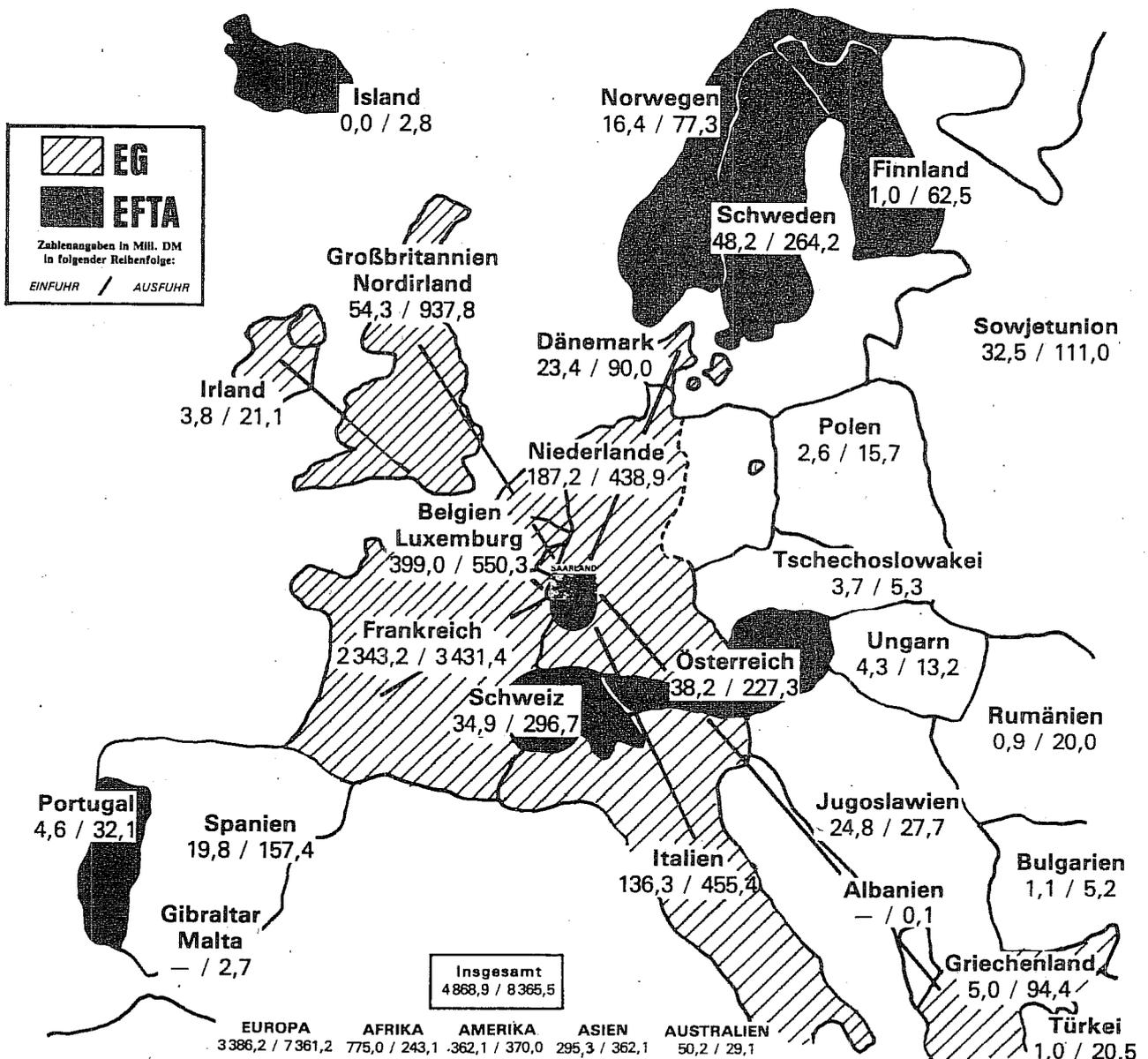
Im Jahr 1960, dem ersten vollen Kalenderjahr des Saarlandes im DM-Wirtschaftsgebiet, wurden in das Saarland Waren in Höhe von 1 470 Mill. DM eingeführt und für 1 839 Mill. DM exportiert. Handelsbeziehungen wurden auf der Einfuhrseite mit Firmen aus 80 Ländern unterhalten, während durch die Ausfuhr Handelspartner in 121 Ländern beliefert wurden. An der Einfuhr der gesamten Bundesrepublik war damals die saarländische Wirtschaft mit 3,4 %, an der Ausfuhr gar mit 3,8 % beteiligt. In den folgenden Jahren stieg das Außenhandelsvolumen zwar kräftig an, die Anteile am Außenhandel der Bundesrepublik gingen jedoch deutlich zurück. Bereits 1970 lagen sie bei den Importen nur noch bei 2,2 %, und von den Exporten kamen nur noch 2,1 % aus dem Saarland. Im abgelaufenen Jahr 1982 machten die saarländischen Importe mit 4 869 Mill. DM nur noch 1,3 % der bundesdeutschen Warenbezüge aus dem Ausland aus. Ausgeführt wurden 1982 Güter im Wert von 8 366 Mill. DM, was einem Saaranteil an den Warenlieferungen der Bundesrepublik ins Ausland von 2,0 % entsprach.

Die rückläufigen Anteilswerte der Saarwirtschaft am Außenhandel der Bundesrepublik sollten nicht einseitig als wirtschaftliche Schwäche ausgelegt werden, sondern sie zeigen vielmehr, daß auch hier das Saarland in etwa sich in die Relationen seiner sonstigen Anteilswerte am Wirtschaftsgeschehen der Bundesrepublik angepaßt hat. Gewisse Veränderungen im Außenhandelsvolumen sind dabei auch durch Unternehmensverlagerungen oder -konzentrationen beeinflusst.

Wie später noch an Hand von Daten aus der Statistik im Produzierenden Gewerbe zu ersehen ist, zeigt die saarländische Industrie in allen Jahren eine über dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegende Exportquote.

Die vollständige Jahresreihe des Außenhandels für den Zeitraum 1960 bis 1982 zeigt auf der Einfuhrseite nur in den Jahren 1977, 1978 und 1982 geringere Werte als in dem jeweiligen Vorjahr. Auf der Exportseite waren in den Jahren 1960 bis 1963 kaum Veränderungen

# Handelsbeziehungen des Saarlandes 1982



Statistisches Amt des Saarlandes

**Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik und Anteil des Saarlandes  
1960 bis 1982 in Mill. DM**

EINFUHR / AUSFUHR	1960	1965	1970	1975	1980	1981	1982
<b>EINFUHR insgesamt</b>	<b>42 723</b>	<b>70 448</b>	<b>109 606</b>	<b>184 313</b>	<b>341 380</b>	<b>369 179</b>	<b>376 464</b>
Anteil des Saarlandes	1 470	1 764	2 414	3 858	4 708	5 089	4 869
in %	3,4	2,5	2,2	2,1	1,4	1,4	1,3
Anteil des Frankreichhandels	3 998	7 843	13 899	22 147	36 591	40 124	42 878
in %	9,4	11,1	12,7	12,0	10,7	10,9	11,4
Anteil des Saarlandes am Frankreichhandel	1 271	1 406	1 473	2 096	2 192	2 583	2 343
in %	31,8	17,9	10,6	9,5	6,0	6,4	5,5
<b>AUSFUHR insgesamt</b>	<b>47 946</b>	<b>71 651</b>	<b>125 276</b>	<b>221 589</b>	<b>350 328</b>	<b>396 898</b>	<b>427 741</b>
Anteil des Saarlandes	1 841	1 884	2 680	5 106	7 436	7 855	8 366
in %	3,8	2,6	2,1	2,3	2,1	2,0	2,0
Anteil des Frankreichhandels	4 202	7 792	15 480	25 962	46 615	51 910	60 129
in %	8,8	10,9	12,4	11,7	13,3	13,1	14,1
Anteil des Saarlandes am Frankreichhandel	1 475	1 354	1 611	2 596	3 149	3 398	3 431
in %	35,1	17,4	10,4	10,0	6,8	6,5	5,7

in der Höhe der ausgeführten Warenwerte festzustellen. Danach waren nur noch im Jahr 1975 geringere Exporte als im Jahr zuvor zu verzeichnen. In allen Jahren des Zeitraumes 1960 bis 1982 lagen die Exportwerte deutlich über den Importwerten, so daß sich immer beachtliche Ausfuhrüberschüsse ergaben.

**Außenhandel des Saarlandes und Warenverkehr,  
darunter mit Frankreich 1960 bis 1982**  
— in Mill. DM —

Zeit	EINFUHR			AUSFUHR		
	insgesamt	dar. aus Frankreich		insgesamt	dar. nach Frankreich	
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
1960	1 469,6	1 271,2	86,5	1 838,6	1 475,4	80,2
1961	1 454,8	1 274,1	87,6	1 840,0	1 421,5	77,3
1962	1 521,9	1 322,5	86,9	1 817,6	1 426,9	78,5
1963	1 491,9	1 260,2	84,5	1 838,8	1 417,0	77,1
1964	1 618,3	1 335,6	82,5	1 866,8	1 439,2	77,1
1965	1 763,9	1 406,3	79,7	1 883,6	1 353,9	71,9
1966	1 735,4	1 342,3	77,3	1 911,9	1 365,2	71,4
1967	1 611,4	1 251,0	77,6	1 940,5	1 376,2	70,9
1968	1 904,9	1 360,1	71,4	2 083,6	1 431,8	68,7
1969	2 081,9	1 372,8	65,9	2 318,1	1 583,8	68,3
1970	2 413,9	1 472,7	61,0	2 679,8	1 611,0	60,1
1971	2 805,4	1 730,4	61,7	2 985,3	1 669,4	55,9
1972	3 012,6	1 824,2	60,6	3 177,6	1 924,9	60,6
1973	3 262,9	1 860,9	57,0	4 066,6	2 245,9	55,2
1974	3 571,2	1 901,8	53,3	5 156,2	2 489,8	48,3
1975	3 858,2	2 095,4	54,3	5 105,8	2 596,1	50,8
1976	4 475,4	2 287,8	51,1	5 875,3	2 992,5	50,9
1977	4 344,4	2 226,4	51,2	5 908,2	2 512,7	42,5
1978	3 871,0	2 157,1	55,7	5 938,6	2 641,3	44,5
1979	4 549,0	2 319,3	51,0	7 108,5	3 065,5	43,1
1980	4 708,2	2 191,6	46,5	7 435,7	3 148,8	42,3
1981	5 089,5	2 582,9	50,7	7 855,3	3 397,5	43,3
1982	4 868,9	2 343,2	48,1	8 365,5	3 431,4	41,0

**Außenhandel mit Frankreich noch immer von großer Bedeutung**

In den ersten Jahren der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland war der Außenhandel des Saarlandes noch weitgehend von den engen wirtschaftlichen Bindungen des Saarlandes an das französische Nachbarland bestimmt. Im Jahr 1960 wurden noch 86,5 % der aus dem Ausland eingeführten Waren aus dem Währungsgebiet des französischen Franken bezogen und gut vier Fünftel der Exporte gingen in das französische Nachbarland. Im Jahr 1965 lag der Anteil der Frankreichimporte an der Gesamteinfuhr noch bei knapp 80 %, bei den Exporten waren es noch immer fast 72 %. Mit dem bereits erwähnten Auslaufen der Zollvergünstigungen aus dem Saarvertrag ging die Bedeutung des Frankreichgeschäftes innerhalb des saarländischen Außenhandels langsam aber stetig zurück. Im Jahr 1970 machten die Frankreichimporte noch 61 %, fünf Jahre später nur noch 54 % der gesamten Einfuhren aus. Ähnlich verlief die Entwicklung auch bei den Exporten von noch gut drei Fünftel im Jahr 1970 auf 51 % fünf Jahre später. Ab dem Jahre 1980 kamen schon weniger als die Hälfte der in das Saarland eingeführten Güter aus Frankreich, wobei aber 1982 doch noch ein Anteil von 48 % erreicht wurde. Bei den Lieferungen gingen ab dem Jahre 1977 weniger als die Hälfte der ausgeführten

Güter auf den französischen Markt, 1982 machten die Frankreichexporte nur noch 41 % des gesamten Ausfuhrvolumens aus. Mit Ausnahme des Jahres 1965 übertrafen die Ausfuhrwerte die Werte der eingeführten Güter meist deutlich. Damit blieb die Handelsbilanz des Saarlandes mit dem französischen Wirtschaftsraum immer positiv.

Die Entwicklung des Handelsverkehrs der saarländischen Wirtschaft mit französischen Partnern muß auch vor der wachsenden Bedeutung des Frankreichgeschäftes im Außenhandel der Bundesrepublik gesehen werden. Heute gilt Frankreich als wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik. Mit dem Anstieg des Handelsverkehrs der Bundesrepublik mit Frankreich ging der Saaranteil an diesem Handel trotz nominaler Zunahme ständig zurück.

Im Jahr 1960 wurden noch 32 % der Bezüge der Bundesrepublik aus Frankreich von saarländischen Importeuren eingeführt und 35 % der Lieferungen nach Frankreich kamen aus dem Saarland. 10 Jahre später lag der Saaranteil bei den Importen nur noch bei 11 % und bei den Ausfuhren waren Güter aus dem Saarland nur noch zu gut einem Zehntel beteiligt. Bis zum Jahr 1980 ging der Importanteil weiter auf 6 % und der Anteil an den Ausfuhren auf 6,8 % zurück. Dieser Trend setzte sich in den Jahren 1981 und 1982 fort.

Diese Entwicklung kann man durchaus als eine Normalisierung sehen. Die Sonderstellung des Saarlandes aus den in den fünfziger Jahren im Frankreichhandel gewonnenen Erfahrungen und geknüpften Geschäftsbeziehungen konnte mit wachsender Bedeutung der EG-Freizügigkeit einfach nicht gehalten werden. Damit hat sich die Saarwirtschaft aber auch aus der vielleicht etwas zu starken Fixierung des Außenhandels auf das französische Nachbarland gelöst und auch weniger stark von dem Wirtschaftsverlauf bei einem Handelspartner abhängig gemacht.

Am Außenhandel mit Frankreich spielten in allen Jahren bei der Einfuhr Güter der Ernährungswirtschaft eine bedeutende Rolle. Im Jahre 1960 entfielen auf diese Positionen fast 28 % der Importe, 1982 waren es noch immer rund ein Viertel. Durch den Wegfall des Minettebezugs

ging die Bedeutung der Einfuhr von Rohstoffen zurück. Mit zum Teil beträchtlichen Schwankungen in den einzelnen Jahren stiegen die Bezüge von Halbwaren und Fertigwaren deutlich an.

Auf der Ausfuhrseite spielten Güter der Ernährungswirtschaft vom Niveau her keine große Rolle, doch ist ein deutlicher Anstieg unverkennbar. Die Rohstoffausfuhren litten besonders in den 70iger Jahren unter den Schwierigkeiten des Kohleabsatzes, so daß sich zwischen den Nominalwerten des Jahres 1960 und den Zahlen der achtziger Jahre nur eine vergleichsweise geringe nominale Zunahme erkennen läßt. Deutlicher war die Zunahme bei Halb- und vor allem bei Fertigwaren. Bei der letztgenannten Gruppe nimmt der Export von Kraftfahrzeugen eine bedeutende Position ein.

#### Wachsende Bedeutung des Handels mit den übrigen EG-Ländern

Die abnehmende Bedeutung des Warenaustausches mit dem französischen Nachbarland wurde durch wachsende Handelstätigkeit mit den übrigen EG-Ländern kompensiert. Im Jahre 1960 kamen Waren für 1 395 Mill. DM aus den heute zur EG zählenden Ländern, wobei rund 92 % auf Frankreich entfielen. Von der Ausfuhr in Höhe von 1 560 Mill. DM gingen damals 96 % nach Frankreich. Im Jahr 1982 wurden Waren für 3 152 Mill. DM aus den EG-Ländern eingeführt; davon kamen nur noch 74 % aus Frankreich. Von den Ausfuhren in Höhe von 3 432 Mill. DM in die EG-Länder gingen nur noch 57 % nach Frankreich.

Am gesamten Außenhandel des Jahres 1982 waren an den Importen die Einfuhren aus EG-Ländern mit rund 65 % und bei den Exporten die Ausfuhren in diese Länder mit 68 % beteiligt.

Auf der Einfuhrseite waren im letzten Jahr neben Frankreich vor allem Belgien- Luxemburg die Niederlande und Italien zu nennen. Beim Export hat sich England an die zweite Position hinter Frankreich geschoben vor Belgien-Luxemburg, den Niederlanden und Italien.

Der Warenverkehr mit den zur EFTA zählenden Ländern hat sich seit Beginn der siebziger Jahre auf der Einfuhrseite insgesamt nur wenig ausgeweitet. Stärker haben sich dagegen die Ausfuhrwerte erhöht. Im Jahre 1960 lieferte die Saarländische Wirtschaft Waren für 117 Mill. DM in diese Länder, 1982 erreichte der Export dorthin 983 Mill. DM. Beim Import sind vor allem Schweden, die Schweiz und Österreich zu nennen. Die Exporte gingen besonders stark in die Schweiz und an Abnehmer in Schweden.

Der Export in die Gruppe der sonstigen europäischen Länder ist merklich angestiegen. Hier war Hauptabnehmer saarländischer Erzeugnisse das auf den EG-Beitritt wartende Spanien.

Der Handelsaustausch mit den Ostblockstaaten blieb im Gesamtvolumen — gemessen am Warenverkehr mit den übrigen europäischen Ländern — relativ gering. Mit Abstand stärkster Handelspartner ist hier die Sowjetunion.

Der Handel mit Ländern des afrikanischen Kontinents, der in den sechziger Jahren vom Volumen her als gering bezeichnet werden muß, wurde vor allem bei den Importen kräftig ausgeweitet. Diese Entwicklung wurde fast ausschließlich durch das Eintreten von Ländern des schwarzen Kontinents in den Kreis der Erdölfördernden Länder bewirkt. Besonders Algerien wurde zu einem bedeutenden Lieferanten für die Saar. Andererseits ist es aber auch ein wichtiger Abnehmer saarländischer Erzeugnisse in Afrika. Ein beachtlicher Handelspartner wurde auch Nigeria, dessen Ausfuhren in das Saarland 1980 rund 388 Mill. DM erreichten. Dieser Wert wurde 1982 allerdings wieder deutlich unterschritten. Dafür trat in diesem Jahr Libyen als wichtiger Lieferant in Erscheinung. Aus den drei genannten Ländern kamen seit Beginn der siebziger Jahre meist über 80 % der aus afrikanischen Ländern eingeführten Waren. Überwiegend handelt es sich dabei um die Einfuhr von Erdöl. Die Lieferungen auf den afrikanischen Kontinent verteilen sich stärker auf einzelne Länder, doch bereits seit 1975 gingen zum Teil weit mehr als die Hälfte der in afrikanische Länder gelieferten Waren ebenfalls in die drei genannten Staaten. Sie waren in besonderem Maße Abnehmer für Röhren.

Der Handel mit den Ländern des amerikanischen Kontinents war lange Zeit im wesentlichen durch den Warenaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt. Auf der Einfuhrseite hat allerdings in den letzten Jahren Brasilien als Lieferant von Eisenerzen den ersten Rang eingenommen. Auch Kanada wurde vor allem dank seiner Eisenerzlieferungen ein wichtiger Handelspartner auf dem amerikanischen Kontinent. Hauptabnehmer saarländischer Waren waren in allen Jahren die USA vor Kanada. Im Fünfjahresvergleich fällt besonders der hohe Ausfuhrwert des Jahres 1980 mit 824 Mill. DM allein für Lieferungen in die USA auf. Der folgende abrupte Rückgang der Exporte in die USA ist im wesentlichen auf Änderungen in der Absatz- bzw. Fertigungsstrategie großer Unternehmen zurückzuführen. Echte außenwirtschaftliche Einflüsse haben hier kaum eine Rolle gespielt. Von einer gewissen Bedeutung für den Export saarländischer Waren waren außer den USA und Kanada auch noch Venezuela und Argentinien sowie mit allerdings seit 1975 rückläufigen Werten Brasilien.

Der Handel mit den asiatischen Ländern gewann erst etwa ab 1970 größere Bedeutung und erreichte 1980 allein mit Einfuhren in Höhe von 545 Mill. DM sein bisher höchstes Volumen. Die Einfuhrseite wird weitgehend von den Erdölländern Irak, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Emiraten bestimmt. Bemerkenswert sind aber die beachtlichen Schwankungen, die sich im zeitlichen Ablauf bei den einzelnen Lieferländern zeigen. So war 1970 der Irak wichtigstes Importland. Im Jahre 1975 dominierten die Bezüge aus Saudi-Arabien, dem Iran und den Vereinigten Emiraten. 1980 nahm der Irak wieder den ersten Rang ein vor Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Bezüge aus dem Iran, die 1975 bereits ein hohes Niveau erreicht hatten, waren nach den politischen Veränderungen dieses Landes erst 1982 wieder von größerer Bedeutung. Wichtige Abnehmer saarländischer Güter waren 1960 vor allem China und Indien, 1965 kam der Iran als bedeutender Käufer hinzu, dessen Bedeutung aber nach einem Höchststand 1975 zurückging. Auch die Ausfuhren nach China erreichten 1975 ihren höchsten Wert, um danach abzufallen. Legt man die Exportwerte des Jahres 1982 zugrunde, so zeigen sich die Vereinigten Ara-

## Außenhandel nach ausgewählten Herstellungs- und Verbrauchsländern 1960 bis 1982

Herstellungs- und Verbrauchsländer	EINFUHR				AUSFUHR			
	1960	1970	1980	1982	1960	1970	1980	1982
	— 1 000 DM —							
<b>EUROPA</b>	<b>1 427 250</b>	<b>2 068 706</b>	<b>3 174 347</b>	<b>3 386 249</b>	<b>1 713 628</b>	<b>2 460 923</b>	<b>5 985 816</b>	<b>7 361 242</b>
EG-Länder <sup>1)</sup>	1 410 964	1 946 007	2 978 800	3 152 313	1 577 188	2 186 571	4 965 122	6 019 368
<i>davon</i>								
Frankreich	1 271 210	1 472 717	2 191 598	2 343 227	1 475 377	1 611 013	3 148 783	3 431 443
Belgien-Luxemburg	94 952	250 471	382 748	399 010	24 357	207 597	542 279	550 319
Niederlande	14 874	86 309	170 549	187 208	17 976	106 810	335 361	438 887
Italien	14 277	76 706	147 352	136 324	40 075	208 323	387 546	455 364
Großbritannien	4 897	57 747	43 557	54 325	2 317	11 849	444 540	937 815
Rep. Irland	1 100	2	11 640	3 791	831	1 254	24 731	21 101
Dänemark	9 612	1 695	23 248	23 389	12 923	27 019	56 779	90 025
Griechenland	42	360	8 108	5 039	3 332	12 706	25 103	94 414
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	11 271	101 309	123 154	143 278	117 040	219 309	747 829	962 872
<i>darunter</i>								
Norwegen	302	7 426	8 885	16 385	9 710	23 438	72 697	77 316
Schweden	2 781	74 352	42 397	48 239	16 439	34 654	211 521	264 246
Schweiz	4 593	8 706	31 241	34 866	65 523	101 782	248 894	296 662
Österreich	3 054	10 378	38 743	38 187	12 103	35 461	72 697	77 316
europ. Ostblockländer	2 046	8 618	29 253	45 052	14 540	17 388	177 036	170 467
sonst. europ. Länder	4 860	12 772	43 145	45 506	2 915	37 655	95 829	208 634
<b>AFRIKA</b>	<b>25 422</b>	<b>192 781</b>	<b>686 939</b>	<b>774 962</b>	<b>30 892</b>	<b>61 164</b>	<b>206 784</b>	<b>243 056</b>
<i>darunter</i>								
Algerien	7 837	84 738	253 454	274 163	12 455	9 981	60 696	56 075
Libyen	—	44 486	—	171 746	19	1 436	20 109	47 451
Nigeria	524	20 041	384 557	226 980	520	4 334	53 076	34 128
<b>AMERIKA</b>	<b>10 815</b>	<b>98 627</b>	<b>280 985</b>	<b>362 090</b>	<b>52 264</b>	<b>84 073</b>	<b>940 793</b>	<b>369 985</b>
<i>darunter</i>								
USA	5 899	30 530	111 421	77 723	20 751	43 118	823 806	259 101
Kanada	433	15 708	40 005	77 282	4 126	10 034	20 998	36 380
Venezuela	—	4 998	—	—	5 086	3 573	16 127	18 955
Brasilien	1 293	37 505	113 682	187 123	1 302	5 405	28 219	6 790
Argentinien	448	4 407	9 576	10 487	4 311	2 333	9 867	12 288
<b>ASIEN</b>	<b>5 311</b>	<b>48 534</b>	<b>544 622</b>	<b>295 304</b>	<b>40 225</b>	<b>65 414</b>	<b>288 184</b>	<b>362 057</b>
<i>darunter</i>								
Irak	—	27 086	177 695	7	446	183	42 582	62 893
Iran	329	1 762	3 367	49 430	2 464	12 153	28 572	34 710
Israel	109	795	6 334	5 643	1 508	8 213	8 624	22 952
Saudi-Arabien	7	—	145 037	104 895	625	2 639	63 476	84 075
Vereinigte Arabische Emirate	—	—	73 178	43 837	—	—	11 401	27 131
Indien	255	134	1 364	1 090	8 106	2 288	19 507	23 604
China	311	1 381	4 700	6 269	11 428	20 747	23 044	15 521
Japan	82	3 956	36 574	30 259	56	1 276	4 268	5 342
<b>AUSTRALIEN UND OZEANIEN</b>	<b>762</b>	<b>5 296</b>	<b>21 249</b>	<b>50 225</b>	<b>1 631</b>	<b>8 268</b>	<b>14 073</b>	<b>29 139</b>
<i>darunter</i>								
Australien	163	3 338	19 038	48 720	1 104	3 419	10 994	21 211
Neuseeland	458	374	337	207	69	177	485	5 098
Neukaledonien	—	1 584	1 267	745	—	3 723	1 262	1 445
<b>INSGESAMT</b>	<b>1 469 560</b>	<b>2 413 944</b>	<b>4 708 235</b>	<b>4 868 868</b>	<b>1 838 640</b>	<b>2 679 842</b>	<b>7 435 675</b>	<b>8 365 532</b>

1) Seit dem 1.1.1973 sind Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder der EG, seit dem 1.1.1981 auch Griechenland.- 2) Seit dem 1.1.1970 sind Island und seit dem 1.7.1973 Norwegen Mitglieder der EFTA.

## Außenhandel nach ausgewählten Warengruppen und Warenuntergruppen 1960 bis 1982

Warengruppe — Warenuntergruppe	EINFUHR				AUSFUHR			
	1960	1970	1980	1982	1960	1970	1980	1982
	in 1000 DM							
<b>Ernährungswirtschaft</b>	<b>404 826</b>	<b>692 848</b>	<b>904 672</b>	<b>931 242</b>	<b>15 767</b>	<b>37 785</b>	<b>156 218</b>	<b>157 431</b>
Lebende Tiere	41 882	7 800	3 601	1 266	618	463	1 418	767
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	178 819	375 272	440 436	444 178	3 087	12 812	95 374	77 535
Fleisch und Fleischwaren	111 292	298 400	347 074	359 395	2 949	8 461	71 536	43 983
Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	151 409	249 924	404 544	420 306	10 102	17 848	42 378	58 130
Gemüse, Obstkonserven, Fruchtsäfte u. dgl.	8 144	37 734	166 129	172 379	6	195	303	547
Genußmittel	32 716	59 852	56 091	65 492	1 960	6 662	17 048	20 999
Wein	14 096	21 155	42 726	53 180	2	7	919	1 191
Bier	400	2 178	186	172	1 957	4 632	15 922	19 439
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>	<b>1 064 734</b>	<b>1 721 104</b>	<b>3 803 576</b>	<b>3 937 631</b>	<b>1 822 873</b>	<b>2 642 066</b>	<b>7 279 456</b>	<b>8 208 094</b>
Rohstoffe	264 940	494 286	1 494 330	1 503 256	242 068	149 796	282 627	320 289
Erdöl, roh	—	178 156	1 075 306	918 405	—	—	—	—
Eisenerze	160 074	228 321	265 821	377 737	—	—	—	—
Sonstige Steine und Erden	22 067	28 110	49 321	54 876	1 941	3 221	5 225	5 292
Steinkohle u. sonst. Rohstoffe	38 465	393	56 486	112 838	237 325	138 426	266 186	298 490
Halbwaren	236 843	209 987	496 586	527 107	303 274	400 927	934 931	914 787
Bau- und Nutzholz	23 621	19 021	23 468	15 226	1 562	2 596	5 471	3 542
Roheisen	8 976	6 864	8 542	3 850	2 300	2 315	139 526	151 310
Ferrolegerungen	26 792	38 673	34 702	32 629	—	1	20	1 062
Eisenhalbzeug	90 089	35 959	47 984	26 722	106 834	98 239	174 699	124 561
Kraftstoffe und Schmieröle	29 645	3 944	7 973	72 045	101	62 310	353 682	403 037
Koks	975	5 388	45 681	81 968	93 522	152 797	160 043	120 133
Rückstände der Erdöl- u. Steinkohlenteerdestillation	1 222	13 996	69 112	62 278	8 017	2 706	244	3
Alteisen (Schrott)	3 933	6 408	14 788	8 140	10 478	21 035	15 306	10 376
Fertigwaren	562 951	1 016 831	1 812 660	1 907 268	1 277 531	2 091 343	6 061 898	6 973 018
Vorerzeugnisse	306 981	313 151	616 682	570 841	927 684	1 207 603	2 206 400	2 168 115
Furniere, Sperrholz	10 176	9 601	16 976	10 695	11 167	16 762	40 672	37 187
Stab- und Formeisen	21 602	35 581	101 954	92 764	422 001	629 209	898 670	753 656
Blech aus Eisen	164 138	130 954	195 281	195 044	256 432	185 355	422 966	490 946
Draht aus Eisen	13 980	24 846	42 231	38 938	59 627	115 093	263 352	213 493
Steinzeug-, Ton-, u. Porzellanerzeugnisse	1 563	12 635	53 515	47 406	68 417	115 230	212 437	202 489
Guß- und Stahlröhren	2 372	3 110	39 192	36 360	90 167	78 000	186 706	297 960
Enderzeugnisse	255 970	703 680	1 195 978	1 336 427	349 847	883 740	3 855 498	4 804 903
Kautschukwaren	20 093	26 228	32 972	17 316	6 727	2 327	294 910	301 567
Steinzeug-, Ton-, Steingut- u. Porzellanwaren	347	1 903	24 902	26 585	19 988	40 789	113 768	106 348
Sonstige Eisenwaren	22 957	68 527	105 810	86 650	109 022	221 487	378 452	379 196
Maschinen, Fördermaschinen	50 796	98 424	215 265	208 282	137 808	238 795	604 175	739 990
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	50 249	320 234	382 461	585 296	14 677	243 775	1 915 351	2 703 948
Elektrotechnische Erzeugnisse	32 369	56 879	128 667	128 538	17 610	38 858	249 244	221 170
<b>INSGESAMT</b>	<b>1 469 560</b>	<b>2 413 952</b>	<b>4 708 248</b>	<b>4 868 873</b>	<b>1 838 640</b>	<b>2 679 851</b>	<b>7 435 674</b>	<b>8 365 525</b>

bischen Emirate als stärkster Abnehmer saarländischer Erzeugnisse. An zweiter Stelle steht der Irak vor dem Iran, Israel, Indien und Saudi-Arabien.

Die Ausfuhren nach Japan spielten für den Asienexport der Saarländischen Wirtschaft keine große Rolle. Daß auch auf der Einfuhrseite der Handel mit Japan mit etwas über 30 Mill. DM kein sehr großes Gewicht hat, dürfte dadurch bedingt sein, daß wesentliche Einfuhren von im Saarland in den Endverbrauch kommenden Waren nicht über saarländische Importeure getätigt werden.

Der Handelsaustausch mit dem australischen Kontinent erreichte trotz stetiger Zunahme im Jahre 1982 erst ein Gesamtvolumen von knapp 80 Mill. DM. Die Einfuhr mit 50 Mill. DM bestand zum großen Teil aus dem Bezug von Eisenerzen.

Die Aufgliederung des saarländischen Außenhandels nach Partnerländern läßt demnach folgendes Kurzergebnis zu. Das französische Nachbarland blieb trotz deutlicher Abschwächung weitaus stärkster Handelspartner. Der Handel mit den übrigen EG-Ländern wurde stark ausgeweitet. Auch die Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt wurden ausgebaut. Durch Erschließung neuer Rohstoffquellen wurde vor allem in den siebziger Jahren der Handel mit den Ländern Afrikas und des asiatischen Kontinents intensiviert. Im Jahre 1982 wurden Waren aus 110 Ländern der Erde eingeführt. Saarländische Waren wurden in 145 Staaten geliefert.

#### **Starke Veränderungen in der Warenstruktur des saarländischen Außenhandels**

Der Außenhandel des Saarlandes ist im Beobachtungszeitraum 1960 bis 1982 nicht nur gekennzeichnet durch Verlagerung auf neue Länder oder andere Gewichtung innerhalb der bisherigen Partnerländer, sondern zeigt auch starke Veränderungen im Warensortiment.

Im gesamten Zeitraum waren Güter der Ernährungswirtschaft an der Einfuhr des Saar-

landes erheblich beteiligt. Im Jahr 1960 entfielen von den eingeführten Waren 27,5 % auf den Ernährungssektor. Dieser Anteil ging zwar bis 1982 — bei zunehmenden Nominalwerten — auf rund 19 % zurück, blieb aber damit doch ein bemerkenswerter Teil der saarländischen Wareneinfuhr. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs — vor allem Fleisch und Fleischwaren — waren jeweils etwas stärker vertreten als die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs. Von den Gütern der Ernährungswirtschaft kamen 1960 rund 88 % aus Frankreich, und auch 1982 wurden noch immer 63 % aus Frankreich eingeführt. Gering ist dagegen die Bedeutung des Exports mit einem Anteil von nur 1,9 % im Jahre 1982.

Bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft hat im Beobachtungszeitraum vor allem die Einfuhr von Rohstoffen kräftig zugenommen. An der Einfuhr des Jahres 1960 waren Rohstoffe mit 18 % beteiligt. 1982 waren es rund 31 %. Während in den sechziger Jahren ein wesentlicher Teil der Rohstoffeinfuhren auf den Bezug von Eisenerzen entfiel, kam in den siebziger Jahren das Erdöl hinzu. Im Jahr 1982 machte die Einfuhr von Erdöl 61 % der Rohstoffbezüge aus. Im Jahr 1980 waren es sogar noch fast 72 %. Gerade bei der Einfuhr von Erdöl haben Preissteigerungen die Warenwerte stark nach oben getrieben. Während 1960 Eisenerze noch meist aus Frankreich kamen (Minette), wurden die französischen Lieferungen später immer mehr durch Erze aus Übersee ersetzt.

Die Ausfuhr von Rohstoffen, die im wesentlichen aus der Lieferung von Steinkohlen bestand, stellte 1960 noch gut 13 % des gesamten Exportvolumens. Dieser Anteil ging bis 1982 auf weniger als 4 % zurück. Zwar sind die Steinkohlenexporte in den achtziger Jahren nach einem starken Rückgang in dem vorhergehenden Jahrzehnt wieder auf ein beachtliches Niveau angestiegen, doch wurde im Jahr 1982 das Volumen des Jahres 1960 nominal nur um ein Viertel übertroffen.

Rund 16 % aller Importe bestanden 1980 aus Halbwaren. Bis 1982 fiel die Quote auf nur noch knapp 11 % zurück. Unter den einzelnen Waren-

## Außenhandel nach Warengruppen und ausgewählten -untergruppen

— Anteile an der Gesamtein- und -ausfuhr 1960 und 1982 —

Warengruppe — Warenuntergruppe	EINFUHR				AUSFUHR			
	1960		1982		1960		1982	
	Mill. DM	%						
<b>1. Güter der Ernährungswirtschaft</b>	<b>404,8</b>	<b>27,5</b>	<b>931,2</b>	<b>19,1</b>	<b>15,8</b>	<b>0,9</b>	<b>157,4</b>	<b>1,9</b>
1.1. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	178,8	12,2	444,2	9,1	3,1	0,2	77,5	0,9
Fleisch und Fleischwaren	111,3	7,6	359,4	7,4	2,9	0,2	44,0	0,5
1.2. Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	151,4	10,3	420,3	8,6	10,1	0,5	58,1	0,7
<b>2. Güter der Gewerblichen Wirtschaft</b>	<b>1 064,7</b>	<b>72,4</b>	<b>3 937,6</b>	<b>80,9</b>	<b>1 822,9</b>	<b>99,1</b>	<b>8 208,1</b>	<b>98,1</b>
2.1. Rohstoffe	264,9	18,0	1 503,3	30,9	242,1	13,2	320,3	3,8
Steinkohle und sonstige Rohstoffe	38,5	2,6	112,8	2,3	237,3	12,9	298,5	3,6
Erdöl, roh	—	—	918,4	18,9	—	—	—	—
2.2. Halbwaren	236,8	16,1	527,1	10,8	303,3	16,5	914,8	10,9
Roheisen	9,0	—	3,9	—	2,3	—	151,3	1,8
Eisenhalbzeug	90,1	6,1	26,7	—	106,8	5,8	124,6	1,5
Kraftstoffe und Schmieröle	29,6	2,0	72,0	1,4	0,1	—	403,0	4,8
Koks	1,0	—	82,0	1,7	93,5	5,1	120,1	1,4
2.3. Fertigwaren	563,0	38,3	1 907,3	39,2	1 277,5	69,5	6 973,0	83,4
2.3.1. Vorerzeugnisse	307,0	20,9	570,8	11,7	927,7	50,5	2 168,1	25,9
Stab- und Formeisen	21,6	1,5	92,8	1,9	422,0	23,0	753,7	9,0
Blech aus Eisen	164,1	11,2	195,0	4,0	256,4	13,9	491,0	5,9
Draht aus Eisen	14,0	1,0	38,9	—	59,6	3,2	213,5	2,6
Steinzeug-, Ton- und Porzellanwaren	1,6	—	47,4	—	68,4	3,7	202,5	2,4
Guß- und Stahlrohre	2,4	0,2	36,4	—	90,2	4,9	298,0	3,6
2.3.2. Enderzeugnisse	256,0	17,4	1 336,4	27,4	349,8	19,0	4 804,9	57,4
Kautschukwaren	20,1	1,4	17,3	—	6,7	0,4	301,6	3,6
sonstige Eisenwaren	23,0	1,6	86,7	1,8	109,0	5,9	379,2	4,5
Maschinen, Fördermaschinen	50,8	3,5	208,3	4,3	137,8	7,5	740,0	8,8
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	50,2	3,4	585,3	12,0	14,7	0,8	2 703,9	32,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	32,4	2,2	128,5	2,6	17,6	1,0	221,2	2,6
<b>Zusammen</b>	<b>1 469,6</b>	<b>100</b>	<b>4 868,9</b>	<b>100</b>	<b>1 838,6</b>	<b>100</b>	<b>8 365,5</b>	<b>100</b>

untergruppen fällt vor allem die rückläufige Entwicklung bei Eisenhalbzeug und die wachsende Bedeutung der Koksbezüge und der Rückstände aus der Erdöl- und Steinkohlendestillation auf.

Obwohl sich der Export von Halbwaren von 1960 bis 1982 nominal verdreifacht hat, ging der Anteil an den Gesamtlieferungen ins Ausland ähnlich wie bei den Importen von 16,5 auf 11 % zurück. Wichtigstes Exportgut waren in den letzten Jahren Kraftstoffe und Schmieröle, eine Position, die 1960 und 1965 unbedeutend war und erst ab den siebziger Jahren an Bedeutung gewann. Ähnliches gilt für die Lieferung von Roheisen, wo erst ab 1975 beachtliche Exporterlöse verzeichnet wurden. Die Ausfuhr von Eisenhalbzeug zeigte im gesamten Beobachtungszeitraum, wenn man von den niedrigeren Werten in den siebziger Jahren absieht, nur geringe nominale Veränderungen. Auch der Wert der Kokslieferungen zeigte etwa ab 1970 vergleichsweise geringe Änderungen in den Nominalerlösen.

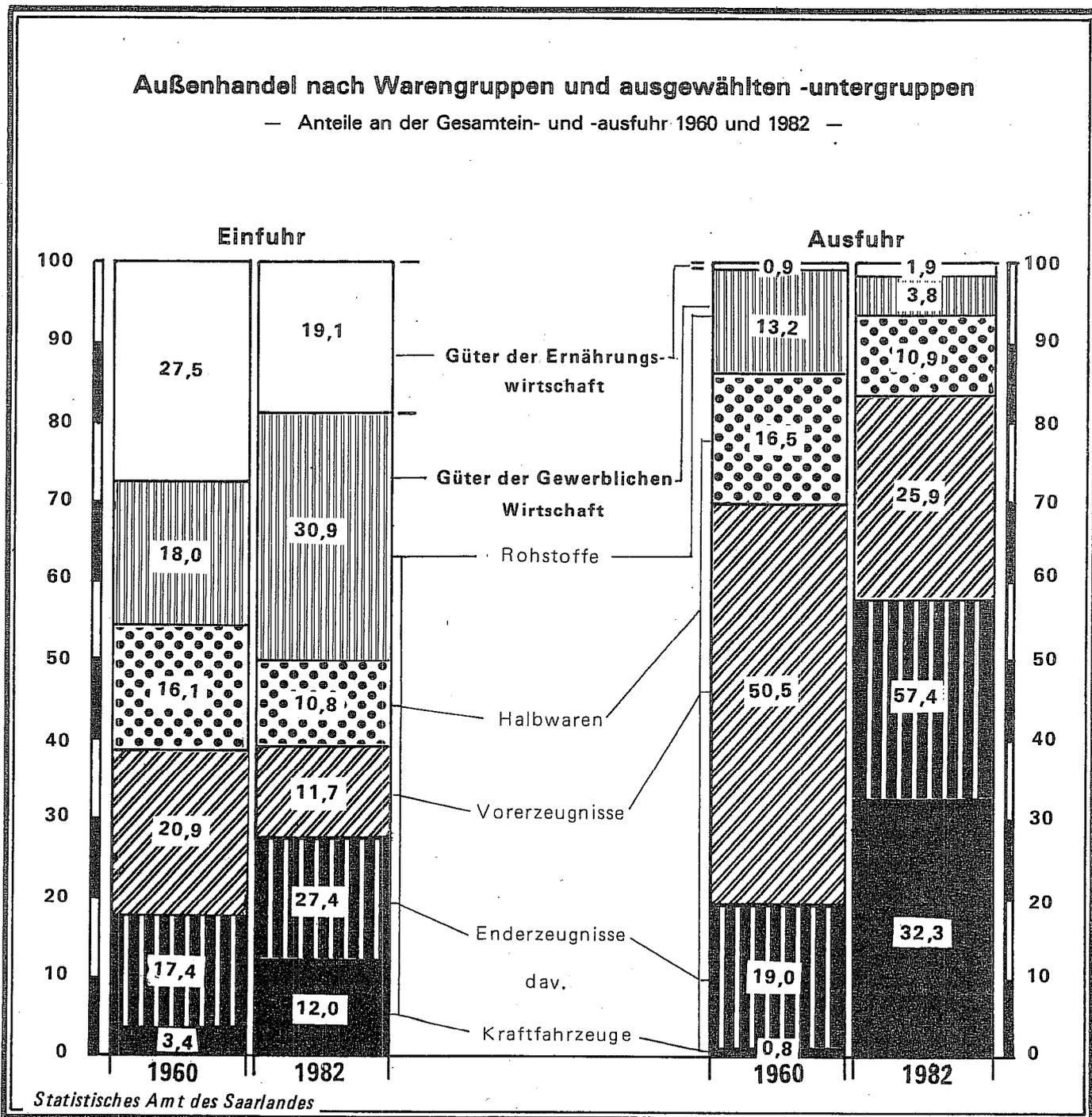
Die Einfuhr von Fertigwaren umfaßte 1960 rund 38 %, im Jahr 1982 mit 39 % einen fast gleichen

Anteil am gesamten Importvolumen. Während aber im Jahr 1960 noch über die Hälfte der eingeführten Fertigwaren aus Vorerzeugnissen bestand, waren es 1982 zu über zwei Drittel Enderzeugnisse. Bei den eingeführten Vorerzeugnissen bildete in allen Jahren Blech aus Eisen die stärkste Position. Das wertmäßige Volumen lag aber in den achtziger Jahren nur leicht über dem des Jahres 1960. Ihr Anteil an den Gesamteinfuhren ging im Beobachtungszeitraum von gut 11% auf 4 % zurück. Der Bezug von Stab- und Formeisen erreichte in den achtziger Jahren Werte um 100 Mill. DM. Beachtlich zugenommen hat die Einfuhr von Steinzeug, Ton- und Porzellanerzeugnissen.

Wenn auf der einen Seite Güter an Bedeutung verlieren, schieben sich zwangsweise andere Waren in den Vordergrund. So hat sich seit den sechziger Jahren die Einfuhr von Enderzeugnissen stark erhöht. Sie machte 1982 rund 28 % der Gesamtimporte aus, wobei im Jahr zuvor bereits über 30 % auf diese Gruppe entfielen. 1960 waren dagegen nur 17 % der eingeführten Waren Enderzeugnisse. Wichtigste Positionen waren

1960 Maschinen, Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse und sonstige Eisenwaren. Diese Positionen stehen auch in den achtziger Jahren an der Spitze der importierten Enderzeugnisse. Einer wechselnden Entwicklung unterliegen die Importe von Kraftfahrzeugen. Durch den Anschluß an den bundesdeutschen Markt bezifferte sich die Importquote 1960 nur auf 3,4 % um allerdings innerhalb eines Jahrzehnts auf 13 %, bis 1975 sogar auf 20 % anzusteigen. Im Jahr 1980 war dann ein Rückgang auf nur 8 % festzustellen. In den beiden nächsten Jahren wurden wieder Anteile von 15 % bzw. 12 % ermittelt.

Auch beim Export erlangten die Fertigwaren zunehmendes Gewicht, von knapp 70 % im Jahr 1960 auf gut 83 % im Jahr 1982. Das entsprach einem Ausfuhrwert von fast 7 Mrd. DM. Dabei ging der Anteil der Vorerzeugnisse auf die 1960 gut die Hälfte der Exporterlöse entfielen, auf nur noch knapp 26 % zurück. Hier waren es vor allem Stab- und Formeisen, Blech aus Eisen und Draht aus Eisen, deren Bedeutung am Gesamtexport abnahm. Auch Guß- und Stahlröhren hatten 1982 einen geringeren Anteil am Gesamtexport als anfangs der sechziger Jahre. Hier brachte das Jahr 1975 Ausfuhrwerte, die erst 1982 nominal wieder überschritten wurden.



Der "Renner" des saarländischen Außenhandels wurde die Ausfuhr von Enderzeugnissen, die nominal von einem Exportwert von 350 Mill. DM im Jahr 1960 sich auf 4,8 Mrd. DM im Jahr 1982 steigerten. Der Anteil am Gesamtexport stieg von 19 % im Jahr 1960 auf über 57 % im Jahr 1982 an. Bestimmt wurde diese Entwicklung durch den kräftigen Anstieg beim Export von Kraftfahrzeugen. Während in den sechziger Jahren diese Position für den saarländischen Außenhandel noch unbedeutend war, entfiel im Jahr 1982 ein Drittel der gesamten Exporterlöse auf die Lieferung von Kraftfahrzeugen ins Ausland. Daneben nehmen sich die Exportwerte bei Maschinen (1982 = 8,8 % der Exporte), Sonstige Eisenwaren (4,5 %) Kautschukwaren (3,6 %) fast bescheiden aus. Die Ausfuhr von Kautschukwaren bildet erst ab Mitte der 70er Jahre einen beachtlichen Posten der Saarausfuhr.

Zusammenfassend kann man die Veränderung in der Warenstruktur des saarländischen Außenhandels wie folgt kommentieren:

Auf der Einfuhrseite haben Anfang der sechziger Jahre die Einfuhren von Ernährungsgütern dominiert. In den siebziger Jahren trat dann die Einfuhr von Enderzeugnissen an die erste Stelle. Die Substitution der heimischen Kohle durch Öl in den sechziger Jahren und die Preisexplosionen beim Rohöl im darauffolgenden Jahrzehnt ha-

ben u.a. den Bezug von Rohstoffen zum höchsten Posten auf der Einfuhrseite werden lassen. Auf der Ausfuhrseite ist der Strukturwandel augenfälliger. Enderzeugnisse, unter ihnen vor allem Kraftfahrzeuge, stehen heute beim Export an erster Stelle. Die früher dominierenden Produkte aus dem Bereich der Eisenschaffenden Industrie und die Steinkohle haben dagegen erheblich an Bedeutung verloren.

#### Auslandsumsatz der Saarindustrie über dem Bundesdurchschnitt

Die Betrachtung über die Entwicklung des saarländischen Außenhandels sollte nicht abgeschlossen werden, ohne auch den Auslandsumsatz der Saarindustrie bzw. im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe kurz dargestellt zu haben. Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ist nicht gleichbedeutend mit Export aus dem Saarland, da hier auch Umsätze ausgewiesen werden für Erzeugnisse, die zwar zum Export vorgesehen sind, deren Ausfuhr aber unter Umständen von einem Exporteur mit Sitz außerhalb des Saarlandes vorgenommen wird. Dennoch bestätigen auch diese Daten mehr oder weniger die Entwicklung, die sich aus der Außenhandelsstatistik ergibt. Wie bei der Darstellung dieser Ergebnisse werden auch hier die Daten der Jahre 1960, 1965, 1970, 1980, 1981 und 1982 zugrunde gelegt.

#### Umsatz und Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Industrie) im Bundesgebiet und im Saarland 1960 – 1982

1960 – 1975 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten  
1980 – 1982 Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

	1960	1965 <sup>1)</sup>	1970	1975 <sup>2)</sup>	1980	1981	1982
	1 000 DM						
<b>Umsatz</b>							
im Bundesgebiet	266 373 006	374 611 825	528 867 402	733 856 172	1 196 542 850	1 255 937 163	1 284 375 511
dar.: Auslandsumsatz	40 757 293	58 839 838	102 072 983	172 902 429	290 496 498	327 140 863	348 003 080
<b>Umsatz</b>							
im Saarland	4 522 897	5 653 218	8 338 854	13 425 739	22 250 533	23 535 812	24 360 894
dar.: Auslandsumsatz	1 638 692	1 700 650	2 521 288	4 459 825	6 927 713	7 168 934	7 655 298
<b>Exportquote:</b>							
Bundesgebiet	15,3	15,7	19,3	23,6	24,3	26,1	27,1
Saarland	36,2	30,1	30,2	33,2	31,1	30,5	31,4

1) bis 1965 einschl. Umsatzsteuer; ab 1970 ohne Mehrwertsteuer. 2) bis 1975 IB-Berichtskreis, Umsatz aus eigenen Erzeugnissen; ab 1980 Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe abgegrenzt nach Sypro, einschl. prod. Handwerk; Gesamtumsatz einschl. Handelsware u. sonst. Umsätze.

Die Übersicht zeigt, daß die Saarindustrie seit ihrer Eingliederung in das Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik eine fast gleich hohe Exportquote von 30 % bis 33 % ausweist, die nur im Jahr 1960 noch etwas nach oben abweicht. Demgegenüber zeigt sich im Bundesgebiet für den gleichen Zeitraum ein Anstieg von 15 % auf 27 %. Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Bereichen (hier ist allerdings der Umsatz aus eigener Erzeugung zugrundegelegt), so zeigen sich im zeitlichen Ablauf erhebliche Abweichungen bei den einzelnen Zweigen. Der Bergbau, der 1960 mehr als ein Drittel seiner Lieferung im Ausland absetzte, mußte einen stetigen Rückgang seiner Exportanteile verbuchen und konnte im Jahr 1982 nur noch 11,5 % seiner Erlöse auf Auslandsmärkten erzielen. Innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes mit einer insgesamt nur leicht abgefallenen Exportquote konnte auch die Eisenschaffende Industrie ihren hohen Anteil der Auslandslieferungen am Gesamtumsatz über den gesamten Beobachtungszeitraum halten. Die Gießereien steigerten ab Mitte der siebziger Jahre den Anteil ihrer Auslandslieferungen beträchtlich. Die Gummiverarbeitung, erst seit Mitte der siebziger Jahre volumenmäßig von

größerer Bedeutung, erzielte seitdem mehr als die Hälfte ihrer Erlöse auf Auslandsmärkten. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das schon 1960 fast 32 % seines Umsatzes aus Auslandsverkäufen erwirtschaftete, verzeichnete bis 1965 einen starken Rückgang seiner Exportquote, die aber danach stetig anstieg, so daß 1982 vom Gesamtumsatz 42 % auf Lieferungen ins Ausland entfiel. In diesem Bereich der heute als stärkste Industriebereich anzusehen ist, dominiert seit Anfang der siebziger Jahre mit zunehmendem Gewicht der Straßenfahrzeugbau, der auch wesentlich den Exportanteil bestimmt. Starke Schwankungen des Anteils des Auslandsumsatzes sind beim Stahl- und Leichtmetallbau zu erkennen, wo in den achtziger Jahren bisher die Auslandserteile deutlich unter einem Fünftel der Gesamterlöse ausmachten. Auf relativ hohem Niveau hielt sich die Exportquote beim Maschinenbau, wobei aber kräftige Ausschläge zwischen den dargestellten Eckjahren zu erkennen sind. Der Straßenfahrzeugbau, dessen Umsätze für die Hauptgruppe erst in den siebziger Jahren von Bedeutung wurden, meldete bereits im Jahr 1970 eine Exportquote von 49 %. In den achtziger Jahren wurde bisher jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Erlöse

Umsatz aus eigener Erzeugung und Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Industrie)  
im Saarland 1960 bis 1982

1960 bis 1975 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten  
1980 bis 1982 Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Hauptgruppe Wirtschaftsgruppe	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen insgesamt							Exportquote <sup>1)</sup>						
	1960	1965 <sup>2)</sup>	1970	1975 <sup>3)</sup>	1980	1981	1982	1960	1965	1970	1975	1980	1981	1982
	in Mill. DM													
Bergbau	887,7	751,9	747,5	1 157,3	2 337,2	2 677,8	2 717,7	36,1	34,5	32,2	26,0	12,7	13,0	11,5
Grundstoff- u. Prod.gütergewerbe	2 133,5	2 432,3	3 631,5	5 515,8	7 397,1	7 497,0	7 197,6	45,2	41,1	38,3	41,8	39,4	39,2	39,5
dar.:														
Eisenschaffende Industrie	1 629,1	1 763,0	2 553,3	3 408,6	4 267,4	4 362,1	3 606,0	49,8	46,5	43,8	46,0	45,1	43,3	47,6
Gießerei (2910 + 2950) <sup>5)</sup>	153,6	185,9	242,3	326,4	330,6	369,8	414,3	24,2	22,8	23,9	38,7	38,7	42,8	46,1
Gummiverarbeitung <sup>6)</sup>		45,7	63,4	426,9	606,3	662,6	665,5		31,3	30,2	58,8	51,5	55,2	51,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	712,0	1 271,8	2 384,4	4 610,7	7 019,6	7 801,1	8 397,5	31,7	21,0	27,9	33,1	38,6	38,2	42,0
dar.:														
Stahl- und Leichtmetallbau	183,1	267,4	466,8	577,8	837,5	865,3	826,8	27,0	18,2	18,8	27,5	17,6	15,3	17,9
Maschinenbau	210,2	372,1	566,5	877,7	1 163,7	1 262,5	1 337,6	42,9	35,5	33,4	41,1	30,8	38,1	35,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur v. Kraftfahrzeugen usw. <sup>4)</sup>	12,2	133,5	569,7	1 917,6	3 206,6	3 864,0	4 375,7	9,0	13,6	48,9	44,1	58,4	52,1	58,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	93,5	161,3	312,5	589,8	895,2	828,6	866,0	12,7	6,0	9,8	12,3	18,8	18,9	20,8
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	342,0	566,6	839,9	1 194,4	1 650,8	1 654,3	1 554,8	33,5	28,6	24,0	25,0	29,8	31,9	31,8
dar.:														
Holzverarbeitung	47,7	70,8	147,4	217,5	174,3	168,2	157,5	16,3	12,7	9,6	11,2	14,3	17,0	16,6
Druckerei, Vervielfältigung	36,9							1,6						
Bekleidungsindustrie	65,3	138,9	187,7	172,5	182,9	176,4	136,3	7,6	3,6	2,4	6,6	10,7	12,9	13,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	447,7	630,6	735,6	947,6	1 312,7	1 373,3	1 490,5	3,0	2,1	3,1	3,5	4,4	4,6	5,5
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe	4 522,9	5 653,2	8 338,9	13 425,7	19 717,5	21 003,6	21 358,1	36,2	30,1	30,2	33,2	32,8	32,7	34,0

1) Gemessen am Umsatz aus eigenen Erzeugnissen, 2) Bis 1965 einschließlich Umsatzsteuer; ab 1970 ohne Mehrwertsteuer, 3) Bis 1975 IB-Berichtskreis; ab 1980 Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe abgegrenzt nach Sypro, einschließlich produzierendes Handwerk, 4) 1960 bis 1970 Fahrzeugbau und Schiffbau; 1975 und 1980 nur Fahrzeugbau, 5) 1960, 1965, 1970 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien und Metallgießereien; 1980 Gießereien, 6) 1960 bis 1975 gummi- und asbestverarbeitende Industrie.

auf Auslandsmärkten erwirtschaftet. Die Wirtschaftsgruppe "Elektrotechnik" weist einen zunehmenden Anteil der Auslandsumsätze aus.

Beim Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe wurde in den achtziger Jahren die hohe Exportquote von gut einem Drittel aus dem Jahre 1960 fast wieder erreicht. Beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist in allen Beobachtungsjahren nur ein geringer Teil der Erlöse auf Auslandsmärkten erwirtschaftet worden. Insgesamt weist die Exportquote aber eine steigende Tendenz aus.

Auch diese Darstellung aus der Statistik des Produzierenden Gewerbes zeigt deutlich, daß die Saarwirtschaft in hohem Maße vom Warenaustausch mit dem Ausland und damit von der Funktionsfähigkeit des Weltmarktes abhängig ist. Sie macht aber auch bei der hohen Exportquote einzelner Wirtschaftszweige deutlich, wie empfindlich die Saarwirtschaft reagieren muß, wenn der freie Warenverkehr durch welche Maßnahmen und Ereignisse auch immer gestört wird.

**Josef Herrmann**  
*Dipl. Kaufmann*

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1064,7	1 060,5	1 061,3	1 060,7	1 060,4	1 055,0	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen	Anzahl	617	601	595	831	710	589	475	823	685
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	6,8	6,8	9,2	8,1	6,6	...	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	875	857	814	735	895	880	686	885	834
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,7	9,3	8,2	10,3	9,8	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 091	1 069	1 136	1 036	1 126	1 348	984	1 089	1 064
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,3	12,1	13,0	11,5	12,9	15,0	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	11	9	10	15	6	14	6	6	13
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	12,9	10,7	11,9	18,9	6,8	15,8	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 216	- 212	- 322	- 301	- 231	- 468	- 298	- 204	- 230
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 3,7	- 3,3	- 2,7	- 5,2	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 762	1 587	1 361	1 163	1 638	1 632	...	...	...
Ausländer	Anzahl	603	493	475	358	535	428	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	883	766	638	564	793	821	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 817	1 832	1 787	1 462	1 682	2 312	...	...	...
Ausländer	Anzahl	453	512	464	387	544	530	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	997	965	911	816	888	1 069	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 55	- 245	- 426	- 299	- 44	- 680	...	...	...
Ausländer	Anzahl	+ 150	- 20	+ 11	- 29	- 9	- 102	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 114	- 199	- 273	- 252	- 95	- 248	...	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 528	2 626	2 468	2 372	2 533	3 323	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	29 914	38 093	36 425	35 381	35 530	48 050	47 363	46 215	45 693
* Männer	Anzahl	16 146	21 930	20 728	20 159	20 290	29 649	28 565	27 763	27 281
Arbeitslosenquote	%	8,1	9,7	9,4	9,2	9,1	12,3	12,1	11,8	11,7
Kurzarbeiter	Anzahl	7 850	17 469	8 551	6 400	8 832	36 165	28 029	27 285	21 030
Männer	Anzahl	7 022	15 916	8 010	5 471	7 910	33 977	26 680	25 963	20 306
Offene Stellen	Anzahl	2 097	1 077	1 346	1 247	1 208	1 100	998	1 053	916
Männer	Anzahl	1 458	713	921	849	808	779	712	743	619
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,7	71,0	-	-	72,7	-	-	-	71,1
Milchkühe	1 000	25,3	26,2	-	-	25,1	-	-	-	26,0
Schweine	1 000	48,8	44,3	48,4	-	-	-	47,3	-	-
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	2 711	2 513	2 700	2 155	2 111	2 560	2 225	2 164	2 094
* Kälber	Anzahl	61	47	64	48	43	50	41	43	52
* Schweine	Anzahl	8 678	7 900	8 026	7 994	8 259	7 805	7 202	8 800	7 560
<b>Schlachtmengen</b>										
* Rinder	t	1 450	1 354	1 439	1 316	1 282	1 352	1 257	1 349	1 127
* Kälber	t	765	720	800	673	618	731	675	649	593
* Schweine	t	5	4	5	3	3	4	3	4	4
* Schweine	t	680	630	634	640	661	617	569	686	522
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,6	9,7	10,4	11,5	10,6	10,3	10,7	11,6	10,9
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	87,4	87,8	87,2	88,1	88,5	93,8	90,5	90,6	88,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,6	13,7	14,7	14,0	12,4	13,6	14,3	13,9

1) Ergebnis der Viehzählung im Dezember sowie der Viehwirtschaftszählungen im April und Juni.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981					1982				1983		
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni				
<b>Produzierendes Gewerbe</b>													
<b>Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup></b>													
Betriebe	Anzahl	590	595	592	593	593	591	587	587	587			
* Beschäftigte	1 000	154	150	151	150	150	150	143	142	142			
* Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	121	117	118	117	117	117	111	111	111			
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 580	15 745	16 467	15 653	15 585	16 380	14 967	14 914	14 847			
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	457	459	433	477	475	457	416	440	470			
* Löhne	Mill. DM	326	321	305	337	331	315	287	304	330			
* Gehälter	Mill. DM	-131	138	128	140	144	142	129	136	140			
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	463	412	459	443	440	306	472	435	363			
* Gasverbrauch <sup>4)</sup>	Mill. cbm.	84	74	90	85	91	72	67	65	67			
* Heizölverbrauch	1 000 t	18	17	16	14	13	10	16	15	14			
* leichtes Heizöl	1 000 t	5	5										
* schweres Heizöl	1 000 t	13	12										
* Stromverbrauch	Mill. kWh	380	368	384	382	379	354	381	372	363			
* Stromerzeugung	Mill. kWh	509	498	524	547	506	237	670	568	383			
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 750	1 780	1 870	1 778	1 846	1 747	1 707	1 758	1 810			
* Auslandsumsatz	Mill. DM	572	605	625	567	595	570	552	644	629			
Auftragseingang insgesamt <sup>5)</sup>	1980 = 100	136	129	139	122	127	114	130	123	127			
aus dem Ausland	1980 = 100	146	134	129	116	142	108	141	118	120			
<b>Index der Nettoproduktion<sup>6)</sup> im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe</b>													
Bergbau	1980 = 100	106,1	107,5	106,8	107,2	102,8	107,1	100,4	97,0	95,7			
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99,2	89,0	97,8	94,0	100,8	84,8	81,2	88,7	86,2			
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	105,5	126,1	157,6	163,8	163,1	173,1	92,8	99,1	110,7			
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	99,8	81,2	89,9	91,6	94,9	69,9	73,1	83,5	78,0			
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	107,5	103,5	111,6	102,4	110,4	105,3	93,8	98,0	104,9			
Fahrzeugbau	1980 = 100	120,4	123,0	132,1	123,9	127,2	139,2	132,3	141,3	135,4			
Maschinenbau	1980 = 100	91,9	89,7	94,4	92,2	92,6	81,8	70,8	70,8	88,4			
Stahlbau	1980 = 100	95,2	75,7	78,1	70,8	93,6	73,6	65,0	62,1	90,6			
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	99,6	93,6	100,2	91,3	92,5	94,5	92,8	94,4	99,9			
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	106,3	102,2	103,3	102,2	114,0	111,0	97,8	107,6	110,2			
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>													
Steinkohleförderung	1 000 t	898,1	917,4	902,4	896,1	865,7	912,8	854,3	821,9	815,9			
Roheisen	1 000 t	353,4	291,9	360,1	354,0	360,6	303,9	281,0	280,1	322,3			
Rohstahl	1 000 t	391,7	327,9	404,2	383,3	404,0	343,7	314,5	310,0	362,5			
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	277,0	226,7	243,6	252,4	268,5	184,4	209,2	239,2	216,8			
		Vj.D	Vj.D	1.Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.		1.Vj.	2. Vj.			
<b>Handwerk<sup>7)</sup></b>													
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	105,7	104,4	103,5	103,6	106,0	104,3		101,3	102,6			
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	138,8	136,5	123,3	135,4	134,7	152,7		118,8	145,1			
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>													
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	830	778	800	726	764	484	960	827	634			
* Stromverbrauch	Mill. kWh	678	661	675	633	609	605	666	656	597			
* Gaserzeugung	Mill. cbm	76	68	79	80	77	74	59	62	61			
<b>Bauwirtschaft u. Wohnungswesen</b>													
<b>Bauhauptgewerbe</b>													
* Beschäftigte	Anzahl	20 915	19 692	19 744	19 725	19 944	20 113	18 344	18 470	18 723			
dar.: Facharbeiter	Anzahl	10 521	10 216	10 116	10 289	10 581	10 595	9 597	9 814	10 059			
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 250	2 207	2 487	2 378	2 466	2 720	2 030	2 030	2 357			
* Wohnungsbau	1 000	829	764	870	849	884	957	748	730	875			
* Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	1 000	536	612	655	622	634	752	473	500	530			
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	885	831	962	907	948	1 011	809	800	952			
Hochbau	1 000	157	151	171	154	160	170	144	128	143			
Tiefbau	1 000	728	680	791	753	788	841	665	672	809			
Löhne und Gehälter	Mill. DM	53,1	52,7	54,5	55,2	58,0	58,3	49,8	51,8	57,4			
* Löhne	Mill. DM	44,0	43,3	45,8	46,1	48,5	49,1	40,7	42,7	47,4			
* Gehälter	Mill. DM	9,1	9,4	8,7	9,1	9,5	9,2	9,1	9,1	10,0			
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	170,5	167,8	142,6	160,3	161,9	179,7	132,9	146,1	216,2			
Auftragseingang <sup>1)</sup>	Mill. DM	100,0	119,5	101,3	108,0	140,5	116,7	91,0	87,5	116,4			
Wohnungsbau	Mill. DM	34,8	32,5	39,4	47,6	35,7	29,9	32,5	30,0	38,2			
Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	Mill. DM	27,4	30,5	32,8	24,8	31,6	31,9	25,7	22,5	33,6			
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	37,8	56,5	29,1	35,6	73,2	54,9	32,8	35,0	44,6			

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Braunkohlenbriketts = 1,46 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm<sup>3</sup>. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Kalendermonatlich. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. p) Vorläufige Ergebnisse.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	235	172	224	173	186	268	276	253	257
* mit 1 Wohnung	Anzahl	139	105	138	104	103	176	188	143	183
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	77	50	66	52	62	73	74	83	58
* mit 3 und mehr Wohnungen <sup>1)</sup>	Anzahl	19	17	20	17	21	19	14	27	16
* Umbauter Raum	1 000 cbm	285	225	254	224	257	345	347	306	291
* Wohnfläche	1 000 qm	44,6	34,3	38,4	32,7	39,0	50,7	49,9	46,3	42,1
* Wohnräume	Anzahl	2 087	1 628	1 789	1 562	1 837	2 440	2 287	2 192	1 978
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	79,5	65,9	72,4	64,7	75,4	101,8	105,1	91,5	85,7
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	35	30	27	33	26	43	37	43	36
* Umbauter Raum	1 000 cbm	165	177	178	184	76	155	255	234	126
* Nutzfläche	1 000 qm	26,7	27,5	21,4	30,9	14,1	27,8	36,5	34,5	21,7
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	35,6	30,9	19,9	32,6	16,3	27,8	36,5	42,4	23,2
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	542	453	452	406	419	613	552	581	473
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	654,6	697,1	734,0	664,3	702,2	715,9	639,7	682,7	657,6
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,8	13,1	12,7	12,3	12,8	11,9	10,7	11,5	12,7
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	641,8	684,0	721,4	652,1	689,4	703,9	629,0	671,2	644,8
* Rohstoffe	Mill. DM	26,7	26,7	20,8	18,1	22,9	40,4	25,8	11,4	26,3
* Halbwaren	Mill. DM	75,8	76,2	79,3	60,4	89,8	88,3	61,1	65,2	72,2
* Fertigwaren	Mill. DM	539,2	581,1	621,2	573,5	576,7	575,3	542,2	594,6	546,3
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	474,1	501,6	522,3	470,9	489,7	541,1	489,1	515,6	476,1
darunter:										
* Frankreich	Mill. DM	283,1	285,9	305,7	260,9	297,9	318,0	242,8	211,3	231,2
* EFTA - Länder	Mill. DM	77,9	80,2	93,1	86,5	77,2	81,1	74,8	77,4	86,0
* USA und Kanada	Mill. DM	19,8	24,6	27,8	28,8	28,0	13,7	13,5	17,9	16,9
* Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	48,2	52,2	54,3	43,0	58,7	40,7	41,6	41,7	50,4
* Staatshandelsländer	Mill. DM	15,9	15,5	10,8	9,2	27,0	16,2	15,4	8,2	6,7
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	424,1	405,7	416,1	412,5	399,1	513,0	412,9	465,4	372,6
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	80,1	77,6	83,9	74,6	80,7	90,1	66,5	78,0	73,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	344,0	328,1	332,2	337,9	318,4	422,9	346,3	387,5	298,8
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	284,6	260,4	298,6	268,7	230,7	323,9	303,5	293,4	285,6
darunter:										
* Frankreich	Mill. DM	215,2	195,3	230,3	198,1	171,2	240,3	212,8	223,1	215,4
* EFTA - Länder	Mill. DM	10,8	11,9	11,7	12,9	10,5	18,1	13,3	9,9	12,4
* USA und Kanada	Mill. DM	13,4	12,9	14,1	12,1	17,9	4,3	7,1	8,1	19,0
* Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	97,0	101,0	77,2	108,5	111,5	143,7	63,0	133,9	42,0
* Staatshandelsländer	Mill. DM	4,4	4,3	1,4	2,3	8,9	2,0	3,1	5,3	0,9
<b>Einzelhandel</b>										
<b>Nominale Umsatzentwicklung</b>										
* insgesamt	1980 = 100	105,8	106,8	109,3	99,6	101,0	119,7	107,0	106,1	108,3
Nahrungsm., Getränke, Tabakwaren,	1980 = 100	106,3	110,2	115,8	109,6	112,3	118,8	103,7	107,3	107,9
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	102,9	101,0	104,0	96,6	89,7	108,3	94,7	95,9	96,2
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	98,4	95,9	95,0	90,0	87,2	104,5	92,8	96,5	96,8
Elektrotechn. Erzeugn., Musikinstrumente usw.	1980 = 100	104,4	108,4	83,1	81,8	98,4	106,6	91,8	93,5	91,0
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	107,1	104,3	95,2	86,8	84,0	94,7	87,6	82,9	79,6
Pharmazeut., kosmet. und medizin. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	106,9	108,1	108,3	103,8	108,3	123,0	107,6	105,6	111,4
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	122,6	121,1	115,4	101,2	106,7	156,6	119,5	136,1	124,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u. -reifen	1980 = 100	100,4	96,7	117,7	106,0	98,6	150,1	120,9	125,5	140,6
Sonstige Waren	1980 = 100	108,7	110,4	109,9	95,2	99,2	119,4	113,9	106,5	107,9
<b>Reale Umsatzentwicklung</b>										
* insgesamt	1980 = 100	100,2	96,4	99,6	90,0	90,1	106,8	95,1	93,8	95,6
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	99,6	96,9	96,1	95,8	95,2	95,0	94,2	94,2	94,4

<sup>1)</sup> Einschließlich Wohnheime <sup>2)</sup> Einschließlich Mehrwertsteuer

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Gastgewerbe</b>										
* Umsatz	1980=100	107,3	108,9	111,6	114,7	107,4	109,8	102,7	111,8	105,9
Beherbergungsgewerbe	1980=100	106,4	101,6	106,9	123,0	97,2	103,5	102,2	116,4	108,5
Gaststättengewerbe	1980=100	107,9	110,6	113,0	113,6	109,7	110,6	102,5	110,8	105,1
Beschäftigte	1980=100	103,0	100,9	100,7	100,2	99,4	98,2	97,6	101,5	99,6
<b>Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	32 193	30 502	32 191	36 775	32 394	27 967	30 973	33 855	34 122
* Ausländer	Anzahl	5 571	4 773	4 589	7 620	5 916	3 398	4 049	5 927	4 918
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	96 941	93 341	94 527	108 615	97 081	82 039	78 888	89 599	92 035
* Ausländer	Anzahl	10 587	8 748	8 464	14 047	10 898	6 515	6 652	10 092	9 582
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	317	332	386	265	321	311	193	225	413
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	279	260	280	280	300	278	207	222	396
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 084	3 787	5 106	4 464	3 985	6 694	5 373	5 290	5 447
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 555	3 282	4 262	3 797	3 359	5 645	4 578	4 571	4 740
Bestand an Kraftfahrzeugen <sup>2)</sup>	Anzahl	474 421	482 450	—	—	482 788	—	—	—	496 831
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	420 290	425 744	—	—	426 371	—	—	—	437 285
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	554	529	545	607	570	494	579	629	622
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 219	2 174	1 887	2 126	2 162	2 131	2 110	2 242	2 022
Verunglückte Personen	Anzahl	744	709	724	818	759	679	802	880	824
darunter:										
* Getötete	Anzahl	17	16	18	10	13	13	20	20	9
<b>Straßenverkehrsunternehmen<sup>3)</sup></b>										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 028	3 021	2 753	3 060	3 095	3 110	2 817	3 028	3 021
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 399	7 055	6 048	7 422	6 958	6 746	6 707	6 818	6 479
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	7 487	7 631	6 831	7 691	7 267	8 008	7 388	7 536	7 592
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>4)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>5)</sup>	Mill. DM	18 491,0	19 690,0	19 567,9	19 560,9	19 660,5	20 187,2	20 218,4	20 441,3	20 609,0
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	18 192,9	19 316,1	19 210,6	19 179,9	19 286,4	19 777,0	19 800,2	20 033,1	20 188,7
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 774,7	15 689,1	15 532,9	15 465,5	15 656,7	16 087,6	16 056,9	16 238,8	16 386,8
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 418,2	3 627,0	3 677,7	3 714,4	3 629,7	3 689,4	3 743,3	3 794,3	3 801,9
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 236,5	4 559,1	4 584,6	4 544,4	4 639,4	4 437,2	4 438,9	4 523,1	4 590,3
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 016,5	4 319,3	4 303,5	4 251,5	4 385,0	4 231,2	4 182,7	4 251,1	4 320,1
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	220,0	239,9	281,1	292,9	254,4	206,0	256,2	272,0	270,2
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 136,2	2 197,6	2 192,6	2 188,5	2 180,3	2 202,7	2 187,1	2 221,4	2 201,6
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 877,1	1 924,5	1 920,6	1 908,3	1 909,7	1 935,0	1 924,5	1 940,1	1 924,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	259,1	273,2	272,0	280,2	270,6	267,7	262,6	281,3	277,6
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) <sup>6)</sup>	Mill. DM	11 820,2	12 559,4	12 433,4	12 447,0	12 466,7	13 137,1	13 174,2	13 288,6	13 396,8
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 881,0	9 445,4	9 308,8	9 305,7	9 362,0	9 921,4	9 949,7	10 047,6	10 142,6
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 939,2	3 114,0	3 124,6	3 141,3	3 104,7	3 215,7	3 224,5	3 241,0	3 254,1

<sup>1)</sup> Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. — <sup>2)</sup> Jahresende bzw. 30. Juni. — <sup>3)</sup> Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. Umsatz. Unter 3 Mill. Umsatz vierjährig bzw. jährliche Erfassung. — <sup>4)</sup> Ohne Kredite von —/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — <sup>5)</sup> Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — <sup>6)</sup> Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	14 726,0	15 655,7	15 421,5	15 593,1	15 494,2	16 296,0	16 521,6	16 379,3	16 427,4
* Sichteinlagen <sup>1)</sup>	Mill. DM	2 463,5	2 523,9	2 414,3	2 557,9	2 479,2	2 523,7	2 733,8	2 618,6	2 720,1
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 259,9	2 302,6	2 185,5	2 340,6	2 263,9	2 326,7	2 538,6	2 388,4	2 497,4
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	172,0	179,7	192,8	180,8	170,1	139,6	160,3	188,0	177,7
* Termingelder <sup>1)</sup>	Mill. DM	5 202,3	5 603,9	5 545,5	5 553,7	5 521,7	5 621,6	5 626,9	5 587,7	5 537,8
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 015,6	4 509,2	4 458,7	4 495,9	4 462,3	4 604,0	4 556,9	4 570,6	4 530,5
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 086,7	993,6	989,8	957,2	957,1	904,3	957,8	910,6	900,1
* Spareinlagen	Mill. DM	7 060,2	7 527,9	7 461,7	7 481,5	7 493,3	8 150,7	8 160,9	8 173,0	8 169,5
* bei Sparkassen	Mill. DM	4 343,5	4 663,2	4 626,9	4 635,2	4 636,1	5 075,0	5 075,4	5 077,8	5 070,5
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	318,0	412,8	367,1	296,2	337,7	434,1	406,9	335,4	341,3
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	342,6	392,7	369,8	277,1	329,3	430,0	397,5	323,9	347,4
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse insgesamt <sup>2) 3)</sup>	Anzahl	197	281	31	23	21	26	25	19	30
eröffnete Konkurse	Anzahl	46	63	3	1	6	4	3	2	3
Angemeldete Forderungen insgesamt <sup>2)</sup>	1 000 DM	82 575	142 354	13 663	9 652	24 929	9 352	8 011	1 386	8 066
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	49 391	88 546	1 960	5 500	22 791	2 105	2 037	100	330
Vergleichsverfahren <sup>2)</sup>	Anzahl	3	2	—	—	—	—	—	—	—
Wechselproteste <sup>4)</sup>	Anzahl	482	582	509	531	617	511	472	495	621
Wechselsumme	1 000 DM	2 940	3 560	3 111	3 108	3 611	3 245	3 155	2 742	3 003
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 450	1 774	2 066	1 558	1 992	1 874	2 425	1 841	1 813
Schecksumme	1 000 DM	2 790	3 423	3 267	2 097	6 314	2 300	3 680	2 777	3 303
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland</b>										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	322 266	314 432	284 604	255 673	372 361	319 445	237 476	250 411	354 137
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	193 778	184 290	131 265	118 961	250 567	241 585	121 441	121 093	245 408
* Lohnsteuer	1 000 DM	143 705	154 691	134 629	133 272	148 043	128 546	130 296	139 230	135 230
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	17 980	12 709	— 19 855	— 26 981	53 790	66 143	— 23 549	— 26 003	48 483
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	28 739	13 943	— 4 611	10 350	44 816	47 038	5 667	6 495	60 496
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	128 488	130 143	162 562	136 712	121 793	77 860	116 034	129 417	108 730
* Umsatzsteuer	1 000 DM	58 071	64 393	76 051	68 325	58 702	23 893	45 491	61 316	42 323
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	70 417	65 750	86 511	68 387	63 091	53 967	70 543	68 101	66 407
* Bundessteuern	1 000 DM	11 866	12 238	10 580	11 117	13 004	15 868	19 517	12 274	11 011
* Landessteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	21 603	23 138	17 163	31 212	23 327	23 705	16 103	27 577	25 234
* Gemeindesteuern	1 000 DM	38 103	36 668	—	104 710	—	—	—	112 145	—
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	168 965	168 752	157 285	138 849	210 420	158 894	141 132	139 728	214 318
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 762	79 590	52 412	51 508	110 146	106 192	52 713	52 054	108 925
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	69 593	74 183	94 191	70 157	86 337	37 125	69 176	69 434	94 018
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 665	2 741	102	6 067	933	— 291	— 274	5 966	364
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	167 925	161 428	138 048	155 342	169 862	170 341	115 948	145 579	149 237
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 762	79 590	52 412	51 508	110 146	106 192	52 713	52 054	108 925
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	58 895	55 959	68 371	66 555	35 456	40 735	46 858	59 983	14 713
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 665	2 741	102	6 067	933	— 291	— 274	5 966	364
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	57 308	55 902	—	168 132	—	—	—	180 236	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	22 583	20 216	—	56 154	—	—	—	63 008	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	24 579	24 833	—	78 943	—	—	—	80 766	—
<b>Preise</b>										
<b>Preisindex für ausgewählte Warengruppen</b>										
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	116,8	124,1	123,4	124,6	127,1	126,0	126,7	126,8	127,3
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	132,4	140,6	140,0	140,3	140,4	145,3	145,4	145,6	145,7
Wohnungsmieten	1976 = 100	119,1	124,2	123,1	123,1	123,1	129,4	129,6	130,5	130,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	151,2	164,4	160,0	163,1	163,1	156,5	158,6	157,6	159,6
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	118,3	122,9	123,4	123,5	123,1	126,2	125,9	125,8	126,2
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	126,9	132,3	128,7	130,1	131,5	132,1	131,3	134,5	135,4
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	118,2	121,9	120,7	121,4	121,9	124,9	125,0	125,3	125,7
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	115,6	120,6	120,4	120,5	120,7	123,6	123,8	123,8	124,1
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	125,6	130,7	129,2	129,3	131,6	133,0	133,1	133,1	135,6

<sup>1)</sup> Einschließlich Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. <sup>2)</sup> Jahresergebnis statt MD. <sup>3)</sup> Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren <sup>4)</sup> Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. <sup>5)</sup> Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

## ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982			1983		
		Monatsdurchschnitt	April	Juli	Oktober	Januar <sup>1)</sup>	April <sup>1)</sup>	
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	617	640	647	657	623	622	642
* darunter Facharbeiter	DM	652	678	680	693	668	663	678
* weibliche Arbeiter	DM	412	432	438	439	427	423	444
* darunter Hilfsarbeiter	DM	407	426	430	432	420	416	436
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	14,86	15,72	15,74	15,77	16,01	15,97	16,16
* darunter Facharbeiter	DM	15,60	16,48	16,50	16,52	16,82	16,75	16,92
* weibliche Arbeiter	DM	10,48	11,07	11,11	11,15	11,16	11,09	11,36
* darunter Hilfsarbeiter	DM	10,39	10,89	10,93	10,96	10,95	10,87	11,13
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 502	3 703	3 727	3 778	3 655	3 739	3 231
* weiblich	DM	2 353	2 489	2 497	2 535	2 490 <sup>r</sup>	2 462	2 515
technische Angestellte,								
männlich	DM	3 966	4 177	4 199	4 267	4 113	4 156	4 177
weiblich	DM	2 410	2 568	2 571	2 611	2 577	2 604	2 632
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	2 980	3 156	3 161	3 185	3 195	3 096	3 149
* weiblich	DM	1 957	2 084	2 076	2 113	2 108	2 049	2 072

1) Neuer Berichtskreis, r) revidierter Wert.

# BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1982				1983				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung	1 000	61 682	61 638	61 661	61 650	61 638				
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 710	1 646	1 650	2 386	2 254	2 149	2 127
Männer	1 000	652	1 021	945	898	894	1 408	1 279	1 200	1 173
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 262	7 238	7 232	6 955	6 918	6 905	6 900
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	726	689	722	682	680	723	662	660	659
Gesamtumsatz	Mill. DM	104 661	107 031	109 568	103 771	109 388	117 924	104 610	107 246	114 624
Index der Nettoproduktion <sup>10)</sup>										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1976 = 100	108,0	104,8	114,1	113,8	110,7	105,9	111,7	109,2	111,8 <sup>p</sup>
Bergbau	1976 = 100	98,9	97,0	100,2	97,4	95,8	98,6	97,2	92,7	89,3 <sup>p</sup>
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1976 = 100	104,5	98,7	109,1	108,2	107,4	102,2	107,4	106,0	109,5 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	1976 = 100	112,9	111,6	121,8	122,9	119,0	111,6	118,7	116,3	119,9 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter	1976 = 100	101,2	97,1	105,5	102,7	97,8	100,8	105,8	99,2	104,1 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	109,8	106,9	113,1	113,7	110,3	103,1	108,9	109,0	116,3 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 372	7 418	7 436	7 006	7 199	8 058	6 848	6 775	6 608 <sup>p</sup>
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 885	10 608	10 596	10 160	10 476	10 102	10 138	10 919	9 785 <sup>p</sup>
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 468	2 990	3 400	3 340	3 240	3 344	3 018	3 100	3 117 <sup>p</sup>
Roheisen	1 000 t	2 638	2 285	2 640	2 615	2 502	2 466	2 262	2 331	2 268 <sup>p</sup>
Walzstahl	1 000 t	2 489	2 149	2 282	2 330	2 340	2 442	2 124	2 236	2 191 <sup>p</sup>
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
Beschäftigte	1 000	1 226,0	1 152,4	1 162,7	1 170,6	1 182,6	1 049,6	1 097,1	1 115,1	1 130 <sup>p</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 132,2	3 116,6	3 227,4	3 299,1	3 427,5	2 752,7	3 000,3	3 251,8	3 453 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeiterstunden insgesamt	1 000 Std.	134 496	126 889	142 889	139 132	144 827	121 268	126 388	135 795	144 051 <sup>p</sup>
für Wohnungsbau	1 000 Std.	54 954	51 687	58 553	57 629	60 410	52 469	55 241	59 146	62 473 <sup>p</sup>
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	31 853	30 944	33 821	32 424	33 627	30 643	29 508	31 650	33 370 <sup>p</sup>
Produktionsindex Baugewerbe <sup>2)</sup>	1976 = 100	105,3	95,5	108,6	117,8	114,1	86,6	107,5	114,0	120,6 <sup>p</sup>
<b>Handel</b>										
Einfuhr	Mill. DM	30 765	31 373	33 063	30 585	31 426	34 635	31 132	31 869	32 923
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	3 982	4 138	4 463	3 977	4 449	4 445	4 256	4 153	4 101
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	26 392	26 796	28 162	26 224	26 422	29 692	26 425	27 261	28 126
Ausfuhr	Mill. DM	33 075	35 645	36 502	35 582	36 194	40 090	33 807	35 497	36 840
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	30 922	33 416	34 234	33 384	34 234	37 740	31 692	33 311	34 736
Fertigwaren	Mill. DM	27 509	29 961	30 637	29 926	30 637	33 998	28 600	30 098	31 386
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1970 = 100	207,7 <sup>p</sup>	208,6 <sup>p</sup>	211,0 <sup>p</sup>	199,2 <sup>p</sup>	211,0 <sup>p</sup>	231,8 <sup>p</sup>	104,4 <sup>p</sup>	104,1 <sup>p</sup>	108,5 <sup>p</sup>
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	104,6	107,3	108,8	109,0	108,6	106,7 <sup>p</sup>	104,9 <sup>p</sup>	104,6 <sup>p</sup>	105,4 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	107,8	114,1	113,4	113,7	114,2	114,7	115,1	115,2	115,5
Preisindex für Wohngebäude <sup>5)</sup>	1980 = 100	105,9	108,9	—	109,1	—	—	—	110,7	—
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	123,9	130,5	129,0	129,8	131,1	132,9	133,2	133,7	134,2
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	124,5	125,6	128,6	128,1	128,7	128,9	129,0
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	131,7	132,2	132,3	135,5	135,7	136,2	136,3
Wohnungsmieten	1976 = 100	120,4	126,4	125,0	125,6	126,0	131,7	132,2	132,7	133,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	166,1	169,1	168,7	162,3	164,0	164,5	165,8
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,2	129,6	129,4	132,7	132,5	132,5	132,7
<b>Geld und Kredit <sup>7)</sup></b>										
Bargeldumlauf	Mill. DM	91 607	96 695	90 923	91 574	92 029	98 935	98 251	98 753	100 063
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 217 985	1 292 132	1 217 217	1 223 943	1 223 906	1 280 621	1 286 563	1 296 985	1 297 091 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	482 987	518 185	482 189	483 341	523 376	525 505	525 505	526 195	525 535 <sup>p</sup>
Kredite an <sup>8)</sup>										
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	Mill. DM	1 223 248	1 289 346	1 223 459	1 228 027	1 242 803	1 284 267	1 288 864	1 295 961	1 314 581 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	368 796	408 641	383 749	382 447	380 744	412 862	414 546	414 355	416 352 <sup>p</sup>
<b>Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)</b>										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	28 562	29 220	23 123	23 658	36 180	33 248	23 635	24 046	36 284
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	— 525	— 446	7 407	7 231	— 555	— 739	7 007
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	8 149	8 143	8 184	8 384	7 437	6 904	8 342	8 408	7 943
Zölle	Mill. DM	412	393	433	409	376	400	413	370	379
Tabaksteuer	Mill. DM	937	1 017	939	1 016	1 223	1 206	1 172	1 136	1 034
Branntweinmonopol	Mill. DM	373	357	345	372	604	488	312	311	377

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Ausbaugewerbe. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittsmeßzahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. p) Vorläufige Zahl

## **- ANHANG -**

### **Mitteilung des Amtes**

#### **EG - Strukturdaten**

Der "Tag des Saarlandes 1983" in der Staatskanzlei bot dem Statistischen Landesamt erstmals die Gelegenheit, die Öffentlichkeit über seine Arbeit zu informieren. Das Leitthema dieses Jahres - "Europa" - nahm man zum Anlaß, ein Faltblatt mit den wichtigsten Strukturdaten der zehn EG-Mitgliedsstaaten aufzulegen. Die Restbestände dieser Auflage können direkt beim Statistischen Landesamt angefordert werden.

#### **Sonderheft "Produzierendes Gewerbe 1982" neu erschienen**

Mit dem Sonderheft 119 veröffentlicht das Statistische Amt des Saarlandes eine detaillierte Zusammenfassung der Jahresergebnisse der Statistik des Produzierenden Gewerbes. Die jährlich erscheinende Gesamtdarstellung bringt einen umfassenden Überblick über Entwicklung, Tendenz und Struktur der Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und Baugewerbe. Der Tabellenteil stellt für das Saarland wirtschaftssystematisch und regional bis auf Kreis- und Gemeindeebene tiefgegliederte Daten zur Verfügung. In der textlichen Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres wird auch auf Sonderentwicklungen und langfristige Tendenzen eingegangen. Graphiken und Schaubilder ermöglichen auch dem flüchtigen Leser Groborientierung und Kurzinformation.

Das erste Heft der Reihe Saarland in Zahlen ist 1958 unter dem Titel "Die saarländische Industrie im Jahre 1957" erschienen. Zusammen mit den bis 1976 veröffentlichten Sonderheften "Industrie, Bau, Handwerk und Energiewirtschaft" dokumentiert das neue Heft "Produzierendes Gewerbe 1982" den strukturellen Wandel der saarländischen Industrie über die letzten 25 Jahre.

#### **Saarländische Kreiszahlen; Ausgabe 1983 erschienen**

Die Veröffentlichung informiert über die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik des Saarlandes auf Kreisebene. Aufgelistet sind 264 Einzelmerkmale aus den Arbeitsgebieten Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Verkehr, Finanzen, Wohnungswesen, Umwelt, Handel und Gastgewerbe, die größtenteils dem Saarländischen Planungs- und Informationssystem (SAPLIS) entnommen sind.

Die Veröffentlichung wurde für Benutzer konzipiert, die regional gegliedertes Datenmaterial aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik benötigen. Die Schrift erscheint in zweijährigen Abständen, abwechselnd mit den Saarländischen Gemeindezahlen.

**Preis: 4,- DM**

#### **Systematischer Datenbestandskatalog; Ausgabe 8/83 erschienen**

Das Statistische Amt des Saarlandes hat einen neuen Datenbestandskatalog veröffentlicht. Dieser informiert die Konsumenten der amtlichen Statistik über die im Saarländischen Planungs- und Informationssystem (SAPLIS) gespeicherten Daten.

Der Katalog enthält Beschreibungen für ca. 27 000 Daten auf Gemeindeebene, 41 000 Merkmale auf Kreisebene und 44 000 Daten auf Landesebene, die als Zeitreihe aus den verschiedensten Bereichen der Amtlichen Statistik gespeichert sind.

Der neue Systematische Datenbestandskatalog löst die Ausgabe 7/82 ab.

**Preis: 8,- DM**

# VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

## I. Zusammenfassende Schriften

### **Statistisches Handbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

### **Statistisches Taschenbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

### **SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen**

## II. Fachstatistische Schriften

### **Handbuch Steuern und Finanzen**

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

### **Statistische Berichte**

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

### **BILDUNG 81 – Kurzinformationen**

## III. Reihen

### **Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes**

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

### **Saarland in Zahlen (Sonderheft)**

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

### **Gemeinde- und Kreisstatistiken**

## IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

### **Amtliches Behördenverzeichnis**

## Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 3. Quartal 1983

### Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Juni 1983

#### Statistische Berichte

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 4. Vierteljahr 1982	A II 1 — vj — 4/82
Binnenfischerei im Saarland 1981	CO 1981
— Nacherhebungen zur Landwirtschaftszählung 1979 — Schlachtungen und Fleischanfall im 1. Vierteljahr 1983	C III 2 — vj — 1/83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im März 1983	E I 1 — m — 3/83
Industrielle Produktion im Januar 1983	E I 2 — m — 1/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im März 1983	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m — 3/83
Einzelhandel im Dezember und Jahr 1982	G I 1 — m — 12/82
Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1982	G IV 1,2 — hj — 2/82
Straßenverkehrsunfälle im Dezember 1982 — Jahresrückblick	H I 1 — m — 12/82
Binnenschifffahrt Februar 1983	H II 1 — m — 2/83
Kommunale Finanzen im 4. Vierteljahr 1982	L II 2 — vj — 4/82
Preisindex für die Lebenshaltung April 1983	M I 2 — m — 4/83
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1982	N I 2 — hj — 2/82
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Bereichen 1970 bis 1982 — Revidierte Berechnung —	P I 1 — j/82 — s/70 — 81
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis März 1983	P II — m — 1 — 3/83

### Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Juni und Juli 1983

#### Statistische Berichte

Bevölkerungsentwicklung im 4. Vj. 1982 und im Jahr 1982 — Bevölkerungsstand am 31. Dezember 1982 —	$\frac{A I 1}{A I 2}$ — vj. 4/82
----------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------

Sterbefälle nach Todesursachen im 1. Vj. 1983	A IV 3 — vj. — 1/83
Auszubildende im Saarland 1982	B II 5 — j/1982
Lehrernachwuchs 1983	B III 2 — j/1983
Viehbestände im Dezember 1982	C III 1 vj. 4/82
Schweinebestand am 31. März 1983	C III 1 vj. 1/83
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1982	D I 2 j/82
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland im 2. Halbjahr 1982	D I 2-hj. 2/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im April 1983	E I 1 — m 4/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im April 1983	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 4/83
Das Handwerk im 1. Vj. 1983	E V 1 vj. 1/83
Einzelhandel Januar—März 1983	G I 1 — m 1—3/83
Außenhandel im März 1983	G III 1,3 — m 3/83
Straßenverkehrsunfälle im Januar und Februar 1983	H I 1 — m 1+2/83
Straßenverkehrsunfälle im März 1983	H I 1 — m 3/83
Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1983 und Neuzulassungen im Jahre 1982	H I 2 — hj. 2/82
Binnenschifffahrt März 1983	H II 1 — m 3/83
Binnenschifffahrt April 1983	H II 1 — m 4/83
Sozialhilfe im Saarland 1981 — Teil II —	K I 1 — j/1981
Steueraufkommen im Saarland 1982	$\frac{L I 1}{L I 2}$ — j/1982
Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherungsträger am 1. Februar 1983	L III 3 — j. 1983
Preisindex für die Lebenshaltung Mai 1983	M I 2 — m 5/83
Preisindex für die Lebenshaltung Juni 1983	M I 2 — m 6/83
Preisindex für Bauwerke Mai 1983	M I 4 — vj. 2/83
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Oktober 1982	N I 1 — vj. 4/82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis April 1983 —	P II — m 4/83
Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1982	N I 4 — j/82

